

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beamtungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Zar und sein Volk.

(Von unserem Korrespondenten.)

St. Petersburg, 24. Juni.
 Der Zar stand bleich und still im Alexandriapalast und hörte schweigend der Rede des Professors Trubekoi zu. Der Professor, ein langer, hagerer Mann mit scharfem Blick und klarer Stimme, beschrieb so deutlich er konnte die Not des Bauerntums, versicherte den Kaiser, daß nur die Anarchie in seinem Reich herrsche und daß ihm im Namen eines Volkes, das der Verzweiflung nahe, endlich den Trost des Absolutismus aufzugeben und durch Einberufung einer Volksvertretung Ordnung im schwer geplagten Lande zu schaffen. Aber keine Verfassung nach bulgarischem Rezept wollte dieser Professor aus Moskau. Eine echte Verfassung, als Mittel zur Befreiung des Volkes von politischer Unterdrückung wäre der einzige Ausweg. Und darauf hing Trubekoi an, dem Herrscher aller Reußen einen populären Vortrag über Verfassungskunde zu halten.

Zum erstmalig gewiß in seinem Leben hatte der Zar einen solchen Vortrag gehört und ob der Sinn ihm trotz aller Deutlichkeit der Auslegung doch ganz verständlich war, blieb bis jetzt unbekannt. Aber geantwortet hat er und seine Antwort läßt keine Zweifel in bezug auf seine wahren Absichten übrig. Eine Volksvertretung will er freilich haben. Ihm und seinen Ministern, selbst dem Diktator Trepow, ist es ganz offenbar geworden, daß es unmöglich ist, das Land ohne Hilfe einer Volksvertretung zu beherrschen. Der Bureaualismus ist durch den Krieg endgültig dekaraktisiert worden. Nicht nur um die öffentliche Meinung zu beruhigen, nicht nur um die Zweifel ausländischer Geldgeber zu zerstreuen, sondern auch um die administrative Tagesarbeit in einer annähernd befriedigenden Weise auszuführen, muß der Zarismus tüchtige, vom Volke anerkannte Vertreter heranziehen. Trepow ist Soldat und kümmert sich wenig um politische Prinzipien, aber auch er hat neulich die Meinung ausgesprochen, daß die Staatsgewalt sich nur auf einer Volksvertretung gründen kann. So entwickelt man in Regierungskreisen eine neue Staatstheorie. Seit Peter dem Großen ist die russische Staatsform „Absolutismus plus Bureaualismus“ gewesen, von jetzt an soll die Formel lauten: „Absolutismus plus Volksvertretung“ und die ganze Welt soll dieses originale Produkt echt russischer Prinzipien bewundern. Dabei wird die Regierung das igele bekommen und das Volk das seinige, alle werden zufrieden sein und in nichts wird die Ruhe der Gespensier des alten Rußlands gestört werden.

Das war der Sinn der kaiserlichen Rede. Eine Antwort auf Trubekois Rede war sie nicht und konnte sie nicht sein, da ihr Text vor dem Empfang schon festgestellt worden war. Aber die Semstwo männer hatten um eine Audienz gebeten. Auftrichter des Volkes waren sie gewiß, aber doch Edelleute, einige von ihnen mit formell mehr Recht auf den Thron, als der Nikolaus selbst. Von ihnen war keine persönliche Gefahr zu erwarten. Das Volk kannte sie und hatte zu ihnen Vertrauen. Warum dem sie nicht empfangen! Die Audienz würde dem Zaren doch Gelegenheit geben, einige klug gewählte Worte zu sagen, und als Resultat gäbe es vielleicht ein Ende des ewigen Lärms.

„Der Zar war zufrieden“, sagt der offizielle Bericht. Das ist möglich, aber die Semstwo männer waren nicht zufrieden und das Volk ist weit davon entfernt, zufrieden zu sein. Einige Zeitungen, wie die „Kowojew Wrenja“ und das „Glasno“, schrien laut vor Freude, nannten die Audienz ein Ereignis von großer historischer Bedeutung und wollten darin den Anfang der Erneuerung Rußlands sehen. Andere Blätter waren nicht so vorsichtig, deuteten des Zaren Worte in einem konstitutionellen Sinne oder verhielten sich dem ganzen Ereignis gegenüber kühl und skeptisch. „Warum“, fragte eines Tages ein Zensor den Redakteur einer Petersburger Zeitung, „warum haben Sie kein einziges warmes Wort über die Rede Sr. Majestät geschrieben?“

Skeptisch war man im allgemeinen. Der ganze Vorgang war unverständlich. Zwei Wochen vorher war der Semstwo kongreß verboten und nach Befehlen aus Petersburg sollten die Versammelten auseinandergetrieben werden. Und jetzt wollte der Zar diese Versammler in feierlicher Audienz empfangen! Er wollte Petrus dem Ersten empfangen und Roditschew, die er selbst wegen ihres politischen Freiheits schwer gestraft hatte! Kein! Es muß etwas dahinter stehen. So schnell trennt sich die russische Regierung nicht von ihren lieben Sünden. Und wenn man genauer zusieht, was ist bei der Audienz eigentlich geschehen? Der Zar hat eine gesunde Rede gehört. Aber was hat er selbst gesagt? Er hat kein Versprechen wiederholt, dabei aber hat er betont, daß die Volksvertretung, die da kommen sollte, die nationalen russischen Prinzipien nicht verletzen müßte, in anderen Worten, der Absolutismus bleibt unangefastet. Und weiter nichts! So fuhren die Semstwo männer mahnend nach Hause, die „Gesellschaft“ gähnte in Wadecorten und Kurorten vor Langeweile, und das Volk wartete, sehnsüchtig und beinahe verzweifelt, auf sein Heil.

Am Dienstag verließen die Semstwo-Abgeordneten die Hauptstadt. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag las der Zar Zeitungen und war sehr unzufrieden. Das, was die Zeitungen ihm zuschrieben, hätte er gar nicht gemeint. So gab er Befehle aus und seine Diener erfüllten sie. Die ganze Presse erhielt ein Rundschreiben, welches ausdrücklich erklärte, daß des Kaisers Worte nicht in dem Sinne zu verstehen wären, als ob er eine Konstitution nach westlichem Muster einführen wollte. Am besten wäre es, die Rede nicht zu kommentieren, wenn aber Kommentare unumvermeidlich erscheinen sollten, so müßte daran erinnert werden, daß der Kaiser keine Beschränkung des Absolutismus versprochen hätte. Das zunächst! Aber Rundschreiben kommen und gehen, und man vergißt sie. Strengere Maßnahmen waren nötig. So hat Buligin die „Ruh“ auf einen Monat

suspendiert. Deshalb, weiß eigentlich niemand, Trepow selbst wußte es nicht, und als er die Nachricht im „Reichsanzeiger“ las, hat er einen Voten an die Redaktion des „Ruh“ geschickt, um die Gründe zu erfahren. Aber niemand konnte Auskunft geben. Jetzt sagt man, der Grund sei der, daß die „Ruh“ in einem Leitartikel über die Audienz den Westwe beleidigt habe. Die Gespensier wollten doch nicht in Ruhe bleiben!

Die Presse, sagte der Zar, hat alle Schranken gesprengt. Und vielleicht war die „Ruh“ ausgelassener wie andere und verdiente vom Standpunkt der Regierung eine Strafe. Aber „Raschafschin“ und „Syn Dietsestwa“? Die waren freilich schon lahmgelegt worden. Allabendlich wurden ihre Redakteure von den Zensoren an die Grenzen ihrer Befugnisse erinnert, allabendlich mußten sie Artikel, Bemerkungen, Tageschronik dem Zensor vorlegen, und wenn er Phrasen, Paragraphen, selbst ganze Artikel wegrüßte, mußten sie es eben leiden und mit schwerem Herzen die Nummer, sowieso aus minderwertigem Material, aufs neue zusammenstellen, damit die Abonnenten am folgenden Morgen für ihr Geld einige Brocken Wahrheit bekommen konnten. Wenn der Zensor gutmütig war, konnte man mit ihm verhandeln, aber auf dem Zensor lastete stets ein Druck von oben und was er selbst oft verzeihen wollte, konnte er seiner Stellung wegen nicht verzeihen. Unter solch schweren Bedingungen erschienen diese Blätter von den Petersburger Blättern, nachdem sie je auf drei Monate verboten worden waren. Trotz aller Sorgfalt, trotz aller Verhandlungen wurde oft genug eine Nummer konfisziert. Ihre Existenz konnte kaum schlimmer sein.

Doch am Freitag fing man an, die Falterschraube noch mitleidloser anzuziehen. Es rief zu sich die unglücklichen Herausgeber der „Ruh“ und der „Syn Dietsestwa“. Sie mußten sich in Acht nehmen! „Sagte er ihnen. „Von jetzt an wird es Ihnen noch schwerer sein, Ihre Blätter in der von Ihnen gewählten Richtung zu leiten. Die Zensoren bekommen jetzt die Vollmacht, wegen eines einzigen Wortes, wegen einer einzigen Phrase eine ganze Nummer zurückzuhalten und Sie, meine Herren, werden nicht mehr die Möglichkeit haben zu verhandeln. So rate ich Ihnen sehr mächtig zu sein und den Zensoren keinen Anlaß zu geben, Ihnen einen materiellen Verlust zu verursachen.“ „Aun“, antwortete einer der Herausgeber, „wenn dem so ist, dann schließen Sie lieber unsere Zeitungen gleich zu, denn bei solchen Bedingungen sind wir hilflos!“ Aber der Zensordirektor, obgleich selbst ein gutmütiger Mensch, war angefaßt des kaiserlichen Befehls unerbittlich. Gegen „Raschafschin“ und „Syn Dietsestwa“ ist das Todesurteil ausgesprochen und ihr tapferer Kampf wahrscheinlich bald zu Ende.

Jetzt erwartet man, nicht mit Hoffnung, nur mit einer gewissen lauen Neugierde, die Veröffentlichung der bürokratischen Scheinentscheidung. Nachdem was wir jetzt von ihr wissen, wird sie nur einen neuen Anlaß zu schweren Unruhen bilden. Denn das russische Volk wacht auf und es läßt nicht mehr mit sich spielen.

Die Stilllegung des Vergarbeiter-schutzes.

Fürst Bälow hat nunmehr das Anrecht auf den Herzogtitel. Sieg drängt sich an Sieg. Auch die Vergarbeiter-novelle hat er den widerspenstigen Konserwativen und dem rebellierenden Herrenhause abgerungen. Man kann dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten das Verdienst nicht abstreiten, daß er es versteht, Siege zu erringen durch Preisgabe der Positionen, Gesetze anzunehmen, die das Gegenteil von dem sind, was sie vorstellen sollen. Fürst Bälow hat unüßbares Talent, Gesetzesfakalen zu sammeln, nachdem seine Gegner die Frucht selbst verzeht haben. Er hat Handelsverträge gegen den Handel, Kanalvorlagen gegen den Verkehr durchgesetzt und nun ist es ihm auch gelungen, eine Vergarbeiter-schutznovelle zu behaupten, in der zwar nicht die Vergarbeiter, aber die Unternehmer geschützt werden.

Nach den eifrigen, persönlich mit Hochdruck betriebenen Verhandlungen mit den obstinaten Herrenhäusern war es nicht mehr zweifelhaft, daß die Herren die gänzlich ungehörlich gewordene Vergarbeiter-novelle um des Grafen Bälow schöner Augen willen schließlich schließen würden. In einer langen Sitzung hat man am Mittwoch im preussischen Herrenhause, dieser methordrigen Zwischenanstalt zwischen einem menschlichen Parlament und der Herrenstube eines ostelbischen Gutsbezirks, alle drei in das Gebiet des Vergarber-schutzes schlagenden Novellen auf einmal erledigt, und man ließ sich selbst durch die vom Präsidenten feierlich festgestellte, infolge der Länge der Sitzung herbeigeführte körperliche Schwächung nicht abhalten, die ganze Materie in einem Zuge aufzuarbeiten.

Das Vergarbeiter-gesetz und das Mutungsgesetz wurde un verändert gemäß den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen, das einzige inhaltlich etwas bedeutende Gesetz aber, die Lehensstilllegungsvorlage wurde von der tapferen Regierung in einer kläglichen Erklärung des Herrn Müller zurückgezogen; er soll seine Sache für „Hibernia“ nicht haben. Das Kohlenhandelsamt kann nach Herzenslust weiter die Zeichen und den Arbeiter-schutz stilllegen.

Mit diesen Beschlüssen ist in der Tat die ganze Reform des Vergarber-schutzes und insbesondere auch der Vergarbeiter-schutz für abschließbare Zeit stillgelegt. Ein gut Teil der vornehmen Gesellschaft der Konserwativen war aufgebieten, um die nur noch des Scheines halber redende Opposition der Herrenhäuser „niederzuwerfen“. Fürst Bälow selbst verteidigte noch einmal den Entwurf, nachdem Botscho v. Eulenburg schon in einer ganz angenehmen anzuhörenden, eleganten, wenn auch durchaus inhaltarmen Rede die Argumente und die Betrachtungsweise des Reichskanzlers und wohl auch die Stimmungen, die gegenwärtig in den maßgebenden Kreisen herrschen, im voraus wiedergegeben hatte.

In der ganzen Debatte wurde kaum irgend einmal die Vergarbeiter-vorlage aus sozialpolitischen Rücksichten verteidigt.

Alle waren einig darin, daß die Regierung einen schweren Fehler gemacht habe, weil sie die Vorlage überhaupt eingebracht habe, alle schalteten die Tendenz dieser Gesetzgebung, aber die große Mehrheit stimmte dennoch zu, aus der gemäßigten Erwägung: Der Bälow hat nur mal die Dummheit gemacht und da die Vorlage, wie ein Redner bemerkte, die „öffentlichen Interessen“ d. h. die Interessen des Unternehmertums nicht verlege, so mag man sie annehmen. Man berief sich auf die Autorität der Regierung, die nicht erschüttert werden dürfe; man hoffte, die christlichen Arbeiter, deren neuerliche Gemeinschaft mit dem politisch anders gestimmten Proletariat man äußerlich mißbilligend vermahnte, durch das Gesetz zufriedenzustellen zu können; und schließlich wollte man der Sozialdemokratie das Wasser abgraben.

Es beweist die ganze Unerschaffenheit der Regierung und des Herrenhauses mit den Stimmungen des Proletariats, daß man glaubt, durch die Durchsetzung eines für die Arbeiter wertlosen Gesetzes, die Waffen irgend wie täuschen zu können. In Wirklichkeit hätte die Regierung sowohl wie das in erster Linie schuldige Zentrum sich aus agitatorischen Gründen nichts Besseres wünschen können, als daß die Herrenhäuser „stark“ geblieben wären und die Vorlage abgelehnt hätten. Dann würde man wenigstens den rüstständigen Arbeitern haben erzählen können, wie gut es die Regierung und wie edel es das Zentrum gemeint habe; leider sei man nur an dem Widerstand des Herrenhauses gescheitert. Dann wäre — wenn auch nur für die nicht voll ausgeklärten Arbeiter, auf die man aber doch gerade rechnet — nur die Mehrheit des Herrenhauses schuldig erschienen, während jetzt mit dem Herrenhaus auch die Regierung und das Zentrum vor allen Arbeitern auf der Anklagebank sitzen, die von dem Gesetz betroffen werden; denn die Wirkung der in Kraft gesetzten Novelle läßt sich nicht durch Redensarten über den Inhalt weglügen, sie spürt jeder Arbeiter unmittelbar und jeden Tag und jede Stunde wird er durch die Tatsache des Gesetzes daran erinnert, welches Frevelspiel Regierung, preussischer Landtag und das arbeiterfreundliche Zentrum mit ihm getrieben haben. Es ist eine schwer verständliche Einseitigkeit — die Schamheit der Diplomaten ist in entscheidenden Augenblicken immer dumm —, daß man geglaubt hat, der Sozialdemokratie einen Schabernack zu spielen, indem man die Vorlage durchsetzte. Es ist der Sozialdemokratie selten eine schärfere Waffe in die Hände gespielt worden als die bloße Tatsache dieses Gesetzes; und aus rein agitatorischen Gründen müßten wir diesen Erfolg des Fürsten Bälow aufrichtig und ehrlich begreifen. Es ist lediglich das sachliche Interesse an der getäuschten Arbeiterschaft, das uns zum schneidenden Protest und zu hartnäckigem Kampfe gegen diese unter der Form eines Arbeiterschutzgesetzes beschleihte Stilllegung des Arbeiterschutzes zwingt. Wir sind aber insbesondere sicher, daß wir nicht falsch prophezeien, wenn wir behaupten, daß mit der Inkraftsetzung dieses Gesetzes gerade die Auffklärung der christlichen Arbeiter über die brutale junkerlich-kapitalistische Klassenpolitik Preußens und des preussischen Landtages vollendet werden wird. Auch es doch allein schon aufreizen wirken, daß bei den ersten Ausschuhwahlen auf zahlreichen Gruben, wo während des Streiks die formelle Lösung der Streikenden aus der Arbeiterliste erfolgt ist, niemand außer den Arbeitwilligen das aktive und passive Wahlrecht besitzen wird. Auch sonst ist gerade das neue Gesetz, das seinem nahrhaftes Brot bietet, eine Quelle dauernder Reizung und erregenden Konfliktes.

Das Studium der Herrenhausverhandlungen, die schließlich zur Annahme des Vergarbergesetzes führten, wird ein abriges tun. Ein fanatischer Haß gegen das demokratische Wahlrecht und den Reichstag durchzog alle Reden. Nicht ein Redner zeigte auch nur die Anfangsgründe sozialer Einsicht. Die Autorität der Regierung, die man angeblich schätzen wollte durch die Zustimmung zum Gesetz, wurde durch die Reden in der beleidigendsten Form vernichtet. Eine Größe aus der Vergarberwelt, wie der Herr Popelius, behandelte den unglückseligen Handelsminister wie einen unwissenden und unwahrscheinlichen Schulbuben. Die intensiv wachsende Abneigung gegen die Arbeiterbewegung — der Freireier v. Manteuffel kennt nur eine Kategorie von guten Arbeitern: die arbeitswilligen Streikbrecher — wurde von den Rednern aller Richtungen in schärfster Form ausgesprochen; was ein paar Professoren schüchtern einwandten, verstärkte nur die Wirkung dieses Massenaufstandes der Herren gegen Arbeiterbewegung und Sozialpolitik. Was die gebildeten Herren noch in zivilisierter Form verhält ansprachen, das polterte der Graf Rosen, der wie ein Wanderrhetor des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in vorgerückter Stunde schrie, plump und offen heraus. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist unser Unglück, lärmte er; wir haben uns in eine schmachvolle Defensive von dem Umsturz drängen lassen, lärmte er; jetzt wolle man den Arbeitern neue Konzessionen machen, während man doch die von der „Umsturz- und Judenpresse“ so genannte Zuchtshausvorlage dem alten Hohenlohe vor die Füße geworfen habe. Durch die grobe Offenherzigkeit des Grafen Rosen fühlten sich zwar die vorsichtigeren Herren offenbar kompromittiert, aber was er sagte, entsprach durchaus der Volksseele des ganzen Hauses.

Ein lustiges Zwischenpiel führte schließlich auch in die fast schon legendär schwebenden Anfänge der christlich-monarchischen Sozialpolitik des Deutschen Reiches zurück. Graf Mirbach wiederholte seine in der „Kreuz-Zeitung“ vor einiger Zeit veröffentlichte Mitteilung, daß Fürst Bismarck im Grunde gegen das erste Alters- und Invaliditätsgesetz gewesen sei, und das Scheitern, das von 20 Stimmen abhing, gar nicht ungen gesehen hätte. Der vom Schauspiel verschwundene Führer der Konserwativen Herr v. Heidehoff und der alte Minister Bismarcks Herr v. Bötticher protestierten zwar gegen die Erzählung Mirbachs, aber da man keinen Grund hat,

werden jetzt Einzelheiten in einer Veröffentlichung des „Dresdener Journal“ bekannt. Danach geht die Neuordnung des Personentarifs auf preussische Anregung zurück, und die Beratungen haben zu einer Einigung in allen wesentlichen Punkten geföhrt. Die von den Kommissaren der beteiligten Staaten vorbereiteten Vorschläge unterliegen zurzeit noch der Befähigung der Regierungen. Sächsischerseits sind die vereinbarten Vorschläge unter Vorbehalt des Gehörs des Eisenbahnrats genehmigt worden. Die Beratungen haben sich außer auf die Vereinachung des Fahrkartentarifs und die Vereinheitlichung der Preise vornehmlich auf die Herbeiföhung einer Gleichmäöhigkeit der Grundlöhne des Personentarifs bezogen, soweit hierin bis jetzt erhebliche Abweichungen unter den verschiedenen deutschen Eisenbahnverwaltungen bestehen. Es ist gelungen, eine einheitliche Grundlöhne für das Tarifwesen aller deutschen Eisenbahnen zu schaffen. Dabei ist in erster Linie der Wegfall der Pfalz will wegen betriebsökonomischer und sozialpolitischer Bedenken die vierte Klasse als solche nicht einföhren, wohl aber deren Einheitslöhne auf die dritte Klasse in den Lokalföhren anwenden, so daß der Preis der dritten Klasse in den verschiedenen Zugarten verschieden sein wird.

Als Einheitslöhne im Personenzug sind in Aussicht genommen: für die 1. Klasse 7 Pf., für die 2. Klasse 4,5 Pf., für die 3. Klasse 3 Pf., für die 4. Klasse 2 Pf.

Die neuen Preise werden gegen die der jetzigen einfachen Fahrarten für Personenzüge niedriger sein: In 1. Klasse um 12,5 Proz., in 2. Klasse um 25 Proz., in 3. Klasse um 25 Proz., in der 4. Klasse bleiben sie bestehen wie bisher.

Gegen die Hälfte der Preise der jetzigen Rückfahrarten für Personenzüge werden die neuen Preise höher sein: In 1. Klasse um 23,57 Proz., in 2. Klasse um 5,88 Proz., in 3. Klasse um 5,88 Proz.

In bezug auf die Schnellzugzuschläge sollen feste Zuschläge nach Art der jetzigen Platzgeböhre eingeföhrt werden und zwar:

Table with 4 columns: Speed (bis 75 km, 75, 76, über 150), Class (1. und 2. Klasse), and Price (50 Pfenning, 25, 100, 50, 200, 100).

Eine besondere Platzgeböhre für D-Züge wird daneben nicht weiter bestehen.

Die Aufhebung des Freigewichts für Reisegepäck mühte, nach der Anschauung der Eisenbahnverwaltungen, eintreten, nicht nur, weil sie sachlich gerechtfertigt ist, sondern auch, weil die Umahme des Freigewichts für die süddeutschen Verwaltungen, die schon durch die Einföhung des 2-Pfennigtarifs für die niedrigste Klasse erhebliche Einnahmeausfälle erleiden, aus finanziellen Gründen unntzlich gewesen wäre. Man hat statt der kilometerweisen Bemessung auch hier ein Zonenystem angenommen. Das Recht der Reisenden vierter Klasse, eine Traglast unentgeltlich im Abteil mit sich zu föhren, soll bestehen bleiben.

Als Ausnahmetarife sollen beibehalten werden die Monatskarten, Schülerkarten und Arbeiterwochenkarten, und zwar ohne Preisänderungen. Ferner Preisermöhigungen für Kinder, für Zuschläge zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und Ferienkolonien etc. Es sollen jedoch die zurzeit für diese Ermöhigungen bestehenden Säge nicht weiter ermöhigt, wohl aber mit Rücksicht auf die Knechtstellung des Tarifs auf einer anderen Grundlage aufgebaut werden. Wegfallen werden die Preisermöhigungen für gemeinschaftliche Reisen größerer Gesellschaften, sowie die Ausgabe von festen Rundreisetarifen und die noch bestehenden Sonntagsfahrarten.

Die zusammengestellten Fahrtscheine des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen werden bestehen bleiben, die Einheitslöhne dafür werden in 1. und 2. Klasse um 0,3 Pf., in 3. um 0,2 Pf. höher sein als die regelmöhigen Fahrpreise, dagegen werden die feste zur Vermögung von Schnellzügen ohne weiteren Zuschlag berechtigen.

Als Zeitpunkt der Einföhung dieser Maßnahmen wird der 1. Oktober 1906 in Aussicht genommen.

Die lange vorbereitete und laut angekündigte „Reform“ ist eine echte Frucht des bürokratischen Formalismus. Die Gleichmäöhigkeit der Tarife im ganzen Reich soll durch das Publikum mit Erschwernungen und Vertenerungen des Reisens bezahlt werden. Die geplante Neuordnung ist das Gegenteil einer wirklichen Verkehrsreform.

„Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.“

In Breslau scheint man wirklich die Absicht zu haben, den Vortrag unseres Genossen Ed. Bernstein über den politischen Massenstreik zum Anlaß eines politischen Prozesses zu nehmen. Nachdem vor etwa drei Wochen der verantwortliche Redakteur der „Volkswacht“, Genosse Paul Döbe, wegen des in der „Volkswacht“ vom 1. und 3. Juni erschienenen Berichtes über den vernünftigen Vortrag vernommen worden war, ist am Mittwoch Genosse Bernstein selbst in Schöneberg kommissarisch vernommen und ihm dabei eröffnet worden, daß ein Untersuchungsverfahren auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs eingeleitet sei. Außerdem erfährt Genosse Bernstein, daß ein Beschluß vorliegt, für den Fall, daß der Vortrag als Broschüre erscheinen sollte, diese sofort mit Beschlag zu belegen. Unser Genosse erklärte hierzu, daß er bisher nur durch Zeitmangel daran verhindert gewesen sei, die Herausgabe der Broschüre vorzubereiten, daß er aber trotz dieses für ihn unfaßbaren Beschlusses sein Vorhaben, den Vortrag als Broschüre erscheinen zu lassen, zur Ausführung bringen werde.

Liberalismus und Landtagswahlen in Sachsen.

Uns Sachsen wird uns geschrieben: Die Nationalliberalen und Freisinnigen haben je ein Wahlprogramm veröffentlicht und damit ihrerseits die Wahlkampagne eröffnet. Die Wirkung dieser Parteiprogramme ist äußerst gering. Beide Parteien leben in der Einbildung, in Sachsen noch einmal eine liberale Werra heraufzuführen zu können. Darin ärgert sich eine auffällige Verleumdung der politischen und ökonomischen Verhältnisse Sachsens. Drängt auch die Industrie in ihrer riesig fortschreitenden Entwicklung die Landwirtschaft immer mehr zurück, so wird nichtsofortiger die politische Vertretung der Industriellen immer konservativer sein, wie sie es jetzt schon zum weitaus größten Teil ist. Und der Teil, der sich noch zu den Liberalen zählt, ist nicht weniger reaktionär als der konservative, denn mit seiner Zustimmung ist durch die Nationalliberalen im Landtage der Wahlrechtsraub mit vollzogen worden. Die Wahlentrechtung hat eine wohlverdiente Schwächung des Liberalismus zur Folge gehabt, wie bisher die Landtagswahlen, am deutlichsten aber die letzten Reichstagswahlen bewiesen haben. Indes, wie gelangt, die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens treibt schnell zu einer strengen Klassenschcheidung des Volkes in Besitzende und Nichtbesitzende. Im Rahmen dieser Entwicklung wird es dem Liberalismus schwer sein, irgend welchen Raum zu gewinnen. Das werden die Freisinnigen sehr schnell erfahren, die unter dem Dreiklassenwahlrecht noch einmal aufzuleben hoffen — von den Nationalliberalen gar nicht zu reden, die den Liberalismus doch nur auf Schritt und Tritt verraten.

Mit verächtlichem Lächeln wurde der nationalliberale Wahlausruf aufgenommen, der ein neues Wahlgesetz fordert, welches allen Klassen der Bevölkerung die Teilnahme an der Gesetzgebung sichert, aber die Alleinherrschaft eines Standes oder einer Massen

einigten Staaten andauernd zu vermehren, den internationalen Rüstungsstillstand fordern und fördern. Die telegraphischen Zuneigungsbekundungen der Staatsoberhäupter sind so lange wertlos, als die Regierungen bei den Taten der Abneigung verbleiben.

Das Ergebnis des Chinaprozesses

bereitet den Zeitungsredaktionen nicht geringe Pein. Vielfach versucht man den unangenehmen Fall durch Schweigen zu besänftigen. Man besorgt die Lösung, die soeben Botho v. Eulenburg im Herrenhaus ansag, nur nicht irgend etwas zu sagen, was der Sozialdemokratie günstig sein könnte. Man zieht vor, durch Schweigen misschuldig an Vorgängen zu werden, deren Aufdeckung und Verhinderung Pflicht jedes nicht moralisch Verwahrlosten wäre. Ein anderer Teil der bürgerlichen Zeitungen befürchtet den Eindruck des Prozeßergebnisses auf die Öffentlichkeit und versucht, durch Entstellung und erheucheltesten Scherz den bösen Fall zu erledigen. Ein Musterbeispiel dieser Methode gibt die „Deutsche Zeitung“ des Herrn Friedrich Lange.

Diese Zeitung, die täglich von nationaler Ehre überfließt, sagt, daß „das äußerliche Bild dieser Verhandlung nicht so ungünstig für den Angeklagten ausfiel, wie es gerecht und politisch erwünscht war“. Man fühlt, daß die Verfechter der militärischen Mißstände eine schwere Schlappe erleiden, man beschwört deshalb den Staatsanwalt, daß er nicht gegen die Zeugen durch Vorbehaltung weiterer Schritte abschredend vorgegangen ist und vor allem erklärt man die eindringlichen Aussagen der früheren Mitglieder des ostasiatischen Expeditionskorps manmehr als „Zeugenklatsch“. Gätten die Zeugen irgendwie eine Unrichtigkeit in der sozialdemokratischen Ansicht über die Vorkommnisse des chingischen Feldzuges erweisen können, welches Zeugnis hervorragender Zuverlässigkeit wäre ihnen in der „Deutschen Zeitung“ ausgestellt worden!

Weiter unschreibt diese Zeitung den Zeugenklatsch also: „... Daß manchmal Auffassungen über „Deute“ geberichtet haben, auch wohl bei einzelnen Offizieren, die aus dem Milieu dieses Krieges erklärlich, grundsätzlich aber nicht ganz korrekt sind, mag zugegeben werden; aber die Festgriffe in dieser Hinsicht gehen kaum über die Wegnahme der Fernrohre hinaus; tragisch sind sie nicht zu nehmen, und am wenigsten bieten sie gerechten Anlaß zu vaterlandsbergessenen sozialdemokratischen Verdächtigungen.“

Der dreiste Versuch, die Wahrheit des Chinafeldzuges abzuschwören und umgekehrt die Sozialdemokratie einmal mehr als „vaterlandsbergessenen“ zu beschimpfen, nötig ist denn doch zu nochmaliger kürzester Zusammenfassung des Prozeßergebnisses.

Vor dem Landgericht in Halle waren die folgenden Fragen zu beantworten: Haben Angehörige des aus Deutschland entlassenen ostasiatischen Expeditionskorps — ebenso wie Angehörige der nichtdeutschen Truppenteile — Leben und Eigentum der Chinesen rechtswidrig, brutal und sinnlos geschädigt und zerstört? Haben Sie geplündert, gestohlen, geraubt und Erpressungen verübt? Fünfzehn Zeugen waren für das Beweissthema geladen — eine minimale Zahl von Zeugen gegenüber dem umfangreichen Beweismaterial, dessen Verbeschaffung durch das Gericht gehindert wurde. Alle 15 Zeugen haben jene Fragen ihrem wesentlichen Inhalte nach und unter Anführung einer Fülle von Einzelheiten bejaht. Ferner war die Frage gestellt: Haben Angehörige des deutschen Expeditionskorps an Frauen, Mädchen und Kindern der Chinesen unter Anwendung von Gewalt unzüchtige Handlungen vorgenommen? Unter Hinweis auf eine Anzahl kriegsgerichtlicher Urteile, die wegen Frauenchändung ergangen sind, wurde auch diese Frage zeugeneidlich mit Ja beantwortet von den Zeugen Friedrich Rudolph-Berlin, Hugo Benzler-Nixdorf, Ernst Trammis-Berlin, Sternberg-Spandau, G. Grube-Ebersfeld, Richard Schill-Rathenow, Karl Jühnemann-Halle. Aus eigener, wiederholter Wahrnehmung fürchtbarer, hier nicht wiederzugebender Einzelheiten bejahten dieselbe Frage Friedrich Rudolph-Berlin, S. Erpenbeck-Limmer, Holzstämpfer-Wilhelmshaven, Alfred Salsau-Berlin, G. Moser-Stuttgart, Ernst Trammis-Berlin und Hugo Benzler-Nixdorf.

Es ist wahrhaft lächerlich, daß die „Deutsche Zeitung“ gegen den Staatsanwalt und das Gericht in Halle Vorwürfe erhebt, weil sie nicht verstanden hätten, die Zeugen abzuschrecken. Die sämtlichen Zeugenaussagen waren bei äußerster Zurückhaltung vollendet klar und präzise. Es beweist hohen moralischen Mut, Zeugnis abzulegen über Vorgänge, deren Verurteilung die herrschenden Kreise wünschen; es beweist das Gegenteil von moralischem Mut, Zeugen, welche ihre Pflicht erfüllen, ohne jeden Anlaß des „Zeugenklatsches“ zu verdächtigen.

Aus den linksliberalen Blättern ist besonders ein Artikel der „Berliner Volks-Zeitung“ zu erwähnen, in dem das Prozeßergebnis als „für Deutschland tief beschämend“ bezeichnet wird. Weiter führt das Blatt u. a. aus:

„... Noch weniger wird man in An- und Auslande geneigt sein, die vorgekommenen schweren Verfassungen gegen den guten Geist des Heeres und gegen die guten Sitten aus der sonderbaren Anschauung des Staatsanwalts heraus zu entschuldigen, daß dergleichen Dinge zu den üblichen Begleiterscheinungen jedes Krieges zu rechnen seien. Mit Verlaub, wir hatten das Vertrauen zu den Chinetruppen gehabt, daß im deutschen Heere dergleichen nicht unvermeidlich sei. Auch geben wir der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß solche Rohheiten und Gemeinheiten, wie sie durch die eidlischen Zeugenaussagen festgestellt worden sind, niemals im deutschen Heere hätten vorkommen sollen und daß sie in Zukunft niemals vorkommen dürfen. Und wenn hundert preussische Staatsanwälte erklärten, es handele sich um Begleiterscheinungen, die man von allen Kriegen her gewöhnt sei, so werden wir tausendmal erklären: Das deutsche Heer muß sich von solchen Freveln rein halten. Vom deutschen Heere, das uns immer als die hohe Schule der Manneszucht gepriesen wird, erwarten wir mehr als jemand, der völlig zu übersehen scheint, daß der deutsche Soldat der Gegenwart etwas wesentlich anderes ist als ein Glied jener Söldnerheere, die in früheren Jahrhunderten aus dem Plündern und anderen Grausamkeiten ein Metier machten.“

Unter den konservativen Blättern ist bisher der „Reichs-Vote“ das einzige, das den Prozeß sachlich und ernsthaft beurteilt. Er sagt:

„In dem Ameri-Prozeß sind von den Zeugen so schenliche Verbrechen von deutschen Soldaten und Offizieren unter Eid ausgesagt worden, daß jeder, der das las, tief erschüttert und beschämt wurde. Wir sind der Meinung, daß die Anekdote daran nicht vorbeigehen kann, sondern in eine scharfe Untersuchung eintreten und nachträglich strenge Strafen über die Ergebensten verhängen muß. Dieser Flecken darf auf der deutschen Armee nicht sitzen bleiben. Mit der Entschuldigung des Richters, daß es nur einzelne gewesen sind und das als eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Krieges aufzufassen sei, darf die Sache nicht abgetan werden; dazu waren es nach den Zeugenaussagen zu viele, und wir müssen jetzt eine bessere Haltung der Soldaten verlangen, als das in früheren rohen Zeiten vielleicht der Fall war. Das darf keine Entschuldigung sein.“

den Freiherrn v. Pirbach für einen Lügner zu halten, und auch die inneren Gründe dafür sprechen, so muß man schon annehmen, daß beide Parteien recht haben, daß Fürst Bismarck zwar, am liebsten für das unter seinem Namen stehende Gesetz gewirkt habe, daß er aber als Privatmann die Konservativen scharf gemacht habe gegen das Gesetz, so daß es beinahe zum Scheitern gekommen wäre. Täuschung und Intrige hielten also schon auf der Schwelle der glorreichen christlich-monarchischen Sozialpolitik. Erstes sozialpolitisches Verständnis hat diese Arbeiterkämpferbewegung niemals gekent.

Schließlich, um ja keinen Zweifel zu lassen, daß das Herrenhaus nicht daran denkt, aus Interesse an den Arbeitern dem Gesetz zuzustimmen, nahm man noch mit großer Mehrheit die Resolution Wurgsdarff an, welche die Regierung auffordert, so energisch wie möglich Maßnahmen zu treffen, die auf Verhinderung des Kontraktbruchs und der Aufforderung dazu, sowie auf eine neue Buchhausvorlage hinauslaufen. Es verdient Beachtung, daß für den dritten Abjah dieser Resolution (Schutz der Arbeitswilligen) auch ein Teil des Zentrums, voran der Reichstagspräsident Graf Ballostrom gestimmt hat. Wenn gar ein Redner seine Zustimmung zum Gesetz von der feierlichen Erklärung der Regierung abhängig machte, daß sie für alle Zeiten dem Versuch Widerstand entgegenzusetzen werde, die Regelung des Vergrechts von Reichs wegen vorzunehmen, so fand gegen diese gewisse Verhöhnung der Reichseinheit und des Reichstages die Regierung, weder Fürst Bülow noch Herr Müller, irgend ein Wort des Protestes; im Gegenteil, es wurde dem preussischen Landtag das dauernde Recht eingeräumt, den Vergarbeiterkämpf und das Vergrecht im allgemeinen von Gnaden der Herrenhäuser verstümmeln zu lassen.

Zu neuen Ausnahmefällen gegen die Arbeiterbewegung scheint man weniger geneigt zu sein, wenn man auch Wiederholungen solcher Verjude nicht als unmöglich in Abrede stellen wollte. Die augenblicklich herrschende Stimmung gab wohl Botho v. Eulenburg wieder, wenn er die Bearbeitung der öffentlichen Meinung aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie für die wichtigste Aufgabe erklärte. Die öffentliche Meinung wird im wesentlichen durch die Presse gebildet. Den Begriff einer bürgerlichen Oppositionspresse im wörtlichen Sinne gibt es schon heute nicht mehr. Schon jetzt erlebt man täglich, daß in rührender Uebereinstimmung bei allen bedeutenden Aktionen die gesamte bürgerliche Presse gegen die Sozialdemokratie auf gleiche Weise Stellung nimmt. Daß das nicht auf Zufall, sondern auf einem offiziös organisierten Prinzip beruht, brauchte eigentlich gar nicht mehr ausgesprochen werden. Immerhin zeigt die Anregung des Grafen Eulenburg, daß wir in dieser Hinsicht noch manches erleben werden, daß die Uniformität der offiziellen Presse die ganze bürgerliche Zeitungsmacht in noch verstärkter Maße beherrschen wird.

Ein vergebliches Spiel. Die Stimmungsmache der bürgerlichen Presse bleibt doch nur Wert und Schall. Die Taten der herrschenden Gesellschaft aber, wie sie in dem Vergarbeitergesetz vorliegen, wichen durch sich selbst so auflärend und aufreizend, daß auch die verlogenste und umfangreichste „Präparierung der öffentlichen Meinung“ gegen die unmittelbarer fühlbaren Wirkungen ohnmächtig bleibt. Das Vergeseh bearbeitet durch sich selbst die wahre öffentliche Meinung — für die Sozialdemokratie.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. Juni.

Die Marokko-Konferenz.

wird nunmehr in Paris als endgültig gesichert betrachtet. Nach Meldung aus Paris wird in dortigen Regierungskreisen auf das Bestimmteste versichert, daß infolge der persönlichen Antwort Bülowos die französische Regierung sich bereits entschlossen hat, den Konferenzvorschlag des Sultans von Marokko anzunehmen. Wenn die von Deutschland gewünschte prinzipielle Zustimmung zur Konferenz gegeben ist, erwartet man, sich über die auf der Konferenz zu besprechenden und zu lösenden Fragen mit Deutschland zu verständigen. Vermutlich wird die Konferenz erst im Herbst stattfinden.

In der „Humanität“ bespricht Jaurès die erfreuliche Milderung des Marokkokonflikts und die Stellung Frankreichs und Deutschlands zu einander. Er führt aus:

„... Wir haben in Marokko ein Recht auf die Sicherung unserer afrikanischen Grenze. Was das übrige angeht, so genügt uns die Aufrechterhaltung der marokkanischen Integrität. Die Regierung und die Völker sollen sich nicht um Gebietsfragen oder um ihren Einfluß streiten, und jeder soll in die Lage kommen, frei seinen Handel und seine Geschäfte zu entwickeln. Die Zeit, der Friede und der ruhige Gang der Dinge werden für Frankreich als den Nachbar Marokkos vieles tun, ohne daß es nötig wäre, gefährvolle Sonderrechte zu beanspruchen oder erdrückende Lasten zu übernehmen. In diesem Geiste können wir zur internationalen Konferenz gehen. Keine Verwidelung kann daraus entstehen, und wenn diese internationale Regelung der marokkanischen Frage uns vor Versuchungen abenteuerlicher Geister und vor der Ungeduld der Vereinigungen der Geschäftsinteressen bewahrt, so wäre sie eine große Wohltat für unser Land.“

Ueber diesen Zwischenfall hinaus sollen gesicherte und freundschaftlichere Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hergestellt werden. Frankreich hat eingeschrieben, daß im Schmolzen und in vorwärtigen Kombinationen einiger seiner Diplomaten Deutschland gegenüber weder Würde noch Weisheit lag. Und Deutschland hat festgesetzt, daß das republikanische Frankreich von 1905, durch die Prüfung gereift, durch die Ausübung der Freiheit ins Gleichgewicht gekommen, keine Lust verspürt weder an der Preisgabe seines Stolz, noch an prophigen Unbesonnenheiten. So kann zwischen den beiden Nationen eine Verständigung zustande kommen, die weder die eine noch die andere beunruhigt oder demütigt. Frankreich kann Deutschland, ohne sich zu erniedrigen, den Beweis liefern, daß es gegen die Interessen Deutschlands in der Welt keine bösen Absichten hegt, und daß es ihm möglich ist, ohne Herausforderung abzulehnen, was einer Verneinung des lokalen und friedlichen Einvernehmens mit England gleichkommt.“

Amerikanisch-deutsche Zuneigung.

Aus New York wird vom 28. Juni gemeldet: Präsident Roosevelt wohnte heute der Feierlichkeit anlässlich des Studienabschlusses an der Harvard Universität in Cambridge (Massachusetts) bei und sandte aus diesem Anlaß nachstehendes Telegramm an den deutschen Kaiser:

„Ich habe soeben die Harvard Universität und das deutsche Museum besucht, dessen Gründung wir in so weitem Maße Ihrem Interesse verdanken. Ich benutze diese Gelegenheit, Ihnen und durch Sie dem deutschen Volke zu danken für viele Beweise freundschaftlicher Zuneigung, welche in den letzten Jahren das deutsche und das amerikanische Volk stetig einander näher gebracht haben. Diese wachsende Freundschaft zwischen den beiden Nationen bedeutet viel für die zukünftige Wohlfahrt der Menschheit und ich wünsche Ihnen persönlich für Ihre Bemühungen um ihre Förderung zu danken.“

Wenn die amerikanisch-deutsche Zuneigung so echt und groß ist, wie Präsident Roosevelt sie darstellt, dann sollte sie endlich reale Wirkungen auf die „Wohlfahrt der Menschheit“ ausüben können. Beispielsweise sollte Herr Roosevelt, anstatt die Marine der Ver-

partei — sei es die sozialdemokratische, agrarische oder sonst eine — verfehle! Diese Forderung allein charakterisiert das ganze Auftreten der Rationalliberalen und muß die Abneigung gegen sie verstärken. Mit ihrer Schuld ist das Dreiklassenwahlrecht und mit ihm die konervative Hebermacht stabilisiert worden, die sie nicht mehr brechen können, weil eben die Großindustriellen immer konservativer, richtiger reaktionärer werden und in der Wahl ihrer Vertretung zum Landtage nicht zu den zwar ebenso reaktionären, aber widerlich streberischen Rationalliberalen greifen werden. Und die von den Rationalliberalen entrechtete dritte Wählerklasse hat die Aufgabe, diese verräterische „liberale“ Clique völlig zu vernichten. Daß diese übrigens gar nicht daran denkt, ein günstigeres Wahlgesetz für das arbeitende Volk schaffen zu helfen, haben sie bei der Besprechung der angeblichen Wahlreform im letzten Landtage bewiesen sowie auf dem am Sonntag in Leipzig stattgehabten nationalliberalen Parteitag, auf dem die in den Vordergrund des politischen Lebens stehende Wahlrechtsfrage von der Erörterung mit dem Hinweis ausgeschlossen wurde, daß die Stellung der Rationalliberalen zur Wahlrechtsfrage in dem bezeichneten Wahlaufschuß „am besten zum Ausdruck“ gekommen sei. Wie lächerlich! Auch wenn sie die Macht dazu besäße, würde diese Clique die Wahlrechtsfrage nicht lösen; es ist jedoch völlig bedeutungslos, darüber zu reden, weil die Rationalliberalen auf dem letzten Landtage pfeifen.

Nun möchte der linke Flügel des Liberalismus, der freisinnige, das Erbe der Rationalliberalen und — Sozialdemokratie unter dem Dreiklassenwahlrecht im Landtage antreten. Darauf ist der Aufruf der Freisinnigen zur Landtagswahl zugeschnitten. Auch hier zeigt sich die Unentwegtheit, das Kompromisseln und Zurückweichen, das die Rationalliberalen charakterisiert; und auch die Freisinnigen stellen die Wahlrechtsfrage nicht in den Vordergrund. Wenn sie auch aus agitatorischen Gründen und um eventuell bei Stichwahlen die Unterstützung der Sozialdemokratie zu erlangen, in ihrem Aufruf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verlangen, schwächen sie diese Forderung gleichwohl in demselben Maße ab, indem sie versprechen, mindestens aber für das geraubte Wahlrecht einzutreten. Schlimmer noch dokumentiert sich ihre Prinzipienlosigkeit, daß sie wohl die Befreiung der Ersten Kammer fordern, aber gleichwohl mit einer Reform dieser Gesetzgebungsbehörde nicht einverstanden sind. Diese Zweideutigkeit ist auf Kompromisse nach rechts und nach links berechnet. Nun wird sich der Freisinn mit dieser Scheinpolitik ebenso verhalten wie die Rationalliberalen. Wenn schon die Industriellen vom Rationalliberalismus zum Konfessionsliberalismus übergegangen sind, so können die Freisinnigen erst recht nicht auf Unterstützung seitens der Großindustriellen rechnen, die doch die Situation beherrschen. Und in der dritten Wählerklasse dominiert die Sozialdemokratie, also auch hier ist für die Freisinnigen nichts zu holen. Wenn sie gleichwohl — weil sie in einigen Bezirken ein Häuflein Anhänger zählen — sich einbilden, in Stichwahlen von der sozialdemokratischen Wählerklasse unterstützt zu werden, so haben sie sich durch ihr zweideutiges Auftreten die Situation sehr verschlimmert. Man bezeichnet sie heute schon als das würdige Gefährliche der Rationalliberalen, auf deren Hüfte sie ja bestimmt rechnen, und mit denen, wie im „Berliner Tageblatt“ einer der Ihrigen verrät, sie feste Abmachungen erstreben, die jedoch nicht zustande gekommen sind. Träten die Freisinnigen in energischer Weise gegen den Wahlrechtsraub auf, dann könnten sie vielleicht eine beachtenswerte Anzahl Wähler der dritten, also entrechteten Klasse gewinnen, aber ihre schwächliche Haltung verleiht ihnen sogar die Achtung der Entrechteten, die ihre Interessen durch die Sozialdemokratie kraftvoll und rücksichtslos vertreten sehen. Der Verlauf der Wahlbewegung wird diese unferne Auffassung bestätigen.

Entzieht also schon die ökonomische Entwicklung dem Liberalismus in Sachen mehr und mehr Boden, so tragen andererseits die liberalen Parteien selbst durch ihre unzuverlässige Haltung zur Diskreditierung resp. Zertrümmerung des Liberalismus bei. Die Liberalen jeder Couleur glauben unter dem Dreiklassenwahlrecht das Erbe der Sozialdemokratie antreten zu können, während die politische Entwicklung das Umgekehrte bedingt. Wirklich freigeistige Männer wenden sich der Sozialdemokratie zu, während alle zweifelhaften und reaktionären Elemente sich zu den ihnen verwandten reaktionären Konservativen schlagen. Diese reinliche Scheidung geht in Sachen unauffällig vorwärts.

Die Volkshochschule als Mittel der Germanisation. Vor einigen Tagen fand in Neumünster in Schleswig-Holstein eine von „angehenden Männern“ aus allen Teilen der Provinz einberufene Versammlung statt, in der ein Verein zur Gründung von ländlichen Volkshochschulen in Schleswig-Holstein ins Leben gerufen wurde. Den Grundriss schwebte, wie von ihnen allgemein zugegeben wurde, als Vorbild das dänische Volkshochschulwesen vor, dem mit Recht die fortgeschrittene Entwicklung der dänischen Landwirtschaft sowohl wie das anerkannt hohe Bildungsniveau der ländlichen Bevölkerungskreise in Dänemark zugeschrieben wird. Daß für weite Gebiete Deutschlands, und so auch für den ostelbigen Teil Schleswig-Holsteins, die sozialen und politischen Grundlagen für das Gedeihen einer solchen Bewegung gänzlich fehlen, nämlich das Ueberwiegen selbständiger bäuerlicher Klein- und Mittelbetriebe und die freiheitliche Kultur des Volkes, solchen nebenwärtigen Gesichtspunkten entging sich natürlich der durch keinerlei materialistische Soziologie getriebene Eifer der gründenden Landräte und Pastoren vollständig. Die staatliche Unterstützung wurde dem Unternehmen von den Landräten in sichere Aussicht gestellt und übrigens betont, daß die Bewegung keine politische Tendenz haben soll. Trotz dieser Versicherung wurde aber kein Hehl daraus gemacht, daß das Unternehmen vor allem auch dem von den teutschen Patrioten als unerträglich bezeichneten Zustand ein Ende machen soll, daß alljährlich Hunderte von jungen Leuten beiderlei Geschlechts aus Nordischleswig über die Grenze gehen, um in jenen dänischen Anstalten die ihnen in Deutschland unerreichtbare Fortbildung zu empfangen, und daß sie dort, wie die Männer des „Deutschen Vereins“ jammernd in ihrem Festhalten an der dänischen Sprache, das ihnen diesseitig der Grenze bekammlisch als Verbrechen angesehen wird, bekräftigt werden. Die Germanisatoren bezeichnen deshalb die dänischen Volkshochschulen geschmackvoll als „Brüder der dänischen Agitation“.

Die letzten Zweifel über die politischen Absichten der Gründer werden aber zerstreut durch das einzige praktische Beispiel, das in dieser Richtung der Neumünsterischen Versammlung vorlag. In Lingleff in Nordischleswig ist nämlich die Errichtung einer solchen ländlichen Volkshochschule bereits beschlossen worden, und sie wird, da die Mittel hierzu gesichert sein sollen, demnächst eröffnet werden. Die Tendenz dieser Anstalt aber wird unzweideutig festgelegt durch den Schulplan, den der „Hjemsdal“ in Apenrade in der Lage ist zu veröffentlichen. Danach sollen in fünf Monaten, abgesehen von dem Haushaltungunterricht für die weiblichen Schüler, verabfolgt werden: 140 Stunden in deutscher Sprache, 100 Stunden Geschichte und Heimatslehre, je 40 Stunden in Rechnen, Turnen und Religion. Man denke: 140 Stunden Deutsch, während die Umgangssprache in jener Gegend fast ausschließlich das Dänische ist, und keine einzige Stunde in der Muttersprache der Schüler! Dabei hatte noch Köller, als in Apenrade die „Landwirtschaftliche Schule“ errichtet wurde, den Unterricht im Dänischen als unerlässlich bezeichnet. Welches Wissen aber in der Geschichte und Heimatskunde den jungen Leuten vermittelt werden soll, zeigen folgende Proben aus dem „Historischen Lehrplan“ der Anstalt. Als Hauptgegenstände des geschichtlichen Unterrichts werden aufgeführt: „Der Kalteberg und das Ambergestei“ (der Ambergestei, der höchste Punkt in Nordischleswig, ist durch ein Widmark-Denkmal „geschmückt“, das vom „Deutschen Verein“ als Nationalheiligtum betrachtet wird und zu dessen Füßen alljährlich „patriotische“ Feiern abgehalten werden). Ferner: „König Heinrich und die Kriegsschiffe“, „Unser Kaiser und seine Familie“, „Der Flottenverein“, „Die Vorfahren unseres Kaisers“ und dergleichen mehr.

Man kann, ohne ein großer Prophet zu sein, der neuen Unternehmung ein ähnliches Ende, wie es den ähnlichen verfrachten „patriotischen“ Gründungen des Pastors Jacobsen beschieden war, voraussetzen.

Verfassungsrevision in Württemberg.

Stuttgart, 26. Juni. (Fig. Bez.)

Vor überfüllten Tribünen und vollzählig besetzter Ministerbank trat heute der Landtag in die Generaldebatte über die Verfassungsrevision ein. Die vierstündige Sitzung war im wesentlichen ausgefüllt durch das erste der zahlreichen zu erwartenden Verschleppungsmanöver des Zentrums. Konrad Haußmann (Sp.) hatte die Debatte mit einer Rede eröffnet, in der er das Recht der beiden Kammern, Verfassungsänderungen zu beschließen, in Zweifel zog, und die Anschauung vertrat, die im Jahre 1849 ordnungsgemäß zu stande gekommene königliche Verordnung, die mit der Verfassungsänderung eine eigene, aus freigeählten Vertretern der 64 Oberämter bestehende Versammlung betraute, sei niemals aufgehoben worden, sondern bestehe auch nach dem Staatsrecht von 1850 noch zu Recht. Dieser Weg hätte aber von der Regierung um so eher beschritten werden sollen, als es eine unmögliche Aufgabe ist, Vorrechte durch Vorrechte zu beseitigen, wie es die Regierung durch die Heranziehung der Adelskammer zur Durchführung der Reform tue. Wenn schon aber dies vielleicht aus Gründen der Staatsraison geboten gewesen sei, so müsse die Regierung sich zumindest die Möglichkeit offen halten, auch den anderen Weg zu beschreiten, für den Fall, als etwa auch dieser Versuch einer Verfassungsrevision ergebnislos scheitern sollte.

Die scharf gegen die Erste Kammer zugespielte Rede des volksparteilichen Führers wurde von den Parteien richtig eingeschätzt; ist es doch unergessen, daß gerade Konrad Haußmann im Vorjahr nur Hohn und Spott für die „ausdruckslose und undurchführbare“ Forderung der Sozialdemokratie nach Abschaffung der Ersten Kammer hatte, und die Verküpfung der Demokratie mit der Deutschen Partei in der Protestbewegung im wesentlichen sein Werk gewesen ist. So bezeugten ihm sowohl der Prälat v. Sandberger, der als Vertreter der Privilegiertenbank „mit schwerem Herzen“ die Mitarbeit der Privilegierten an dem Entwurf in Aussicht stellte, als der Rationalliberale v. Valz, daß sie seine Rede mehr als eine „theoretische“ Auseinandersetzung aufgefaßt hätten. Nur Herr Gröber war hochstapelig genug, ihn ernst zu nehmen, um einen Verschleppungsantrag stellen zu können, der die Prüfung der Frage nach der Rechtsgültigkeit der Verordnung vom Jahre 1849 durch die staatsrechtliche Kommission forderte, bevor das Haus die Veratung fortsetze. Darüber gerieten Herr Haußmann und die Regierung arg in Verlegenheit. Bedeutet doch jede Verzögerung der Beratung die Gefährdung der Verabschiedung des mit den Parteiführern abgelaarten Reformgesetzes vor den nächsten Landtagswahlen! Der Ministerpräsident und der Minister des Innern erhoben sich und beteuerten, daß sie ein so unzulässiges Doppelspiel, wie Herr Haußmann es ihnen zumute, weit von sich weisen und darauf verzichten, die Verordnung vom Jahre 1849 als Trumpf in der Hinterhand zu behalten, und berieten sich auf die Thronrede, die ausdrücklich nur eine durch Zusammenwirken der beiden Kammern zustande kommende Verfassungsreform in Aussicht stellt. Schließlich machte Herr Gröber dem grausamen Spiel durch Zurückziehung des Antrages ein Ende, nachdem der Schreck unter anderem dem naiven Prälaten v. Sandberger den Vorwurf gegen Haußmann erpart hatte, warum er denn in den Versprechungen mit dem Ministerpräsidenten und früher mit keinem Worte diese Auffassung vertreten habe. Nach einer Erklärung Haußmanns, daß er unter dem Zwange der Umstände von einer Weiterverfolgung seiner Anregung absehe, wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Stuttgart, 27. Juni. (Fig. Bez.)

Wenn sich der gestrige erste Tag der Verfassungsrevisions-Debatte in kleinen parteipolitischen Aulissenschiebungen erging, so wehte durch den heutigen Verhandlungstag der Atem der Geschichte. Die zwei-stündige groß angelegte Rede des Redners der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Reil, hob die Debatte auf eine Höhe, auf der sie auch der Redner der Mitterbank, Freiherr von Dö, zu halten verstand. Die Prinzipien wirklich demokratischer Fortschritts und einer selbstbewußten konservativen Weltanschauung wurden mit wünschenswerter Klarheit gegeneinander gestellt. Reil zerprüfte die für die Beibehaltung des Zweikammersystems vorgebrachten Scheingründe und bewies die Grundlosigkeit der Angst vor dem Radikalismus einer reinen Volkskammer durch den Hinweis auf den Reichstag, in dem bisher schon zu verschiedenen Malen Umsturz in konservativen Sinne, z. B. bei der Vergewaltigung der Zollstrukturen, erfolgte aber noch kein Umsturz im demokratischen Sinne. Gegenüber dem volksparteilichen Komödienthema betonte Reil, daß Haußmann seine gestrige Rede im Vorjahr bei den Protestversammlungen hätte halten müssen, anstatt zu dämpfen. Dann hätte er die Mehrheit der gewählten Vertreter in der Zweiten Kammer für den Vorschlag der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, wenn nicht in diesem Landtage, so doch im nächsten auf seiner Seite gehabt. Die Regierung irre zu machen, habe eine kompakte Mehrheit Mittel genug, wie man in verschiedenen außerdeutschen Parlamenten sieht. Nach ausführlichen Darlegungen der vielen Mängel, mit denen auch nach dem neuen Entwurf die Zweite Kammer behaftet bleibt, wendete sich Reil scharf gegen die geplante Verklärung der Ersten Kammer, deren morschen Bau man lieber einfalligen lassen solle. Eine Vertretung der Arbeiterkraft in der Ersten Kammer, wie sie als Pfälzerchen vorgeschlagen werde, ist abzulehnen. Die Erste Kammer als solche ist eine Verhöhnung des Rechtes der Arbeiter, und daran teilzunehmen könne man den Arbeitern doch wohl nicht zumuten. Namens der Fraktion erklärte Reil, diese werde sich an der Einzelberatung der Vorlage beteiligen und angeht des Widerstandes der bürgerlichen Parteien gegen die Vereinfachung der Ersten Kammer wenigstens die schlimmsten Schäden der sogenannten Reform zu beseitigen suchen.

Vom entgegengesetzten Standpunkte erhob Freiherr v. Dö seinen Einwand gegen den Entwurf, der das konservative Prinzip allzusehr preisgeben scheint. Zwar hegt der künge Konservative wenig Befürchtung in bezug auf die Entfernung der Privilegierten aus der Abgeordnetenkammer. Es werden dann, so meinte er nicht zu Unrecht, viele konservativ werden, die heute einem Liberalismus fröhnen, weil die Privilegierten ihnen die Abstammung ersparen. Auch wird ja die Zeit kommen, wo das Wachstum der Sozialdemokratie Zweifel an dem allseitsigmachenden allgemeinen Wahlrecht zur Tat reifen lassen wird, aber die Erste Kammer müsse auf alle Fälle mehr gestiftet und sicher verankert werden durch eine Grundlage, die nicht so sehr das Adelsprivileg als vielmehr die konservativen Interessen berücksichtigt durch härtere Heranziehung der Vertreter des Besitzes, des Handels, der Industrie und durch eine besondere Vertretung der großen Städte. Außerdem müsse der Erste Kammer zu der Einflußnahme auf die Gestaltung der Staatsmaßnahmen auch eine solche auf die Art der Staatsausgaben gesichert werden. Wird diesem Wunsch nicht entsprochen, so ist der Entwurf für die Ritterschaft ebenso unannehmbar.

Nach diesen beiden Reden vermochte der Volksparteiliche Rießing mit seinen auf der Linie volksparteilicher Haltheit sich bewegenden Ausführungen das Interesse des Hauses nicht mehr zu fesseln. Als Kuriosum sei festgehalten, daß dieser demokratische Abgeordnete sich auf das entschiedenste für die Zulassung der Arbeitervertreter in der Ersten Kammer aussprach. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Stuttgart, 28. Juni. (Telegramm.) In der heutigen Debatte der Kammer der Abgeordneten über die Verfassungsreform vertrat sich Ministerpräsident von Brechtling namens der Staatsregierung gegen den Vorwurf, daß die Regierung sich in der Verfassungsfrage nach links entwickle. Die Regierung juche konservativen

Erfahrung für die aufstrebenden Privilegierten in einer lebendigen Gestaltung der Ersten Kammer. Der Ministerpräsident erklärte nochmals, daß die Regierung an dem Zweikammersystem unbedingt festhalte, dafür aber die Umgestaltung der Zweiten Kammer in eine reine Volkskammer aufs Inoffizielle durchzuführen werde. Dann werde für Württemberg das freisinnigste Wahlrecht in ganzen Deutschen Reich bestehen.

Ausland.

Die Liquidierung der Union.

Stockholm, 28. Juni. In der Ersten Kammer wurde ein Antrag Unger eingebracht: Der Reichstag solle sich bereit erklären, nachdem das Storting den Beschluß vom 7. Juni außer Kraft gesetzt und nachdem der König ein neues Ministerium in Norwegen gebildet haben werde, auf Verhandlungen einzugehen und, wenn diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben oder eventuelle Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht entschieden sind, die Reichsakte aufzuheben und so in die Auflösung der Union einzuwilligen und Norwegen als souveränen Staat anzuerkennen.

In der schwedischen Ersten und Zweiten Kammer wurden heftige Reden gegen Norwegen gehalten, aber man war dort allgemein der Meinung, daß der „wärmigste Jörn“ dürfte Schweden nicht zum Kriege veranlassen.

Abgeordneter Kronlund forderte im schwedischen Reichstage die Festlegung folgender Punkte für ein bindendes Abkommen mit Norwegen, die für Schweden annehmbar wären: 1. Schleifung der Grenzbesetzungen. 2. Jedes Land sichert sich freien Verkehr mit dem anderen und freie Durchfahrtswege durch das andere. 3. Ungehinderte Ausnutzung von Exportmöglichkeiten über Norweil für Schweden und des Transitverkehrs über Ofoten für Norwegen. 4. Keine besonderen Vorzugrechte für Staaten außerhalb Skandinavien. 5. Schiedsgerichtsverträge. 6. Die Frage der Weiden für Rentiere wird geordnet. 7. Norwegen verpflichtet sich, die Ausgaben für seine Diplomatie und sein Konsulatswesen zu bezahlen, bis die Union formell gelöst ist.

Oesterreich-Ungarn.

Der Handelsvertrag mit Deutschland. Wien, 28. Juni. Abgeordnetenhause. Im Verlaufe der Debatte über den deutschen Handelsvertrag betont Abg. Ellenbogen unter Hinweis auf die Vorgänge in Ungarn, daß namentlich über die Unmöglichkeit, die Gemeinamkeit mit Ungarn aufrecht zu erhalten, kein Zweifel bestehe. Man müsse verlangen, daß Klipp und Klar erklärt werde, was geschehen solle für den Fall, daß bei Ablauf der Termine für die Handelsverträge die Ordnung in Ungarn nicht wieder hergestellt wäre. Die Sozialdemokraten seien wohl für die politische Trennung, nicht aber für die wirtschaftliche.

Tollinger (Zentrum) verteidigt auf die Bedenken, welche das Veterinär-Übereinkommen hervorgerufen habe, und tritt dafür ein, daß für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, die Zollgemeinschaft mit Ungarn aufrecht zu erhalten, die Regierung Vorkehrungen treffen möge für den weiteren Bestand des Handelsvertrages mit Deutschland für Oesterreich als selbständiges Reich.

Abg. Glombinski wendet sich gegen das Eisenartell und richtet an die Regierung die Aufforderung, zu einer Herabsetzung oder gänzlichen Aufhebung der Nocheinzüge zu schreiten und als Entgelt dafür vom Deutschen Reich auf anderen Gebieten wesentliche wirtschaftliche Zugeständnisse zu erwirken. Der Handelsvertrag wurde schließlich dem Zollausschuß zugewiesen. Nächste Sitzung Dienstag, den 4. Juli.

England.

London, 28. Juni. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien, Brodrick, erklärt, der Vizkönig von Indien, Lord Curzon denke nicht daran, zurückzutreten, sondern es sei von ihm eine Mitteilung eingegangen, in welcher einige Änderungen der vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich der indischen Armeeverwaltung empfohlen werden. Die englische Regierung ziehe gegenwärtig die vorgeschlagenen Änderungen in Erwägung. — Premierminister Balfour erklärt in Verantwortung einer an ihn gerichteten Anfrage, daß der am 17. November 1855 geschlossene Vertrag, durch welchen sich England verpflichtet, dem König von Schweden und Norwegen den Besitz seiner Gebiete zu gewährleisten und in gewissen Fällen zu verteidigen, eine neuerliche Erwägung erfordere, wenn eine Trennung zwischen Schweden und Norwegen zustande komme. — In Verantwortung einer Anfrage bezüglich Zahlung der von Venezuela geschuldeten Beträge erklärt Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Carl Pech, die monatlichen Zahlungen würden jetzt von Venezuela direkt an die Vertreter Deutschlands, Großbritanniens und Italiens in Caracas geleistet. Der von Venezuela bis zum letzten April gezahlte Betrag belaufe sich auf 24 305 Pfund Sterling, also 60 Proz. der britischen Forderungen.

Vom Krieg.

Petersburg, 28. Juni. In Stadt und Kreis Petersburg beginnt heute die Einberufung der Reservisten, welche drei Wochen beanspruchen wird. Die Gesamtzahl der in der Residenz und dem Fabrikanon Einberufenen wird auf 80 000 angegeben. — Diese Truppen sollen die nach der Mandchurei abgehenden Divisionen ersetzen.

Nach russischen Meldungen aus Gundsulin verursacht das Aufstehen zahlreicher japanischer Kommandos wirklich von Kirin sowie auf dem äußersten westlichen Flügel große Beunruhigung, da es als sicheres Zeichen gilt, daß die Japaner von Siamting aus eine Umgehungsbewegung eingeleitet haben.

Tokio, 28. Juni. Amtlicher Bericht. Der Feind griff in Stärke von fünf Kompagnien mit sechs Kanonen am 26. d. Mts. die Umgebung von Changhiatsen, 12 Meilen nordwestlich von Kwangping, an und wurde zurückgeschlagen. Unsere Kavallerie besetzte am gleichen Tage Kishöng, 10 Meilen nördlich von Kwangping im Norden Korea.

Die Revolution in Rußland.

Der Generalfreilich in ganz Rußland.

Warschau, 28. Juni. Heute wurde in sämtlichen Gruben und Fabriken des Dombrowaer Bezirks die Arbeit eingestellt. Zurzeit ist hier in Warschau alles ruhig.

Vor der Markthalle tötete ein Unbekannter einen Polizeiwachmeister durch einen Revolveranschlag.

Dem „Tag“ wird aus Warschau telegraphiert: Als Antwort des Volkes auf die Mobilisation wird für Sonnabend der Generalfreilich in ganz Rußland proklamiert.

Am 10 Uhr morgens verlassen am Mittwoch alle Arbeiter die Gruben und Fabriken in Dombrowa, Sodnowice und Strzemiesch, indem sie den Generalfreilich proklamieren.

In Lodz verließ der Oberkommandant der Truppen, Generalleutnant Schuttkeworth, einen Erlaß, wonach während des Kriegszustandes jede Versammlung auf den Straßen und Plätzen der Stadt strengstens verboten wird. Am Begräbnis sollen nur Verwandte der Verstorbenen teilnehmen und die Zahl der Begleiter polizeilich festgesetzt werden. Die Hausbesorger müssen von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends die Haustore bewachen. Personen, die nicht zu der ständigen Bevölkerung gehören, müssen die Stadt verlassen, wenn sie innerhalb drei Tagen keine Beschäftigung finden können. Ankomende und abreisende Personen sollen innerhalb drei

Stunden gemeldet werden. Teehäuser dürfen nur von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet sein, Restaurants ersten Ranges bis Mitternacht. Alle, die Waffen besitzen, sollen diese freiwillig auf der Polizei niederlegen. Wer später im Besitz von Waffen betroffen wird, soll kriegsmäßig bestraft werden. Wenn jemand aus dem Innern der Häuser auf Militärpatrouillen oder die Polizei geschossen hat, so sollen alle Einwohner aus dem Hause getrieben werden und der Besitzer oder Verwalter vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Aus Kattowitz meldet daselbe Blatt: Auf allen Bergen und Gruben des Silesener Reviers sind heute die Arbeiter in den Generalstreik eingetreten. Auf den Bergen wurden von den Arbeitern rote Fahnen gehißt. Die Bewegung hat einen rein revolutionären Charakter; große Demonstrationen werden beabsichtigt. Beamte und Meister der Werke flüchten in großer Zahl nach Oberschlesien.

Wentende Matrosen.

Aus Odessa wird dem „Tag“ gemeldet, daß auf dem Panzerschiff „Potemkin“ die ganze Besatzung aufständisch geworden sei, weil der Kommandant einem Matrosen den Kopf zertrümmert hat. Der Kapitän und viele Marineoffiziere wurden getötet. Der „Potemkin“ schwimmt jetzt auf dem Schwarzen Meere. Die wentendische Besatzung droht mit der Bombardierung Odessas, wenn ihr nicht Strafflosigkeit nach der Landung zugesichert wird.

Odessa, 27. Juni. Im Vororte Beresyp versammelten sich gestern 3000 Arbeiter, um über das Eintreten in den Ausstand zu beraten. Als Militär anrückte, wurde es aus der Menge mit Steinen beworfen. Die Truppen feuerten sofort und erschossen zwei und verwundeten eine Person. Heute herrscht in Odessa allgemeiner Ausstand. Die Arbeiter ziehen in großen Haufen durch die Straßen. An vielen Stellen spannen sie die Pferde der Pferdebestenwagen aus und verhindern den Verkehr. Alle Läden sind geschlossen.

Ein Anruf russischer Offiziere.

Kameraden! Wir erleben einen ersten Moment der äußeren und inneren Politik unseres Vaterlandes. Bei so einschneidenden Ereignissen, wie sie mit Wüsten und vorüberfliegen und alle Schichten unserer Gesellschaft erschaffen, als teilnahmsloser Zuschauer absteht zu stehen, ist zum mindesten unethisch. Eine jede Gesellschaftsklasse unseres Landes hat ihre Vertreter gestellt, gab Kämpfer für die gemeinsame Sache, die der Befreiung unseres Vaterlandes und des Volkes von der tatarisch-türkischen Willkür der sittenlosen, geistlich und moralisch abgestumpften Tschinowitschen jeden Ranges und jeder Stellung dient. Vor unseren Augen vollzieht sich eine Tragödie, die das Herz zerschneidet und das Blut erstarren läßt, und die in jener verhängnisvollen Nacht vom 6. Februar 1904 in unnötigen dahn (fernen) und jetzt für uns nedobojagaemij (unerreichbaren) Osten begann. Wie im Kraume ziehen an uns die Viehtragen vorüber, angefüllt mit unseren Brüdern, deren Leichen dann die Ufer des Jalu, die Felder von Raosen, Muiden usw. düngen! Und hier, im heiligen Aufstand! Heberall wird Bruderblut vergossen! Und wir, Vertreter der wohlorganisierten, ungeheuren Macht, wir schlafen immer noch in unserem mit einer Kräfte bedeckten Sumpf der Kasteninteressen, Kleinlichen dienstlichen „Antrigen, Viebesabenteuer, Restaurationsauftritte, Widerwärtigkeiten, einer kleinen Garnison“.

Kameraden! Wir spielen eine abscheuliche, unwürdige Rolle. Wir, die wir auf unsere Offizierschere so stolz sind, wir, die wir an der Spitze der bewaffneten Macht des Landes stehen, das uns den Schutz der Unantastbarkeit des Reichsterritoriums, die moralischen und materiellen Interessen der Nation anvertraut hat, wir, die wir in unserem Beruf die Fahne der ritterlichen Tugenden, Schutz des Schwachen, Unterstützung der Gerechtigkeit, des Rechts und der Gerechtigkeit im Lande selbst hochhalten sollen, was sind wir jetzt? Wohin sind wir in der letzten Zeit durch unsere gänzlich zerrüttete Regierung gebracht worden? Und einer solchen Regierung sollen wir dienen? Einer Regierung, die uns nicht nur als Offiziere der Arme, sondern auch als Menschen beschimpft und erniedrigt und durch ihre Furcht und Laskigkeit uns beleidigt und sich nur im Moment der äußersten Verwirrung und Kopfschmerz hinter unseren Bajonetten und Kanonen versteckt. Ist denn eine solche Regierung unserer Unterstützung wert; eine Regierung von Polizisten, eine Regierung der Gewalt, der Willkür, des Raubens und Mordens?

Kameraden, genug! Besinnt Euch, erinnert Euch, wie man uns jede Minute auf Schritt und Tritt maltreatiert. Es genügt die Andeutung irgend eines Galankens von Gendarmen oder Polizisten, daß das Publikum „unruhig“ sei, um uns demonstrativ auf die Straßen zu führen zur Beschimpfung und Vergewaltigung der gegen die Regierung erbitterten Menge, die dann ihren Haß gegen uns zum Ausdruck bringt; man hält uns tagelang unter Waffe, macht uns wild durch die unkontrollierbare Macht der Polizei, die uns nach ihrem Belieben behandelt, als ob wir ihre Bediensteten und zwar solche ohne Ehre und Schamgefühl wären. Kameraden! Die Leiche des kolossalen Selbstherrschers können wir nicht wiederbeleben und alle unsere Bajonette sind Null im Verhältnis zu dem Volksmittel. Wollen wir also das Ende der Selbstherrschers nicht abwarten, und so lange es nicht zu spät ist, auf die Seite der Wahrheit, des Rechts des niedergedrückten Volkes übergehen. Das Wohl des Volkes ist unser Wohl, das Glück der Nation ist unser Glück, ihr Unglück ist unser Unglück. Wollen wir also unserem jüngeren Bruder die Hand reichen und den gemeinsamen Feind, Beleidiger und Bedrücker, gemeinsam vertreiben. Kameraden, frisch auf! Wund denkender Offiziere.“

Gewerkschaftliches.

Scharfmacher-Terrorismus.

Bei der Bauarbeiterausperrung in München haben sich eine Reihe von Arbeitgebern, die dem Unternehmerverbande nicht angehören, der Ausperrung nicht angeschlossen und ließen die Aufforderung, ebenfalls auszusperrn, einfach unbeantwortet. Um diese nun zu zwingen, ihre Arbeit ebenfalls ruhen zu lassen und ihre Arbeiter auf das Pfahler zu werfen, haben die Scharfmacher folgendes Rundschreiben an die Baumaterialienhandlungen ergehen lassen:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München und Umgebung.

Der uns leider aufgezwungene (111) Kampf wird um so eher zu dem im Interesse des ganzen Baugewerbes liegenden Frieden führen, je allgemeiner die am 23. d. Mts. beginnende Bauausperrung durchgeführt wird.

Sie sind ebenso sehr wie wir an einer ruhigen Entwicklung, an der Ermöglichung einer aufsteigenden Tendenz der hiesigen Bauwirtschaft interessiert, weshalb wir wohl nicht vergeblich Ihre Unterstützung insofern erbitten, daß den unserem Verbände fernstehenden Bauunternehmern durch Nichtlieferung der nötigen Baumaterialien unmöglich gemacht wird, die Interessen der sozialdemokratischen Gewerkschaften dadurch zu fördern, daß sie deren Anhänger weiter beschäftigen und uns auf diese Weise in den Rücken fallen.

Das ist wieder ein Beweis dafür, daß diese Scharfmacher-Etiquette in der Wahl ihrer Mittel nicht verlegen ist. Eine freie

Behauptung aber ist es, wenn gesagt wird, daß dem Unternehmertum der Kampf aufgedrungen worden sei. Diese Spitze will dadurch den „Frieden“ fördern, daß sie die ihrem Verbände fernstehenden Arbeitgeber zwingen will, weitere Tausende von Arbeitern dem Hunger zu überliefern. — Das ist natürlich kein Terrorismus!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kleber! Wegen Nichtinhaltens des Tarifs sind folgende Firmen gesperrt und streng zu meiden: Rätiner, Bau Pfalzburgerstr. 33a, Hausenreifer, Bau Stolpischestr. 48/49, Bau Malplaquetstr. 41, Bau Rigdorf, Steinmeierstr. 98, und Bau Gubenerstr. 23, Schieblig, Bau Nohstr. 50.

Die Sperrungen über die Bauten von Haase, Bau Selbststraße-Ecke Wilmersdorferstr., Bau Kurfürstendamm 148 und Bau Kurfürstendamm-Ecke Kottbuscherstr., sowie Feder, Sparstraße 19 und Rätiner, sind aufgehoben, da diese Firmen bewilligt haben.

Wir ersuchen die Bauarbeiter, sich die Kontrollkarten zeigen zu lassen, da die ohne Karte arbeitenden Kleber unter dem Tarife arbeiten.

Die Lohnbewegung der Freiseurgehilfen dehnt sich allmählich weiter aus. Bewilligungen liegen auch von Oberschlesien vor. Auch die Freiseurgehilfen von Köpenick wollen versuchen, dieselben Forderungen wie die Berliner durchzusetzen. Bis zur Stunde sind 825 Bewilligungen eingelaufen. Trotzdem wird natürlich versucht, die getroffenen Vereinbarungen zu durchbrechen und eine fortgesetzte Kontrolle ist notwendig. Auch sind in den letzten Tagen in verschiedenen Druckereien Bestellungen von Plakaten durch Arbeitgeber gemacht worden. Der Lohnkommission ist auf dem Bureau ein Plakat, welches an der Wand befestigt war, zwecks Orientierung entwendet worden. Die Barbier ersuchen die organisierten Arbeiter, auf die leicht kenntlichen Erkennungszeichen zu achten und sich von den Gehilfen die rote, mit weissem Kreuz versehene Kontrollkarte zeigen zu lassen.

Dem Arbeitgeber-Verband für die Pelzwarenbranche sollen bereits 200 Arbeitgeber mit 1800—1800 Arbeitern beigetreten sein. Der Vorstand desselben ist in der Sitzung am Dienstagabend beauftragt worden, sofort in Verhandlungen mit dem Streikkomitee zu treten, im Falle ihrer Ergebnislosigkeit eine Aussperrung in die Wege zu leiten. Da die Herren von vornherein mit der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen als wahrscheinlich rechnen, dürften sie kaum viel zu bieten die Absicht haben.

Achtung, Tischler! Nach siebentägigen Streik sind die Differenzen in der Werkstatt Wahren, Langestr. 63, zugunsten der Arbeiter beigelegt.

Unternehmer und Tarifstreik. Die Maler in Werbera. d. S. sind in den Streik getreten wegen Nichtinhaltung des Tarifs, der im Frühjahr mit den Meistern im Innungsbezirk Potsdam, zu dem auch Werber gehört, abgeschlossen wurde. Folgende Meister haben bewilligt: in Werber Rud. W. Brecht, Fiegle, Johannsen; in Seltow: Trettin. — Alle anderen Firmen sind zu meiden.

Deutsches Reich.

Der Kieler Tischlerstreik ist am Dienstagabend nach 3 1/2 wöchiger Dauer durch einen Tarif, der zwischen der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes und der Kieler Tischlerinnung sowie der Kieler Filiale des Schupverbandes der Holzindustriellen vereinbart wurde, zugunsten der Arbeiter beendet worden. Die neunstündige Arbeitszeit tritt am 1. April 1906 ein, in der Zwischenzeit wird die wöchentliche Arbeitszeit von 57 auf 58 Stunden verringert. Der Mindestlohn beträgt nach Wiederaufnahme der Arbeit 51 Pf. pro Stunde, vom 1. April 1906 ab 54 Pf. für Maschinentischler 55 bzw. 58 Pf. Allen, die heute mehr als 51 bzw. 57 Pf. verdienen, darf bei Verfüzung der Arbeitszeit der Wochenverdienst nicht verringert werden. Für Bauanschläger soll noch ein besonderer Akkordtarif vereinbart werden. Nach der letzten vom Holzarbeiter-Verband angenommenen Statistik betrug hier der Lohn 40 Pf. im Durchschnitt. Der Tarif dauert bis 1. April 1908 bei vierteljährlicher Kündigung. Eine Schlichtungskommission aus beiden Teilen zur Regelung von Differenzen aus dem Tarif soll eingesetzt werden.

Der Tischlerstreik in Neumünster ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Vom 1. Oktober ab tritt die 9 1/2 stündige Arbeitszeit ein und eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde.

Die Danziger Bauarbeiter traten am 22. Juni in den Streik. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit. Ferner statt des bisherigen ganz willkürlich gezahlten Lohnes von meist 22, 24 und 25 Pf. pro Stunde für Stein- und Kalkträger stündlich 35 Pf. und für Erdarbeiter 30 Pf.

Die 50 Arbeiter der Schneidemühle von E. u. C. Körner in Langfuhr bei Danzig traten am 26. Juni in den Streik. Statt des bisherigen Stundenlohnes von 24 und 25 Pf. forderten die Leute eine Erhöhung von durchschnittlich 2 Pf. Diese minimale Forderung lehnte der Unternehmer, der besonders nach Berlin liefert, rundweg ab.

Zu den Kämpfen in München

meldet uns ein Privat-Telegramm: München, 28. Juni. Die Klempnermeister und Installateure beschlossen ebenfalls, ihre Arbeiter am Sonnabend zu entlassen.

Die Verhandlungen des Ministeriums mit Unternehmern und den Arbeitern trugen nur einen informativen Charakter. Zum Freitag sind die Industriellen zum Minister geladen. Der Minister hält eine gemeinsame Unterhandlung nicht für zweckmäßig.

Ausland.

Niederländische Gewerkschaftsbewegung. Das niederländische National-Arbeitssekretariat, die Zentralorganisation desjenigen Teiles der niederländischen Gewerkschaften, der unter anarchistischer Führung steht, hielt vom 25.—27. Juni in Amsterdam seinen zweitägigen Kongress ab.

Da an den vorigen Tagen in Amsterdam eine internationale Konferenz der Sekretäre der Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder abgehalten wurde, wohnten diese Sekretäre der ersten Sitzung des Kongresses bei. Genosse Olsen aus Kopenhagen nahm das Wort auf dem Kongress und betonte die absolute Notwendigkeit der Zusammenwirkung des gewerkschaftlichen und des politischen Teils der Arbeiterbewegung, was in diesem antipolitischen Milieu sehr nötig war.

Um den Verfall dieser anarchistischen Branche der niederländischen Arbeiterbewegung zu erkennen, braucht man nur die Ziffern des offiziellen Vorstandsberichts zu nehmen. Die Mitgliederzahl aller beim Sekretariat angeschlossenen Organisationen betrug:

1894	15 728	in 22 Organisationen
1895	18 700	31
1896*)	12 700	31
1900	12 444	52
1905	5 000	44

Nach und nach sind alle größeren Organisationen ausgeschieden und haben sich vom Anarchismus losgemacht. Nicht beim Sekretariat angeschlossen sind:

Der Diamantarbeiterbund . . .	mit ungefähr 7000 Mitgliedern.
Die Gemeindearbeiter	3000
Die Hafenarbeiter	2000
Die Zimmerleute	1800
Die Zigarrmacher	1900

*) 1896 sind die politischen Organisationen, welche bis dahin einen Teil vom Sekretariat ausmachten, gezwungen ausgeschieden.

Die Bäcker	mit ungefähr 1000 Mitgliedern
Zentralarbeiter	2000
Maschinelle Butter- und Käsebereiter	600
Eisenbahner	1200
Schneider und Häutereien	1000
Typographen	1800
Tischler	600
Bierbrauer	500

Es ist also nur noch eine verschwindende Minorität der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die beim Sekretariat angeschlossen ist.

Die Jahreserinnahmen des Sekretariats betrugen im Buchjahre 1903/04 6978 fl. = 10 500 M. Für Streikzwecke gingen ein: 97 710 fl.

Die meisten der obenstehenden, nicht beim Sekretariat angeschlossenen Organisationen stehen im Begriff, eine neue Gewerkschaftszentrale für Holland zu gründen, welche im ganz anderen Verhältnis zur politischen Partei steht.

Die Verhandlungen des Kongresses bieten kein Interesse für deutsche Leser.

Verfammlungen.

Zentralverband der Schuhmacher. Am Montag fand eine Versammlung statt, in der die Glücke über den Gewerkschaftskongress referierte. In der Diskussion beteiligten sich zwei Redner. Der erste derselben, Bö rner, erklärte, daß er mit den Ergebnissen des Kongresses nicht zufrieden sei. Kamentlich hält er es nicht für richtig, daß nur Gewerkschaftsbeamte auf den Kongress geschickt würden, anstatt den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ mit der Vertretung der Kollegen zu betrauen. Im weiteren führte der Redner aus, die Gewerkschaften sehen heute nur noch auf den Erfolg, das alte proletarische Prinzip käme nicht mehr zur Geltung, das Einzelne werde in der Gewerkschaft unterdrückt, die Aufsicht der Führer sei maßgebend. Der Redner berief sich auf die Veröffentlichung eines anarchistischen Blattes, worin behauptet wird, daß auf Betreiben Legiens der Kölner Vierhohloft während der Tagung des Kongresses durchbrochen worden sei. Schließlich trat der Redner auch für den Generalfreist ein. Krause wandte sich gegen die Neuerungen des Vortrags, soweit sie sich auf die Gewerkschaftsbeamten bezogen. Dann trat er für Beibehaltung der Maßfeier ein und meinte ferner, Solidaritätsstreiks ebenso wie politische Massenstreiks seien nicht von der Hand zu weisen, unter Umständen könnten sie mit Erfolg angewandt werden.

Die Diskussion wurde hierauf wegen der vorgerückten Zeit geschlossen. In seinem Schlusswort trat Glücke den Ausführungen des ersten Redners entgegen. Es sei ganz natürlich, daß die Gewerkschaften ihre Beamten zum Kongress senden, denn diese seien doch die Männer, welche durch das Vertrauen ihrer Kollegen auf ihren Posten gestellt würden, und sie hätten infolge ihrer Stellung doch auch die meisten Erfahrungen in den Dingen, die auf dem Kongresse behandelt werden. Wenn der erste Redner wegwandte darüber gesprochen habe, daß der Erfolg für die Gewerkschaften maßgebend sei, so müsse betont werden, daß die Mitglieder doch deshalb der Gewerkschaft beitreten, um Erfolge in Gestalt besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Wollte man nur immer vom Prinzip sprechen, dann würden weder Erfolge erzielt, noch die Mitglieder befriedigt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine neue Marine-Würde.

Kiel, 28. Juni. Der Kaiser hat den Admiral v. Rößler, den Chef der aktiven Schlachtflotte und Generalinspekteur der Marine, zum Großadmiral ernannt.

Feldarbeiterstreik in Ungarn.

Budapest, 28. Juni. Im Zolnar Komitat brach ein partieller Feldarbeiter-Ausstand aus. Es wurde Militär requiriert. Später kam es zu einem Zusammenstoß, wobei zwei Personen verwundet wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Sturz des Ministeriums Kuiper.

Amsterdam, 28. Juni. (Privatdepesche des „Vorw.“) Bei der Stichwahl wurden 7 Sozialdemokraten gewählt. Die Regierung behält 48 Sitze. Die Parteien der Linken bekommen 52. Kuiper ist gestürzt.

Wolffs Bureau meldet über die Wahlen: Amsterdam, 28. Juni. Nach dem nunmehr endgültig vorliegenden Ergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer wurden gewählt: 25 Katholiken, 15 orthodoxe Protestanten, 24 Linksliberale, 10 Rechtsliberale, 8 Mitglieder von der Partei der historischen Christen, 11 Liberaldemokraten, 7 Sozialdemokraten, insgesamt 52 Antiministerielle und 48 Ministerielle.

Madrid, 28. Juni. (W. T. V.) Das deutsch-spanische Handelsabkommen vom 12. Februar 1899 ist gestern vom deutschen Votschafter für den 1. Juli 1906 gekündigt worden.

Flottensaker auch in Italien.

Rom, 28. Juni. (W. T. V.) Senat. Bei der Beratung des Marinebudgets äußert der Marineminister Mirabello, die Gelegenheit sei jetzt gekommen, wo die Nation zeigen müsse, daß sie eine starke Flotte wünsche, und legt die während seiner Verwaltung getroffenen Maßnahmen dar. Redner hebt sodann hervor, daß die neuen Bauten und die sonstigen hiermit verknüpften Arbeiten mit der größten Raschheit fortzuschreiten. Er habe den Gesetzentwurf vorgelegt, weil das Land eine moderne Flotte haben müsse. (Beifall.)

Der zaristische Verfassungsschwindel.

Petersburg, 28. Juni. (Offizielle Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Ministerial wird in den nächsten Tagen den Entwurf Vullgins über Zusammenberufung der Volksvertreter durchberaten haben. Alsdann soll unter Vorhitz des Kaisers eine Sitzung des Rates stattfinden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Rates ist der Meinung, daß die Bestimmungen über die Reichsduma nach allerhöchster Genehmigung durch ein Manifest veröffentlicht werden sollen. Im Hinblick auf die vielen Besuche um schnellere Einberufung der Volksvertreter ist die Minderheit der Ansicht, daß der Entwurf betreffs der Duma zuerst in den Departements des Reichsrates und dann in einer allgemeinen Versammlung des Reichsrates beraten werden müßte. Da der Reichsrat jetzt Ferien hat und die Mehrzahl seiner Mitglieder verreist ist, würde seine Einberufung und die Beratung des vom Ministerial beschlossenen Entwurfs Vullgins etwa zwei Monate dauern. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Meinung der Mehrheit des Ministerates siegen und werden Bestimmungen über die Reichsduma und die Zusammenberufung der Volksvertreter noch im Juni veröffentlicht werden.

Wentende Matrosen.

Washington, 28. Juni. Der amerikanische Konsul in Odessa telegraphiert: Der „Rajars Potemkin“ und ein Torpedoboot sind gestern Abend hier angekommen. Alle Offiziere sind auf See er-mordet und ihre Leichen über Bord geworfen worden. Die Rannschiffen drohen, die Stadt zu beschließen, wenn sie zur Verantwortung gezogen werden sollten. Die Schwarze-Meer-Flotte wird heute er-wartet.

Herrenhaus.

45. Sitzung vom 28. Juni, 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller, Dr. Schönstedt.
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung der Berggesetznovelle betreffend die Regelung der Arbeiterverhältnisse.

Die Kommission beantragt die Annahme des Gesetzesentwurfs in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

Dr. v. Burgsdorff beantragt folgende Resolution:
Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, so bald als möglich und mit allem Nachdruck Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, 1. die rechtswidrige Auflösung des Arbeitsvertrages, insbesondere da, wo ein öffentliches Interesse obwaltet, unter Strafe zu stellen; 2. der Aufforderung durch Wort oder Schrift zu rechtswidriger Auflösung des Arbeitsvertrages entgegenzutreten; 3. den Arbeitswilligen denjenigen Schutz zuteil werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.

Zunächst findet eine Generaldebatte statt.
Als Berichterstatter der Kommission teilt Dr. v. Burgsdorff mit, daß die Kommission die Vorlage unverändert gelassen habe. Alle Abänderungsanträge sind abgelehnt worden und zwar mit 11 gegen 8 Stimmen oder 12 gegen 7 Stimmen.

Graf v. Tiele-Windler: Meine Freunde sind der Überzeugung, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen. Dadurch wird der Sozialdemokratie ein gefährliches Instrument in die Hand gegeben, welches diese benutzen wird für den Kampf gegen die heutige Gesellschaftsordnung.

Fürst Sayfeld: Erst der große Streik hat die Staatsregierung zu einem gesetzlichen Einschreiten veranlaßt. Dadurch ist der Arbeiter erwidert worden, als ob die Vorlage gewissermaßen der Lohn für den Streik sei. Wenn durch das unbeschränkte Koalitionsrecht die Beweglichkeit der Arbeiter gewahrt wird, so liegt die Schuld an dem unzeitigen Vorgehen der Regierung.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

die doch der Kernpunkt der ganzen Vorlage sind. Ueberhaupt handelt es sich bei dieser ganzen Gesetzesvorlage nicht um diejenigen neuen Klagen, welche vor Ausbruch des Streiks in den Gewerkevereinsberatungen laut wurden und wesentlich dazu bestimmt waren, die Bergarbeiter in die Gewerkevereine hineinzubringen, sondern lediglich um die bereits 1889 anerkannten Uebelstände.

Der Vorredner hat weiterhin den Vorwurf gegen mich erhoben, ich hätte auch das Staatsministerium irreführt; sonst hätte es nicht in einstimmiger Beschlußfassung diese Vorlage machen können. Aber ich habe wiederholt anerkannt, daß Abgeordnetenhaus wie Herrenhaus ursprünglich die Berechtigung des Vorgehens der Staatsregierung nicht anerkannt. Schließlich sind sie aus allgemeinen politischen Gründen doch dazu gekommen, diese Vorlage anzunehmen.

Graf v. Tiele-Windler: Meine Freunde sind der Überzeugung, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

fähigkeit an den Tag lege, eine derartige Frage von einem höheren Gesichtspunkte aus zu betrachten. Vor einer Revolution brauchen wir uns nicht zu fürchten. Borussia trägt das Schwert in der Scheide, es ist haarbar geschliffen, und sollte einst eine frivole Revolution zu den Waffen greifen, so wird das Schwert blitzschnell aus der Scheide fahren und die Uebelthäter bestrafen.

Graf v. Tiele-Windler: Meine Freunde sind der Überzeugung, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Dr. v. Burgsdorff: Ich habe die Vorlage mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich finde, daß die Regierung bei der Einbringung der Vorlage keine glückliche Hand gezeigt hat. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die obligatorischen Arbeiterverschüsse und die geheime Wahl zu diesen.

Der Redner bittet um Befähigung seiner Angaben durch den Minister.

Prof. Dr. Schmalzer-Berlin: Herr Bopelius wollte die ganze Aktion der Regierung nur dann als berechtigt anerkennen, wenn wirklich im Ruhrrevier „unerträgliche, grauenhafte“ Zustände nachgewiesen würden. Welch maßlose Übertreibung! Zwischen „grauenhaften Zuständen“ und den einzelnen erheblichen Missetänden, die wir befechtigen wollen, liegt doch unendlich viel dazwischen. Schon durch die erheblichen Missetände, die in der Kommissionsberatung uns nachgewiesen worden sind, die Verlängerung der Seilfahrt seit 1889 usw., wäre diese Novelle an sich schon gerechtfertigt. (Vereinzelt Bravo!)

Handelsminister Müller: Ich will gegenüber dem Herrn v. B. nur das eine richtig stellen, daß die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit der Arbeiter zum Arbeiterausschuß natürlich nur dann erfolgen kann — nicht wenn gestreikt worden ist —, sondern wenn infolge des Streiks und Kontraktbruchs die Arbeiter aus den Betriebs- und Arbeiterlisten gestrichen sind.

Oberbürgermeister Schmieding-Dortmund: Ich bin gegen die Vorlage auf Grund meiner Beobachtungen und Erfahrungen während der Streikzeit. Eine zügellose Presse und wilde Volksversammlungen hatten unter den Vergarkeimern die rechtlichen Begriffe umgekehrt. Ich bedauere, daß die Regierung ihnen das Pflichtbewußtsein nicht besser beigebracht hat, als es geschehen ist. Die Arbeiter wollten gewiß nur wirtschaftliche Ziele, möglichst kurze Arbeitszeit und möglichst hohe Löhne. Aber die paar Führer, von denen die ganze Bewegung angezettelt war, wollten nur die Sozialdemokratie propagieren. Das Eingreifen der Regierung machte lediglich den Eindruck, als ob es zugunsten der Arbeiter erfolgte. Dabei waren absolut oder relativ gar keine Missetände im Ruhrrevier vorhanden. Durch die ganze Entstehungsgeschichte dieser Novelle wird das Ansehen der Sozialdemokratie, unserer Todfeindin, gehoben.

Ministerpräsident Fürst Bismarck: Ich muß zunächst meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß ich durch bringende Besprechungen abgehalten bin, der heutigen Debatte von Anfang an beizuwohnen. Dies mein Bedauern bezieht sich nach dem, was ich gehört habe, vor allem auf die hervorragenden Ausführungen des von uns allen hochverehrten Grafen Voitho zu Eulenburg, mit dessen Grundanschauungen und Zielen auch meine politischen Überzeugungen übereinstimmen. Die Bedenken, die auch den Vorredner gegen die Vergarkeimernovelle hat, sind weniger gegen die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes gerichtet, als gegen seine Gesamttendenz und namentlich gegen seine Zweckmäßigkeit im Hinblick auf den Zeitpunkt seiner Einbringung. Auch Herr Schmieding hat nicht die Gefährlichkeit einzelner Bestimmungen der Arbeiternovelle in den Vordergrund geschoben, sondern den Kern seiner Ausführungen bildete die Auffassung, daß es sich in diesem Falle bei diesem Streik überhaupt nicht um einen wirtschaftlichen, sondern um einen rein politischen Kampf gehandelt hätte. Die Arbeitnehmer wären im vollsten Unrecht, die Arbeitgeber ganz im Recht gewesen. Ich glaube, daß der geehrte Herr Vorredner damit bis zu einem gewissen Grade in denselben Fehler verfallen ist, den man während des Streiks nicht mit Unrecht der öffentlichen Meinung vorgeworfen hat. Es ist einseitig, nicht objektiv geneigt, in diesem Fall die Arbeitgeber als vollständige Engel hinzustellen, die in frivolster Weise bedroht und angegriffen worden sind. Ebensovienig ist jemals die Schuld an dem Kontraktbruch der Arbeitnehmer irgendwie beschönigt, ebensovienig kam ich zugeben, daß das Verhalten der Arbeitgeber bei diesem Streik ganz einwandfrei gewesen ist, und daß der Streik nicht hätte vermieden werden können. Ich habe auch sonst kein Hehl daraus gemacht, daß ich manche der Bedenken wohl verstehe, die gegen die Vorlage gemacht worden sind. Aber es handelt sich darum, eine von der Staatsregierung nun einmal gegebene Zusage einzulösen, um das Vertrauen der Vergarkeimer und namentlich der monarchisch gesinnten Vergarkeimer in den Schutz des Staates nicht zu erschüttern, die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten. Es handelt sich darum, zu zeigen, daß dieses hohe Haus, wie es das Haus der Abgeordneten schon getan hat, große sozialpolitische Aufgaben lösen kann, und der Sozialdemokratie nicht die Benutzung zu gönnen, sondern ihre Prophezeiungen klagen zu strafen. Das aber wird nicht durch die Ablehnung, sondern durch die Annahme der Vorlage erreicht werden.

Herr Bopelius ersuchte mich um die Erklärung, daß ich nicht zulassen werde, daß das Vergrecht direkt oder durch Einfügung in die Gewerbe-Ordnung zum Gegenstand der Reichsgesetzgebung gemacht werde. Ich habe sowohl in diesem hohen Hause wie im Abgeordnetenhaus niemals einen Zweifel darüber gelassen, wie lebhaft die Staatsregierung wünschte, daß das Vergrecht der preussischen Landesgesetzgebung erhalten bleibe. In diesem ihrem Bestreben muß aber die Staatsregierung von beiden Häusern des Landtages unterstützt werden. Wenn Herr Bopelius die Verggesetzgebung dem preussischen Landtage erhalten will, mag er für die Arbeiternovelle stimmen. Das ist der beste Weg dazu, wenn dieses hohe Haus den festen Willen zeigt, der Staatsregierung die Mittel zu bieten, das Vergrecht, so wie sie es wünscht und anstrebt, der preussischen Gesetzgebung zu erhalten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vergarkeimernovelle eine hochpolitische Angelegenheit ist und daß ihre Annahme oder Ablehnung von politischer nicht nur von sozialpolitischer Bedeutung und Tragweite ist. Eine weitere Abschwächung würde nach Lage der Dinge das Scheitern der Vorlage bedeuten und damit die höchst unerwünschte politische Folge zeitigen, die ich genügend angedeutet habe. Das hohe Haus wird diese fruchtbare Session des Landtages, welche alle und gefährliche Mißverständnisse endlich beseitigt und für das Gemeinwohl schädliche Gegensätze überbrückt hat, nicht mit einem Mißton schließen lassen, den ruhigen Gang der preussischen Politik und der Politik des Reiches nicht in verhängnisvoller Weise hemmen und stören. Es wird seinen staats-erhaltenden, monarchischen Traditionen folgend, in dieser wichtigen und ersten Frage der künftigen Staatsregierung seine Unterstützung nicht verweigern. Dann wird es sich wiederum um Vaterland wohl verdient machen. (Lebhafte Beifall.)

Herr v. Landsberg: Es läßt sich nicht bestreiten, daß allgemein der Eindruck vorherrscht, als sei diese Novelle durch den Streik hervorgerufen. Gerade dieser Eindruck muß aber die Bewerker noch mehr stärken. Die christlichen Gewerkschaften sind nur durch die Religion, aber nicht in ihrer wirtschaftlichen Tendenz besser als die sozialdemokratischen. Redner spricht sich schließlich für die Vorlage aus.

Oberbürgermeister Becker-Röll: Der Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage war nicht glücklich gewählt. Aber wenn die Vorlage abgelehnt werden würde, so würde die Folge die sein, daß sämtliche Vergarkeimer zur Sozialdemokratie übergehen würden. Wenn die Vorlage hier abgelehnt werden würde, so liegt die Gefahr nahe, daß der Reichstag die ihm zugegangenen Initiativanträge annimmt. Um diese Gefahr zu begegnen, und um die Autorität der Staatsregierung aufrechtzuerhalten, werden meine politischen Freunde fast einmütig für die Vorlage eintreten. (Beifall links.)

Damit schließt die Generaldebatte. Artikel I (§§ 80b bis 80g) enthält Bestimmungen über das Verbot des Wagenmüllens und über die Einsetzung ständiger Arbeiterausschüsse. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse sollen von den Arbeitern in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Graf v. Noon beantragt, statt „geheimer Wahl“ zu setzen „öffentlicher Wahl“. Das größte Unglück sei die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den Reichstag gewesen, und diesen Fehler sollte man nach den Erfahrungen, die mit dem Reichstags-Wahlrecht gemacht seien, hier nicht wiederholen. Sollte der Antrag abgelehnt werden, so müßte er, Redner, gegen die Vorlage stimmen.

Oberbürgermeister Becker-Röll bittet, den Antrag Graf Noon abzulehnen. Graf v. Noon empfiehlt nochmals seinen Antrag. Leider folgten die christlichen Arbeiter vollständig den sozialdemokratischen Arbeitermassen. Man sei Schritt vor Schritt vor der sozialdemokratischen Agitation zurückgewichen und habe sich in eine schmachvolle

Defensive drängen lassen. Von einem Schutz der Arbeitswilligen werde nicht gesprochen. Als im Reichstage ein Entwurf zu diesem Zweck vorgelegt worden sei, habe die Umsturz- und die Judenpresse ihn als Zuchtstrafgesetz bezeichnet, und der Reichstag habe die Vorlage dem alten fürsten Hohenlohe vor die Füße geworfen, ohne sie einer Kommissionsberatung zu würdigen. Redner bittet dringend um Annahme seines Antrages. Damit würde das Herrenhaus das Besten tun abgeben, daß es die ganze Gefährlichkeit des geheimen Wahlrechts empfinde. (Beifall.)

Handelsminister Müller: Dem Grafen Noon gegenüber habe ich hervor, daß es sich hier nicht um eine Neueinführung des geheimen Wahlrechts handelt, sondern lediglich um die Aufrechterhaltung einer Bestimmung, die bereits im Verggesetz von 1862 enthalten ist.

v. Wedel-Biesdorf ist gegen das geheime Wahlrecht zum Reichstage, aber für dieses zu den Arbeiterausschüssen. Hier empfehle ich das geheime Wahlrecht, um dem Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter gegen andre Arbeiter entgegenzutreten.

Graf v. Noon: Auch bei den Reichstagswahlen wird oft ein solcher Terrorismus ausgeübt trotz des geheimen Wahlrechts. An sich möge es gleich sein, ob die Arbeiterausschüsse in geheimer oder öffentlicher Wahl gewählt werden, denn wenn es zum Streik komme, so werde doch die Parole von Berlin ausgegeben. Hier handele es sich um die Aufrechterhaltung des Prinzips. Der Antrag Graf Noon wird abgelehnt.

Herr v. Dürant begründet einen Antrag auf Streichung der Worte: „in unmittelbarer geheimer Wahl“. Die Tendenz seines Antrages sei dieselbe, wie die des Antrages Graf Noon, seine Fassung werde vielen Mitgliedern die Annahme der Vorlage erleichtern. Die Annahme des Antrages brauche das Zustandekommen der Vorlage nicht zu verhindern.

Der Antrag Herr v. Dürant wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Artikel I unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes, und darauf das ganze Gesetz gegen eine kleine Minderheit unter Führung des Herrn v. Mantuffel.

Es folgt die Beratung der am Eingang des Berichtes erwähnten Resolution Dr. v. Burgsdorff.

welche von der Regierung gesetzgeberische Maßregeln gegen den Kontraktbruch der Arbeiter und zum Schutze der Arbeitswilligen verlangt.

Dr. v. Burgsdorff: Ich bin überzeugt, eine große Anzahl von Mitgliedern dieses Hauses hat nur für die Vorlage gestimmt unter der Voraussetzung, daß auch die Resolution angenommen wird. Das öffentliche Interesse besteht nicht nur für den Vergarkeimer, sondern auch für den Arbeiter, der von ihm engagiert ist und der ihm helfen soll. (Sehr richtig!) Wir brauchen die Kohlen für unsere Lokomotiven, für unsere Kriegsschiffe. Denken Sie einmal, in welche Verlegenheit wir kommen, wenn die Kohlenförderung aufhört. Der zweite Gesichtspunkt ist der der Rechtswidrigkeit, die in einer Arbeitniederlegung ohne jeden Grund und ohne jede Kündigung liegt. Die Regierung wird mir wohl darin beistimmen, daß ein Recht auf rechtswidriger Basis nicht aufgebaut werden kann. Allmählich sind wir ja so weit, daß sich die Linie zwischen Recht und Unrecht verwischt hat. Aber der Zeitpunkt ist da, wo wir diese Linie wieder herstellen müssen. Heute ist das notwendiger als je. Weht die Reihe mit dem Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie so weiter, wie wir sie jetzt angetreten haben, so degradiert man die Krone Preußens. Darüber ist kein Zweifel. Das preussische Herrenhaus wird wohl in allen Fraktionen darin einig sein, daß solchen Bestrebungen kein Vorbehalt geleistet werden darf. Wir brauchen Zielbewußtsein, denn hier ist wirklich periculum in mora.

Justizminister Schönstedt: Die Tendenz der Resolution ist gewiß einwandfrei, und wir alle wünschen wohl stärkere Schutzmittel gegen den rechtswidrigen Kontraktbruch. Aber gegen die Annahme der Resolution sprechen doch erhebliche juristische Bedenken. Was in der Resolution verlangt wird, ist im Rahmen der Landesgesetzgebung nicht durchzuführen, denn die Materie unterliegt der Reichsgesetzgebung, und gerade der Reichstag hat seinerzeit einem Antrag zugestimmt, wonach sämtliche in der Landesgesetzgebung befindliche Strafen für Kontraktbruch aufzuheben sind.

Was den Schutz der Arbeitswilligen angeht, so ist ja natürlich nicht ausgeschlossen, daß wir zu gegebener Zeit einen Versuch zu seiner Verwirklichung im Reichstage wiederholen. Aber einen Schutz der arbeitwilligen Vergarkeimer können Sie nach dem Vorhergesagten nicht wollen.

Oberbürgermeister Becker-Röll: Ueber unsere Meinung ist das Ministerium durch diese Debatte ja genügend aufgeklärt. Gegen ihre ausdrückliche Formulierung spricht neben dem rechtlichen noch ein sehr bedeutendes sozialpolitisches Bedenken. Wir wollen hier ein Gesetz schaffen, das die Vergarkeimer beruhigt und befriedigt. Schon jetzt betrachten die Vergarkeimer das Gesetz als unzureichend. Wenn wir nun noch diese Resolution annehmen, so würden wir gerade das Umgekehrte erreichen von dem, was wir anstreben. Ich bitte also, diese unfruchtbare Resolution abzulehnen.

Herr v. Mantuffel: Ich stimme für die Resolution, weil ich das Gesetz für unheilvoll halte und glaube, daß die Resolution es immerhin etwas bessert, indem sie die Regierung antreibt, in der von uns gedachten Richtung vorzugehen. Ich glaube, die Arbeiter könnten damit auch ganz zufrieden sein, ich meine die, auf die wir besondere Rücksicht nehmen wollen, die guten, die arbeitswilligen Arbeiter. Für sie wird die Annahme dieser Resolution zur Veruhigung und Befriedigung dienen. (Lebhafte Zustimmung.) Graf Hohenlohe: Unsere Aufgabe ist es, das Rechtswidrigkeit zu stärken und den Kontraktbruch als das darzustellen, was er ist. Ich bedauere außerordentlich, daß die Dämme der christlich-monarchischen Organisationen der Uebervermehrung durch den Streik nicht handgehalten haben. Aber bei ihrer ungemein schwierigen Aufgabe sollte man mit diesen antirevolutionären Verbindungen auf monarchischer und christlicher Grundlage Rücksicht und Gerechtigkeit haben. Alle bürgerlichen Parteien sollten ohne Konkurrenzneid sie fördern.

Professor Böning fühlt sich verpflichtet, obwohl er damit fast allein stehe, seinem Widerspruch auch gegen den Inhalt der Resolution Burgsdorff Ausdruck zu geben. Auch er sei mit Herrn v. Burgsdorff der Ansicht, daß das Rechtsgesetz der Arbeiter zu stärken ist. Ob aber gerade durch die Bestrafung des Kontraktbruchs das Rechtsgesetz der Arbeiter gestärkt werden würde, müßte er bezweifeln. Man darf nicht erwarten, daß man leidenschaftlich erregte Massen durch staatliche Strafandrohung vom Kontraktbruch zurückhalten wird. Dieser Bindesaden wird kein Hindernis für sie sein. Was soll aber dann geschehen? Wie soll der Staat seine Strafandrohung zur Ausführung bringen? Wenn 100 000 oder 200 000 Arbeiter kontraktbrüchig werden, wo soll der Staat auch nur die erforderlichen Gefängnisse hernehmen, um diese Massen mehrere Wochen einzusperrn.

In der Abstimmung wird die Resolution Dr. v. Burgsdorff mit großer Mehrheit angenommen. Für den dritten Absatz (besseren Schutz der Arbeitswilligen) stimmen auch Graf Bismarck und die meisten Mitglieder der Bürgermeister- und Professorengruppe.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung, die Betriebszwangs-Novelle

Rechtsverlegungs-Gesetz.

Hierzu gibt Handelsminister Müller folgende Erklärung ab: Ich habe schon in der Kommission des Herrenhauses wie im Abgeordnetenhaus erklärt, daß für die Regierung dieses Gesetz mit zwei Punkten steht und fällt: mit der Verwirklichung des Betriebszwanges und der Nicht-Einführung einer ergänzenden Verantwortlichkeit des Staates für die Kosten. In der Herrenhaus-Kommission ist einstimmig die Streichung des Betriebszwanges erfolgt. Ich habe meinerseits erklärt, daß ich danach im Staatsministerium die Zurückziehung dieser Vorlage beantragen würde. Das Staatsministerium hat meinem Antrage zugestimmt und ich lege hiermit die allerhöchste Ermächtigung zur Zurückziehung der Vorlage vor. Ich

füge hinzu, daß ich den von der Kommission des Abgeordnetenhauses ausgesprochenen Wunsch, eine derartige Vorlage zu machen, nicht für erledigt ansehe und mir vorbehalte, bei der allgemeinen Revision des Verggesetzes einen neuen Versuch zur wirksamen Ausgestaltung des § 65 des Verggesetzes zu machen. Zurzeit scheint mir allerdings ein anderer Weg als der hier vorliegende nicht geboten.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Herr v. Knippenhan schlägt vor, die Sitzung jetzt zu vertagen mit Rücksicht auf die abgewarteten Körperkräfte der Herren (Heiterkeit), zieht aber auf die Versicherung des Grafen Voitho Eulenburg, daß das Haus noch nicht arbeitsmüde sei, seinen Antrag zurück.

Es folgt also der Gesetzentwurf betreffend die zeitweilige Nutzungssperre.

Die Kommission hat an der Fassung des Abgeordnetenhauses eine Aenderung vorgenommen.

Graf Seidlich u. Gen. beantragen, die Fassung des Abgeordnetenhauses wiederherzustellen.

Das Haus schließt sich diesem Antrage an.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr. (Kleine Vorlagen, Gesetzentwurf betreffend Regelung der Befoldungsverhältnisse der Medizinalbeamten; etwa vom Abgeordnetenhause zurückkommende Vorlagen.) Schluß 5 Uhr.

Aus der Partei.

Man kennt das doch! Die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ erklärt jetzt, daß sie darauf verzichte, lang und breit auf unseren Nachweis des Mangels an Logik in ihrer Kritik an dem Pöhlens-Prozess einzugehen, weil ihr „Silbenstecherei und Rabulistik“ grundverhastet seien. Dann schreibt sie:

„Es bleibt dabei, daß ein Rechtsanwalt hinter dem Rücken der Angeklagten Verhandlungen mit der Anklagebehörde angebahnt hat. Die Verhandlungen kamen in Fluß und unsere angeklagten Genossen beteiligten sich daran. Wenn das bei dem günstigen Stande des Prozesses Redakteure von Provinzialblättern gemacht hätten, was würde dann wohl der „Vorwärts“ dazu gesagt haben?! Man kennt das doch. Wenn das Gericht oder die Anklagebehörde ein Interesse daran hatte, den Prozeß abzubrechen, so war das nicht Sache der Angeklagten. Die Angeklagten mußten es zurückweisen, daß ein Rechtsanwalt hinter ihrem Rücken Verhandlungen angeknüpft hatte; sie taten das nicht, sie gingen darauf ein! Das war eine schwere Sünde. Daraus, daß sie den Privatklägern eine Ehrenerklärung gaben, kann und soll ihnen kein Vorwurf gemacht werden. Was ihnen aber zum Vorwurf gereicht, ist, daß sie trotz des großen moralischen Erfolges die 20 000 M. Kosten übernehmen. Wir hätten die Strafbestrafung des „Vorwärts“ nicht hören mögen, wenn solches in der Provinz sich ereignet hätte.“

Man kennt das tatsächlich! Wenn wir einem Kritiker nachweisen, daß seine Kritik nur auf Unkenntnis oder auf einen Mangel an Logik zurückzuführen ist, dann ist ihm „Silbenstecherei und Rabulistik“ verhasst, er läßt sich auf „Haarplattieren“ nicht ein. Man kennt das doch! „Wir hätten die Strafbestrafung des „Vorwärts“ nicht hören mögen.“ Das sagt dasselbe Parteiblatt, das uns schon hundertmal den Vorwurf gemacht hat, wir nähmen niemals Stellung.

Das können wir nachgerade wirklich gut genug. Als wir jüngst zu einer in E. r. z. t. angenommenen Resolution über den Generalstreik einige kritische Bemerkungen machten, erfolgte prompt die Antwort: „Wir brauchen Eure Belehrung nicht.“ Und wiederum war es eines der Parteiblätter, die aller Augenblicke mit dem Vorwurf zu Hand sind, der „Vorwärts“ nehme niemals Stellung. Du sollst und mußt Stellung nehmen, aber beleiße nicht gegen uns! Diese Art der Kritik kennen wir bereits so gut, daß sie uns nicht im geringsten imponiert.

Zur Schiedsgerichtsfrage.

Aus Anlaß des Schiedsgerichts zwischen Albert und Vader schreibt das „Hamburger Echo“:

„Wir zweifeln nicht, daß bei Beratung des Organisationsstatuts unserer Partei auf dem Parteitag in Jena diese Schiedsgerichtsberhandlung eine Rolle spielen wird, nicht wegen ihres Ausgangs, der außer den direkt Beteiligten nur wenige Genossen interessieren dürfte und den gewiß niemand anfechten wird, sondern wegen ihrer Insignierlichkeit. Wir erinnern daran, daß es sich bei der Affäre um gewöhnlichen persönlichen Klatsch und Tratsch handelt, nämlich um die Raufrede gegen den Genossen Vader, dieser habe beim Anzug von München nach Magdeburg das Magdeburger Parteigeschäft überboten, eine Behauptung, die sich bei den Verhandlungen in der Magdeburger Partei-Organisation sofort als durchaus falsch erweist. Aber dennoch tief Albert, auf den die Verdächtigung Vaders zurückgeführt wurde, ein Schiedsgericht an, und die Magdeburger Genossen taten dann daselbe. Natürlich war dazu auf beiden Seiten das formelle Recht vorhanden. Die beiden Parteien hatten auch ganz formell das Recht, ihre Schiedsrichter beliebig zu wählen, und machten von diesem Recht den Gebrauch, sie aus den verschiedenen Ecken und Enden Deutschlands herzuholen, von Rant in Oldenburg und von Breslau in Schlesien, von Bremen an der Weser und von Frankfurt am Main; und wenn sie Genossen aus Tilsit, aus Rosenheim in Bayern, aus Regh und aus Habersleben genannt hätten, wäre formell dagegen nichts einzuwenden gewesen. Aber auch so schon kostet dieses Schiedsgericht die Partei eine dreihundert hundert Mark, denn die Parteieliste muß zahlen. Wofür diese Summe? Damit eine durch die Verhandlungen der Magdeburger Genossen längst erfolgte Aufklärung noch einmal vor einem Schiedsgericht stattfindet. Wenn aber schon das Schiedsgericht notwendig war, hätten dann nicht die streitenden Teile die nötige Anzahl unbesangener Parteigenossen an einem Ort finden können?! Das neue Organisationsstatut, das im Entwurf vorliegt, will künftig nur Schiedsgerichts-Verhandlung über von einer Organisation gestellte Ausschlußanträge zulassen; auch sollen die Schiedsrichter aus dem Bezirkverband, dem der Wohnort des Angeklagten angehört, genommen werden. Das ist allerdings das Mindeste, was an Vereinfachung des schiedsgerichtlichen Verfahrens erreicht werden muß.“

Der Fall lag unseres Erachtens immerhin noch nicht so ungünstig, weil erstens ein Ausschlußantrag von einer Organisation vorlag und zweitens die beiden Parteien verschiedenen Bezirksorganisationen (Breslau und Magdeburg) angehörten und der Ausschlußantrag von beiden Seiten gestellt war. Wir sind aber auch der Meinung, daß nicht nur im gegenwärtigen Statut, sondern auch noch im neuen Entwurf die Schiedsgerichtsworschrift erhebliche Mängel aufweist. Zwar sagt der Entwurf, daß das darin gemeinte Schiedsgericht nur zu entscheiden hat über die Frage der Parteizugehörigkeit, aber der Ausdruck Schiedsgericht in Verbindung mit dem tatsächlich bestehenden Zustande führt dazu, daß oft die untergeordnetsten persönlichen Differenzen zur Instanzstellung der Parteizugehörigkeit zugeführt und vor das große Parteigericht gebracht werden. Die Zustimmung auf die Frage der Parteizugehörigkeit erfolgt oft nur aus dem Grunde, weil anders dieses Gericht nicht angerufen werden kann. Einzelne Partei-Organisationen sorgen ja allerdings dafür, daß untergeordnete Differenzen durch ein örtliches Schiedsgericht ausgeglichen werden. Da ist die Bezeichnung Schiedsgericht am Platze, weil es sich um schiedsgerichtliche Erledigung kleiner Streitigkeiten handelt. Das sollte aber allen Partei-Organisationen zur Pflicht gemacht werden und es sollte kein Zweifel darüber gelassen werden, daß nicht jede Kleinigkeit vor das große Parteigericht gebracht werden soll. Gehören die Streitenden nicht der gleichen Organisation an, dann muß es der nächst höheren Organisations-einheit obliegen, bei verschiedenen Wahlkreisen also der Bezirksorganisation, das Schiedsgerichtverfahren in die Hand zu nehmen. Auf diese Weise könnte verhütet werden, daß das große Parteigericht zu oft in Anspruch genommen und um Kleinigkeiten eine große Aktion gemacht wird.

Bei dieser Gelegenheit sei festgestellt, daß in unserem Abdruck des Vergleichs zwischen Albert und Vater irrtümlich das Wort „konstruiert“ angewandt worden ist. Es muß richtig heißen: Tomhiniert.

Zum Parteitag in Jena nahm eine Wahlkreis-Konferenz in Düsseldorf folgende Anträge an:

1. Der Parteitag empfiehlt den Genossen, an der alten Form der Weisheit festzuhalten.
2. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die sich in bedenklicher Weise mehrenden Attentate auf die an und für sich durchaus unzulänglichen Rechte des werktätigen Volkes. Angesichts dieser Entweichungen weist der Parteitag die Erörterung des politischen Massenstreiks unter den Genossen nicht von der Hand. Er erklärt es für die selbstverständliche Pflicht des Proletariats, im entscheidenden Augenblick alles an alles zu setzen.

Ein „Post“-Sozialdemokrat. Die „Post“ veröffentlicht einen Brief, worin sich jemand darüber kränkt, daß einige Genossen, die sich in Heilanstalten aufhalten, einen Beitrag an die Parteikassee leisten. Die „Post“ behauptet nun, der Briefschreiber sei ein Sozialdemokrat, und fügt hinzu, es würde sie nicht kümmern, wenn wir das bestritten würden. Wir können natürlich nicht bestritten, daß der Briefschreiber sich der „Post“ als Sozialdemokrat bezeichnet hat, weil wir es nicht wissen. Allein als Wahrheitsbeweis wird natürlich eine Behauptung der „Post“ von keinem anständigen Menschen angesehen werden. Die Sache bleibe also dahingestellt. Soviel steht jedoch fest, daß jemand, der mit der „Post“ in Verbindung steht, von und keinen Augenblick mehr als unser Parteigenosse betrachtet wird.

Im übrigen zieht die „Post“ aus der kritisierten Tatsache den merkwürdig vernünftigen Schluß, daß in der sozialdemokratischen Partei ein Opfermangel und ein Idealismus vorhanden ist, den sich andere Parteien zum Muster nehmen könnten, den sie sich aber, wie wir hinzufügen, niemals zum Muster nehmen werden, so viel sie uns auch darum beneiden. Nur hätte die „Post“ gerade daraus weiter schließen können, daß ihr Briefschreiber mangels jedes Idealismus kein Sozialdemokrat sein kann. In dem tolenen wir hier mißverständliche Umstände walten lassen, weil wir zugeben, daß es etwas viel verlangt wäre, wenn die „Post“ selber erkennen soll, daß, wer sich an sie wendet, nicht zu den anständigen Menschen gerechnet werden kann.

Zur sozialdemokratischen Agitatorin wird in der „Kreuzzeitung“ Fräulein Anita Augsburg gemacht. Das geschieht offenbar in der Absicht, die von Fräulein Augsburg geäußerten Ansichten über die „freie Ehe“ der Sozialdemokratie anhängen zu können. Denn daß Fräulein Augsburg eine entschiedene Gegnerin der Sozialdemokratie ist, das zu wissen kann man wohl von der „Kreuzzeitung“ verlangen.

Totenliste der Partei. Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen wir:

Die politische Sozialdemokratie und mit ihr der internationale Sozialismus haben einen schweren Verlust erlitten. Am Sonnabend starb in Perm in Niederösterreich Genosse Dr. Kasimir Freiberger v. Kelles-Kraus. Er war fast drei Jahren an einer schweren und schmerzhaften Form der Tuberkulose erkrankt und fand trotz mehrfacher Stillstände des Leidens, die immer wieder zu Genesungshoffnungen Anlaß gaben, nun einen überraschend frühen Tod. Er war 33 Jahre alt, verheiratet und stammte aus einer alten ländlichen Gutsbesitzerfamilie. Da er als Ausländer hier nicht öffentlich auftreten konnte, strebte er danach, österreichischer Staatsbürger zu werden, um sich innerhalb der polnischen Partei in Galizien agitatorisch betätigen zu können. Er hat sein Ziel erreicht, aber zu spät: das Staatsbürgerdekret traf ihn auf dem Sterbebett.

Genosse Kelles-Kraus hat in Paris und Wien Staatswissenschaften und Nationalökonomie studiert. Er war ein Schüler von Karl Marx und besaß eine ausgedehnte und vielseitige historische Bildung. Als Parteifunktionär betätigte er sich nicht nur in polnischer Sprache sehr fleißig, einige wertvolle Arbeiten sind von ihm auch in deutscher Sprache erschienen. Wir erinnern nur an die Abhandlungen über die materialistische Geschichtsauffassung in der „Neuen Zeit“. Als politischer Schriftsteller führte er meist das Pseudonym Michael Lubnia und war als solcher einer der angesehensten Wortführer der sozialistischen Partei Polens. Auch in der „Arbeiter-Zeitung“ hat er manche wertvolle Arbeit veröffentlicht. Aber seine Tätigkeit für die Partei erschöpfte sich durchaus nicht in theoretischen Arbeiten. Er hatte Gründe, zunächst nicht allzu sehr in der Öffentlichkeit hervorzutreten; um so umfangreicher und intensiver war seine politische Betätigung im Vorstande der Partei und seine weitreichende Korrespondenz mit allen tätigen polnischen Genossen. Diese unablässige und aufreibende Arbeit wurde von dem tapferen Manne auch dann noch geleistet, als er schon den Tod im Leibe hatte. So hat Punkte gegeben, in denen viele von uns nicht mit ihm übereinstimmen konnten, und er war in manche theoretische und praktische-politische Diskussion verwickelt, aber so hitzig mitunter die Diskussion wurde, er wußte sie immer vornehm und sachlich zu führen, und die in der Diskussion gelegentlich seine Gegner waren, werden ihm erst recht ein herzliches Andenken bewahren. Die polnische Sozialdemokratie steht im Augenblick in einem Kampfe, den sie mit bewundernswerter Energie und unerhörter Tapferkeit führt. Daß sie einen ihrer besten Denker verloren hat, ist ein jährender Schlag für sie. Die Trauer über das Dahinscheiden von Kelles-Kraus ist international.

Aus Industrie und Handel.

Unsere Plätze an der Sonne. Der südafrikanische Krieg, der bisher schon so viele Menschenopfer gefordert und gewaltige Unsummen verschluckt hat, sollte den Kolonialschwärmern doch einige Zurückhaltung auferlegen. Noch ist das Ende dieses Kolonialkrieges nicht abzusehen, dessen Erfolg nach vollzogener „Züchtigung der Rebellen“ günstigenfalls bestehen wird in der „Biedererobertung“ wasserloser Sandwüsten, deren Bewohner vertrieben oder getötet, deren Farmen vernichtet sind. Dennoch findet die Kolonialpresse den Mut, über die glänzende Entwicklung der deutschen Kolonien zu fabulieren.

Jetzt müssen die Ziffern über den Handelsverkehr Deutschlands mit seinen Kolonien im vergangenen Jahre dazu herhalten. Es wurden aus unseren Kolonien nach Deutschland eingeführt:

	1904	1903	1902
Deutsch-Ostafrika	3 410 000	2 114 000	1 468 000
Deutsch-Südwestafrika	288 000	300 000	292 000
Deutsch-Westafrika	6 534 000	4 381 000	4 625 000
Kantouchou	38 000	23 000	49 000
Deutsch-Australien	104 000	37 000	145 000
Samoa-Inseln	592 000	439 000	341 000
Zusammen	11 268 000	7 274 000	6 820 000

Dieser Zunahme der Einfuhr steht auch eine sehr bedeutende Steigerung der Ausfuhr von Deutschland nach den Kolonien gegenüber, deren nähere Betrachtung erst ein klares Bild über die Bedeutung des Handelsverkehrs unserer Kolonien gibt. Es wurden von Deutschland ausgeführt:

	1904	1903	1902
Deutsch-Ostafrika	4 983 000	2 564 000	2 486 000
Deutsch-Südwestafrika	13 532 000	4 288 000	4 603 000
Deutsch-Westafrika	6 087 000	5 182 000	6 040 000
Kantouchou	7 589 000	10 321 000	6 913 000
Deutsch-Australien	750 000	710 000	565 000
Samoa-Inseln	193 000	443 000	509 000
Zusammen	33 114 000	23 503 000	21 116 000

Die Höhe der Ausfuhrziffer wird ausschlaggebend durch den zeitweiligen Regierungsbedarf bestimmt. Im Jahre 1904 besteht die Ausfuhr also hauptsächlich aus Verwaltungslieferungen und die Steigerung ist auf die Lieferung von Kriegsmaterial für die in Südwestafrika stehenden Truppen zurückzuführen. Für das Jahr 1905 wird eine solche Erhöhung der Ausfuhr weiter zu verzeichnen sein. So werden wir zu weiteren Kolonialerfolgen schreiten.

Wieder eine Bankfusion in Vorbereitung.

Ueber die Erweiterung der Bankengroßmacht liegt auch heute eine Meldung vor. Die Essener Kreditanstalt, die der Deutschen Bank nahesteht, wird ihr Kapital, das bisher 40 000 800 Mark betrug, um 8 Millionen Mark erhöhen. Diese Kapitalerhöhung wird mit der wachsenden Ausdehnung der Kundschaft begründet. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1906 an dividendenberechtigt sein werden, sollen den Aktionären zum Kurse von 150 Proz. angeboten werden, mit der Maßgabe, daß auf je nominell 6000 Mark alte Aktien eine neue Aktie von nominell 1200 Mark entfällt.

Bei der Essener Kreditanstalt sind in den letzten Jahren bereits vielfach Kapitalerhöhungen erfolgt. Erst im Jahre 1904 hat sie eine Erhöhung ihres Kapitals um 4 Millionen Mark vorgenommen, nachdem sie in den Jahren 1903 und 1902 je 3 Millionen Mark neuer Aktien ausgegeben hatte. Vor einigen Wochen wurde das Gerücht, daß die Essener Kreditanstalt mit dem Deutschen Bank gleichfalls nahestehenden Essener Bankverein, dessen Grundkapital 7 1/2 Millionen Mark beträgt, eine Interessengemeinschaft eingehen würde, als unzutreffend bezeichnet. Jetzt dürfte der Zeitpunkt für die damals dementierte Vereinigung wohl gekommen sein. — An Geschwindigkeit läßt dieser Konzentrationsprozeß nichts zu wünschen übrig.

Zechenstilllegung. Aus Essen wird gemeldet, daß die Bergbau-Gesellschaft Königsborn die Zeche „Sprochhövel“ am 1. Juli vollständig stilllegen wird.

Eine Unterbilanz von einer Million Mark bei der Weiskau-Weißagler landwirtschaftlichen Maschinenfabrik hat die Revisionskommission festgestellt. Die Kredit- und Sparbank in Leipzig soll sich bereit erklärt haben, im Verein mit einem Dresdener Bankhaus (Gebr. Arnhold) die erforderliche finanzielle Unterstützung zur Durchführung der Rekonstruktion zu gewähren. Die Dechargerteilung an den früheren Aufsichtsrat wird voraussichtlich ausgeübt werden.

Erhöhung der Eiszehnen. Infolge der Dürre hat sich der Wasserstand auf der Elbe so verschlechtert, daß die Schiffsfahrts-Gesellschaften für die Strecken von Hamburg elbaufwärts außer den normalen Frachttarifen einen Zuschlag von 1,40 M. erheben. Für die Route Hamburg-Berlin wird noch kein Zuschlag erhoben.

Soziales.

Bergarbeiterlöhne im ersten Quartal 1905.

Die Wirkungen der Bergarbeiterstreiks in diesem Frühjahr auf das Lohnneinkommen der Bergleute lassen sich nach der soeben veröffentlichten amtlichen Lohnstatistik mit Sicherheit feststellen. Im

vierten Quartal 1904 sind im Ruhrgebiet 81 244 597 M. an Löhne ausgezahlt worden, im ersten Quartal 1905 nur 60 501 126 M. Der Ausfall übersteigt demnach 20 Millionen Mark. Einen erheblichen Teil der im Streik gefeierten Schichten müssen die Belegschaften aber hernach durch Uebererschichten herausgeholt haben, da im ersten Quartal 1905 durchschnittlich 60, im gleichen Quartal 1904 77 Schichten verfahren wurden. Vom 16. Januar bis 9. Februar haben 80—90 Proz. der unterirdischen Belegschaften im Streik gestanden, das waren 22 Arbeitstage Verlust. Sogar kommen noch die Streikschaften von 1,83—44,12 Proz. der Untertagearbeiter, 1,65—38,70 Proz. der Gesamtheilung, die schon vom 7.—16. Januar streikten; außerdem waren vom 10.—15. Februar, nach dem Streikabbruch, noch 3,02—65,77 Proz. der Arbeiter nicht angelegt. Die Arbeitseinstellung erstreckte sich danach über 34 Arbeitstage. Da durchschnittlich nur ein Ausfall von 17 Schichten entfallend, müssen gleich nach dem Streik, im März, außergewöhnlich viel Uebererschichten eingelegt worden sein. Auch die Meldung über einen Lohnrückgang wird bestätigt. Der Durchschnittslohn betrug im Ruhrgebiet im ersten Quartal d. J. 3,94 M., gegen 4 M. im Vorquartal!

Versicherungsgesetzgebung.

Die „Freie Vereinigung sächsischer Orts-Krankenkassen“, die zuerst in Reichen eine Jahresversammlung abhielt, nahm Stellung zur Zusammenlegung der drei Versicherungszweige. Sie nahm nach einem Vortrage Fräulein Augsburg folgende Resolution an:

- „Die Jahresversammlung der Freien Vereinigung sächsischer Orts-Krankenkassen hält eine Verschmelzung der drei Versicherungszweige für erstrebenswert, wenn
- a) der Kreis der Versicherten wesentlich erweitert wird,
 - b) den schon jetzt Versicherten daraus keine Nachteile entstehen,
 - c) die Verschmelzung aller drei Versicherungszweige also auch die Unfallversicherung umfaßt,
 - d) die Selbstverwaltung durch die Versicherten und deren Arbeitgeber in der neuen Organisation gemäß §§ 34—39 des Krankenversicherungs-Gesetzes gewährleistet wird.

Der vom Zentralverband der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich bei den gesetzgebenden Körperschaften eingereichten Petition, denselben Gegenstand betreffend, tritt die Jahresversammlung bei.

Sodann wurde zur Frage der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden dieser Antrag Dresden angenommen:

„Die Jahresversammlung der Freien Vereinigung sächsischer Orts-Krankenkassen beschließt, die Bedürftigkeit der Hausgewerbetreibenden nach Einbeziehung in die Krankenversicherung ist im Prinzip anzuerkennen, vom Massenstandpunkt aus die Durchführbarkeit dieser Maßregel aber zu verneinen, solange nicht für diese Versicherung ein breiterer Untergrund durch Zentralisation der Krankenkassen geschaffen und durch Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle nach dem Invalidenversicherungs-Gesetz versicherungspflichtigen Personen eine bessere Verteilung des Versicherungsrisikos gewährleistet ist.“

Von einer kommunalen Umsatz-(Warenhaus-)Steuer.

In Jena wird eine „besondere Gewerbesteuer“ erhoben, derart, daß ein Teil der Gewerbebetriebe (Warenhäuser etc.) nach dem Umsatz besteuert werden, während man von den übrigen Betrieben Prozente der staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhebt. Auf Grund der Steuerordnung war der Warenhausbesitzer Cohn für ein Jahr von einem Umsatz von 245 500 M. mit 2 Proz. gleich 4910 M. Steuern herangezogen worden. Er klagte. Nachdem sich bereits einmal das Oberverwaltungsgericht mit der Sache beschäftigt hatte, setzte der Bezirksauschuss die Steuer auf 405 M. herab, und dieses Urteil wurde am 27. Juni vom Oberverwaltungsgericht bestätigt. Folgende Erwägungen waren für das Gericht maßgebend: Die Steuerordnung — von der der Kläger behauptet hatte, sie ruiere die Geschäfte und verstoße deshalb gegen den Grundsatz der Gewerbefreiheit — sei rechtsgültig. Bei einer Steuerordnung, wie der vorliegenden, dürften aber die von sämtlichen Betrieben zusammen zu entrichtenden Steuern nicht mehr ergeben als der Betrag, der durch die Gewerbesteuer im ganzen für die Gemeinde aufzubringen sei. (Steuersoll.) Hiernach habe die Umsatzsteuer nicht ohne Prüfung der zulässigen Gesamtbelastung gegen den Kläger festgesetzt werden können. Der Bezirksauschuss habe nun ja mit Rücksicht auf diesen Grundsatz bei seiner zweiten Entscheidung die Umsatzsteuer für Cohn von 4910 M. auf 405 M. herabgesetzt, nachdem eine größere Ueberschreitung des Gemeinde-Gewerbesteuerfalls durch die Einnahmen festgestellt worden sei. Der Betrag, um den seine Steuer ermäßigt ist, sei der auf seinen Betrieb entfallende verhältnismäßige Anteil jener Mehreinnahme. Eine weitere, als diese verhältnismäßige Verteilung an dem Mehr könne Cohn nicht beanspruchen, wenn auch von dem Mehr der Stadt noch etwas verbleibe, da ja die meisten gewerbesteuerpflichtigen Personen nicht Rechtsmittel eingelegt hätten und darum nichts zurückfordern könnten.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß bei Frau A. Kulicke, Prinzenstraße 102 III, Einzahlkarten für die Ausstellung der Sezession zum Preise von 25 Pf. zu haben sind.

Theater.
Donnerstag, den 29. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Jung-Heidelberg.
Berliner. III.
Deutsches. Der Hefgeprüfte.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater).
Der polnische Jude.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räbliches Theater). Gogol. Die Wachen. Der Strohmäher.
Neues. Der Familientag.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Zentral. III-Heidelberg.
Lustspielhaus. Arch. Gyrh.
Carl Weiß. Wahre Liebe.
Welle-Alliance. Madame Tip-Top.
Heidelsheimer. Seltener Sänger.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Kanzel. — Am Sonntagabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Passage-Theater. Angelika Waller.
Jean Paul. — Spezialitäten. — (Anfang 5 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Der Simplon und sein Gebiet.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses. Sommerpreise.
Täglich:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr:
Des Pastors Rieke.
Freitag: Die Neuvormählten. Abschlusssooper.
Sonnabend: Nachtasy.
Sonntag: Des Pastors Rieke.
Neues kgl. Opern-Theater (Kroll).
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 29. Juni 1905:
Nur noch 2 Aufführungen
Jung-Heidelberg.
Sonnabend: Beginn der Opernsaison. Der Widerspenstigen Zähmung. Kom. Oper in 4 Akten von Herrn Götz.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Pyritz-Pyritz.
Sommerpreise.
Abendlich: Kyriz-Pyritz.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Cecilie.
Neu! Roschdestwensky, der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16-jährige armlose Fulkünstlerin.
Pomp 81
Kurfürstendamm 153.
Gr. Vorstellung auf der schwimmenden Bühne, im See: Ballet, Chöre, Spezialitäten etc.
Zum Schluß: **Großes Monstre-Kunst-Feuerwerk!**
Anfang: Konzert 7 Uhr, Vorstellung 8 1/2 Uhr. Eintritt 0,50—5 M.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
Apollo-Theater.
Das bestventilirteste Theater Berlins!
Täglich 10—10 1/2 Uhr:
Gr. kirmischer, ununterbrochener Lacherspiel
Aber die amerikanische Burleske
Ein Abend in einem amerik. Cingel-Cingel.
Dazu Hochzeitsabend von Paul Linde und die grandiosen Juni-Spezialitäten.
Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 235. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute:
Großer Clitetag.
Die Loreley.
Romant. Volksschauspiel in 5 Akten von Gerh.
Außerdem die
großartigen Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 132.
Nur noch 2 Aufführungen.
Wahre Liebe.
Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung: Lehmanns Abenteuer auf dem russisch-japanischen Kriegsschauplatz.
Im Sommergarten: Große Spezialitäten, Theater und Konzert. Damen-Modellen, Milano u. a.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Bushmann)
Schuhmacher Allee Nr. 148.
Letzte Woche
der phänomenalen Juni-Aufführungen.
Ashley X. Clares X. Paoli etc.
Arbeit schändet nicht.
Vollständ. mit Gesang in drei Akten von Nefflinger.
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, Sperrst. 50 Pf.
Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungsspiel.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Gullano-Bohles-Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Kumerteller Platz 50 Pf.
Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münster. 10.
Neu ! ! ! ! ! Neu
? Mne-Mno-Mni ! ?
frei in der Luft liegende
Türkin
Anatom. Ritzol. Med. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
 Normal-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der polnische Jude.
 Volks-Oper von Carl Witt.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Maxipiel Heinrich Bötel.
Der Troubadour.
 Schiller-Theater N. (Fleider-Willy Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo
 v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
 Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Passage-Theater.

Freitag, den 30. Juni:
Schluss der Saison!
Jean Paul
 Größt-Komiker
 und das glänzende Juni-Programm.

Passage-Panopticum.

Der Mensch mit Vogelkopf.
Der Muskelmensch.
Aga
 die schwebende Jungfrau.

Freie Volksbühne

Mittwoch, den 5. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saal des Gewerkschaftshauses:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
 Bericht des Vorstandes und Kassierers über das ver-
 flossene Geschäftsjahr. Bericht der Revisoren. Dis-
 kussion. Gehaltsfestsetzung. Neuwahl des Vorstandes,
 Ausschusses, der Revisoren und Obleute der Ordner.
 Verschiedenes.

Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der
 alten Mitgliedskarte gestattet.

Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der
 nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen
 eine diesbezügliche Erklärung und die Mitgliedskarten
 bis 30. Juni in ihrer Zahlstelle abgegeben haben.

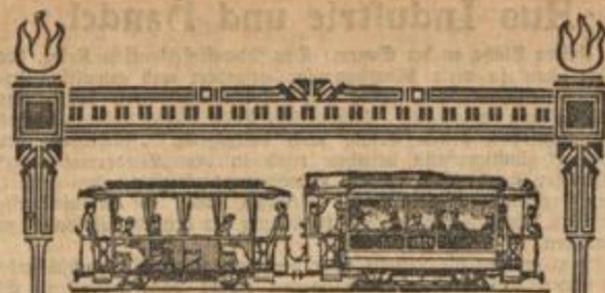
Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden,
 soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden
 ist, auch müssen Beitragsreste bis zu diesem Termin re-
 guliert sein.

Geschiehen sind in den Monaten Juni, Juli alle Um-
 schreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.

Die alten Mitgliedskarten müssen in der bisherigen Zahl-
 stelle abgegeben und dort gegen eine neue Karte eingetauscht
 werden. Der Termin der Kartenausgabe wird noch im
 „Vorwärts“ bekannt gemacht.

229/7

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.



Der Verkauf von Marken

zu den

Strassenbahn- Abonnements

für die

Grosse Berliner Strassenbahn-Ges.

à 7.50 M. 10 M. 20 M.

erfolgt von

8 Uhr früh bis 9 Uhr abends

in allen unseren Geschäften, in
 der Zeit vom 28. des laufenden
 bis zum 4. des kommenden Monats

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt 16/17 Belle-Alliance Str. 1/2
 Ecke Leipziger Str. Am Blücherplatz
 Brunnen Str. 19/21 Gr. Frankfurter Str. 113
 Ecke Veteranen Str. Ecke Andreas-Str.



Probieren Sie bitte ^{†110*}
Charivari-Zigaretten.
 BERLIN Boykottfrei. NO. 55.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79,
 direkt an der Ringbahnstation, bequeme
 Fahrgeliegenheit u. all. Stadtrichtungen.
 Ob Regen! Ob Regen!

Täglich

im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste
Programm Berlin's.

40 erstklassige Nummern.
 Nr. Steffi mit seinem tonharcen-
 losen Ueber-Birkus: Ponny,
 Gjel, Schwein und Dogge.
 Atlantic Paul-Trio mit ihren un-
 topischen Original-Act's.

Syff Syff
 Die Entführung zweier Damen aus
 dem Nichts. Original Molly Vorch.
 Original Robert u. Bertram, Original
 Renner-Stango, Erna Allison und
 viele Kunstkapazitäten.

Volkselastigungen aller Art.
 Entree Wochenlagns 20 Pf., Sonntags
 30 Pf. Vospapartouls haben Günstigkeit.
 Jeder Erwachsene hat das Recht, ein
 Kind unter 10 Jahren frei einzuführen.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg,
 Räderstr. 6.

Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert.
**Türmeil-Künstler. Land-
 und Wasser-Feuerwerk.**
Größt. Spezialitäten-Vorstellung.
 Wochentags 10 Pf.
Aegidius Diez.

Ostbahn-Park.
 Am Köstrinerplatz, Räderadorforstr. 71.

Hermann Imbs.
 Täglich:
**Gr. Konzert, Theater
 und Spezialitäten-
 Vorstellung.**
 Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
 verabreicht wird, also kein Entree.

Grundstück mit Restauration
 (Wd.), Vorort (30 Pf.), mit möglicher
 Vergrößerung zu verkaufen. Näheres
 unter D. R. Königs-Wästerhausen
 postlagernd. 97038

Etablissement Buggenhagen

Mortzplatz.
 Täglich
 im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
 Bei ungemäßigtem Wetter im Saal.

Mottenfraß

ist vollkommen unmöglich bei An-
 wendung von **Reichels Spezial-
 Mottenpulver** a 50 und 1.00,
 Bund 3.00 u. **Reichels Motten-
 tintur** a 75, 1.50 u. 2.50. Diese
 seit Jahren durch ihre sichere Wirkung
 bekannten Mittel treiben jede Motte
 aus und töten die Rauben.

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.
 Lieferant für Armee u. Marine.
 Hier frei Haus Versand nach auswärts.
 Tel. N. IV. 646, 3190, 4592

Dr. Lell

wohnt jetzt:
**Rosenthaler-
 strasse 26 II.**
 Homöopath und Spezial-Arzt
 für Haut-, Horn- und Geschl.-Leiden.
 11-2 u. 6-8. Sonnt. 11-3.

Nieder-Schönhausen

Schiller- und Körnerstrasse (am
 Straßenbahnhof) sind zum 1. Juli
 oder später 10 Pf.
 moderne, billige und gesunde
 Vorder-Wohnungen
 mit reichlichem Zubehör zu vermieten.
 Straßenbahnverbindung:
 Linien 46, 47 und 57.

Ein Riesenposten

Mocketplüsch
 130 Cmt. 4, 65 pro Meter,
 breit, à
 haltbarster buntfarbiger Möbel-
 stoff. Reste spottbillig!
 Proben franko.
Teppichhaus
 Berlin S., 158.

Dr. Simmel, Pringen-

Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Gewerbegericht zu Berlin

3. Nr. 454 Gew.-Ger. 05.
 Bekanntmachung.

In Sachen der Lohnbewegung der
 Barbier- und Friseurgehülfen

a) Verband der Friseurgehülfen
 Deutschlands (Zweigverein
 Berlin),

b) Verband deutscher Barbier-,
 Friseur- und Perückenmacher-
 gehülfen (Zweigverein Berlin)

ist in der Sitzung am 9. Juni 1905,
 an welcher teilgenommen haben:

1. Magistratsrat v. Schulz als Vor-
 sitzender,
 2. Buchhalterfabrikant Brandt
 3. Fabrikant Königsberger
 als Vertrauensmänner der Ar-
 beitgeber,
 4. Metallarbeiter Schreiber
 5. Tischler Wrenns
 als Vertrauensmänner der Ar-
 beitnehmer,

vor dem Einigungsamt des Gewerbe-
 gerichtes zu Berlin nach zuvor er-
 folgter Anrufung durch beide Teile ein
 Vergleich

nachstehenden Vorlaufs zwischen den
 Parteien abgeschlossen worden, welcher
 in Gemäßheit des § 70 des Gewerbe-
 gerichtsgesetzes und des § 78 des
 Ortsstatuts für das Gewerbegericht der
 Stadt Berlin vom 25. Juni 1902
 hiermit öffentlich bekannt gemacht
 wird:

1. Es werden folgende Löhne gezahlt:

a) ohne Kost und Logis
 wöchentlich 20 M.
 b) bei halber Kost und Logis
 wöchentlich 12 M.

c) für Ausschlässe am Sonn-
 abend von 2 Uhr mittags
 bis 10 1/2 Uhr abends und
 Sonntags von 7 Uhr
 morgens bis 2 Uhr mittags
 mit Kost 7 M.

d) für Ausschlässe während der
 unter c) angegebenen Zeit
 ohne Kost 8,50 M.

e) für Ausschlässe an Wochen-
 tagen ohne Kost 4 M.

f) für Ausschlässe an Wochen-
 tagen mit Kost 3 M.

g) für Ausschlässe an halben
 Wochentagen mit Kost 2 M.

2. Es wird folgende Arbeitszeit ver-
 einbart:

a) Beginn derselben 7 Uhr früh
 Ende 9 Uhr abends
 bei Gewährung einer einstün-
 digen Mittagspause während der
 Zeit vom 1. April bis zum
 30. September.

Während der Zeit vom 1. Okt.
 bis zum 31. März:

Arbeitsbeginn: 7 1/2 Uhr früh
 Ende 9 Uhr abends,
 ebenfalls unter Annahme einer
 einstündigen Mittagspause. Diese
 Pause soll fallen täglich von 12
 bis 4 Uhr. Den Prinzipalen und
 Gehülfen steht es frei, die Stunde
 Mittagspause innerhalb des an-
 gegebenen Rahmens zu verein-
 baren.

b) An Sonnabenden und den Tagen
 vor den gesetzlichen Feiertagen
 soll von 7 Uhr früh bis 10 1/2 Uhr
 abends gearbeitet werden.

c) In Zukunft sind bei den hohen
 Festen jedesmal die 2 Feiertage
 den Gehülfen freizugeben.
 In unvorhergesehenen Fällen, wie
 z. B. Krankheit, Tod des Prinzipals
 usw. sollen der Gehülfe
 bezw. wo mehrere tätig sind, der
 Dienststelle — und falls dieser
 behindert ist, einer der anderen
 — am zweiten Feiertage zum
 arbeiten gehalten sein. Als Ersatz
 für den entgangenen Feiertag ist
 dem Gehülfen in der folgenden
 Woche ein voller freier Tag zu
 gewähren.

3. Die in den Läden noch befindlichen
 Schlafstellen sind in Zukunft den
 Gehülfen nicht mehr zur Benutzung
 zu überlassen.

4. Die Parteien erkennen ausdrücklich
 hiermit ihre beiderseitigen Organi-
 sationen an.

Es werden eine paritätische
 Schlichtungs-Kommission von vier
 Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern
 bilden, welcher folgende Gehülfe
 obliegen:

Sämtliche Differenzen, welche
 aus diesen Verträge entstehen,
 sollen von der Kommission aus-
 schließlich beige w. durch Beschluß
 erledigt werden.

Die Kommission soll ferner ver-
 pflichtet sein, mindestens vier
 Wochen vor Ablauf dieses Ver-
 trages den Parteien einen neuen
 Vertragsentwurf vorzulegen. End-
 lich soll auch diese Kommission
 die frivole Frage des Arbeits-
 nachweises zur Entscheidung bringen
 und über ihre dahingehenden Be-
 schlüsse den Versammlungen der
 Parteien Bericht erstatten.

Wenn in den angegebenen Fällen
 auch nur eine der Parteien mit
 den Entschcheidungen bezw. Be-
 schlüssen der Kommission nicht
 einverstanden ist, so sind beide
 Parteien verbunden, in kürzester
 Frist das Einigungsamt bezw.
 bestimmter Entscheidung anzu-
 rufen.

5. Der vorstehende Vertrag gilt vom
 9. Juni 1905 bis 1. Mai 1906
 und soll immer auf ein Jahr weiter-
 laufen, wenn er nicht drei Monate
 vor Ablauf des Jahres gekündigt
 wird.

Die Vertreter der Parteien behalten
 sich die Zustimmung der Versammlun-
 gen ihrer Auftraggeber zu diesem
 Verträge vor und werden über den
 Ausfall der Versammlungen bis
 zum 17. d. M. dem Gewerbegericht
 Kenntnis zu geben lassen.

g. g. u.
 gez. v. Schulz, Königsberger, Brandt,
 K. Ahrens, Alfred Schröder,
 gez. Emil Heidmann, O. Kapps, Fritz
 Weichsel, Ernst Bolljahn, Paul Liero,
 Karl Wesche.

Todes-Anzeige.

Am 27. Juni entschlief (sanft
 nach kurzem, aber schmerzvollem Leiden
 unser lieber, herzenguter, für sorg-
 licher Vater, Säugelguter und
 Großvater, der Häßler

August Müller

im 68. Lebensjahre. 27085
 Die tieftraurigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 30. Juni, nachmittags
 6 Uhr, von der Leichenhalle des
 Berderischen Kirchhofs, Bergmann-
 straße, aus statt.

Beerdigungsverein

Berliner Zimmerleute.
Todes-Anzeige.
 Am 27. d. M. starb nach langem
 Krankenlager im Alter von
 63 Jahren unser Mitglied, der
 Zimmerer 27169

Henrich Trucks.

Seine tiefen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 30. d. M., nachmittags
 3 Uhr, von der Leichenhalle des
 Berderischen Kirchhofs, Bergmann-
 straße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten
 zur Nachricht, daß meine liebe Frau
Valeska Börner
 geb. Scheideleit
 am Montag, den 26. d. M., nach
 langjährigem, schmerzvollem Leiden
 verstorben ist.

Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 30. d. M., nachmittags
 3 Uhr, von der Leichenhalle des
 Rätischen Friedhofes in Friedrichs-
 feld, aus statt.
 Der trauernde Gatte **Albert Börner**
 Weidenweg 7.

Arbeitervertreter - Verein

Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege, Bildhauer

Paul Fenger

am Montag, den 26. Juni, ver-
 storben ist.

Seine tiefen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 29. Juni, nach-
 mittags 6 Uhr, auf dem Zentral-
 Friedhofe in Friedrichsfelde statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 63/7 Der Vorstand.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter

Paul Hergt

am 25. d. M. gestorben ist.

Seine tiefen Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 29. Juni, nach-
 mittags 6 Uhr, von der Leichen-
 halle des Georgen-Kirchhofes in
 Weihenfeld, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 119/6 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Bekannten und
 Verwandten die traurige Nachricht,
 daß unser lieber Sohn

Alfred

im 27. Lebensjahre, am Dienstag,
 den 27. Juni, früh 1 1/2 Uhr, von
 seinem qualvollen Leiden durch den
 Tod erlöst ist, was wir hiermit
 zur allgemeinen Kenntnis bringen.
 Die Beerdigung findet heute,
 Donnerstag, den 29. Juni, nachm.
 6 Uhr, von der Leichenhalle in
 Dalldorf aus statt. 36345
 Die trauernden Hinterbliebenen
August Bettwell,
 Restaurateur,
 Reinholdsdorf-Weil, Böttchstr. 22.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, unseres guten Vaters

Karl Schwarz

sagen hiermit allen Beteiligten, sowie
 den Kollegen des Verbandes der
 Kupfer- und Metallarbeiter unseres
 herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Pauline Schwarz nebst Kindern

Dankagung.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung
 meiner verstorbenen Frau sage ich
 allen Beteiligten meinen Dank.
Georg Hergt, Tilitzstr. 21.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuzeit-Katalog
 u. Empf. viel. Vergr. (Fro.) grat. u. fr.
H. Unger, Gummitaschenfabrik,
 Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Hamburger

Rohtabak-Haus.
 21. Feldy Brühl, geschneitten,
 fertig als Zigaretten-Einlage zu
 verarbeiten, per Pfd. 1.—. 21.
 Feldy Brühl, gemischt mit Java
 geschneitten, per Pfd. 80 Pf.
 Feinschnitt per Pfd. 1.—.
 Filiale: Berlin N.,
 Brunnenstraße 190.

295/5*

Berlin SW.

Hasenheide 108/114 Neue Welt Arnold Scholz

Heute, sowie jeden Donnerstag: Elite-Tag!

Militär-Konzert

der gesamten Kapelle des kgl. sächsischen 2. Jäger-Bataillons Nr. 13
 in Uniform, unter persönlicher Leitung des kgl. Musikdirektors Herrn
 Hellriegel.

Spezialität: Waldhorn-Quartette.

Elite-

Monster-Feuerwerk

des Erfinders A. Bock.

Gala-Spezialitäten-Vorstellung.

Das sensationelle Juni-Programm.

Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pfennig.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Vertikale Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: Gr. Konzert, Theater und
 Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Reinsprecher IV. 8891. Max Kliem.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Dammstr. 16.

Schönroschen

aus dem Schenkenviertel.
 Karl Groth! Annie Schrader!
 Komaromy! The Franconis!
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Freitag: Gr. Premierabend.

Paul Schwarz'

Sommer-Theater,

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.

Täglich: Konzert.

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Das großartige Juni-Programm.
 Anfang 5 Uhr.
 Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
 Täglich:
**Horst's
 Sänger.**
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr

Theater-Vorstellung

Neue Spezialitäten.
 Volksbelustigungen.

Zum Schluss:
Der Ballett-Du-fel.<

Die vierte internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen

fand am 23. und 24. Juni in Amsterdam statt. Vertreten waren: England, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutsch-

land (Regien und Sassenbach), Oesterreich, Ungarn und Spanien. Italien hatte einen Vertreter angemeldet, der aber nicht erschien.

Die tschecho-slawische Gewerkschaftskommission in Prag hatte ebenfalls einen Delegierten entsandt, mit dem Verlangen, ihn als Vertreter der tschechischen Gewerkschaften anzuerkennen.

Von den australischen Gewerkschaften lag ein Schreiben vor, daß sie wegen der großen Entfernung nicht an der Sitzung teilnehmen können.

Die American Federation of Labor, gezeichnet Comper, teilte mit, daß sie sich an der Amsterdamer Konferenz nicht beteiligen kann, da die Zeit zu ungünstig liegt.

Mit Rücksicht darauf wurde beschlossen, die nächste internationale Konferenz erst gegen Anfang September, unmittelbar vor dem englischen Trades-Unions-Kongress abzuhalten.

Die internationalen Konferenzen haben bisher immer im Anschluß an einen nationalen Gewerkschaftskongress stattgefunden, damit den Vertretern der verschiedenen Länder die Möglichkeit gegeben wird, sich über die gewerkschaftliche Bewegung in dem Lande, wo die Konferenz gerade stattfindet, zu unterrichten.

Frankreich, das an den beiden letzten internationalen Konferenzen teilgenommen hat, ist diesmal unvertreten, da seinem Verlangen, die Punkte „Generalstreik“, „Antimilitarismus“ und „Achtstundentag“ auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, nicht entsprochen werden konnte.

Die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen der zwei haben, die internationale Verbindung der Gewerkschaften zu befähigen und daß sie nicht zu einem Diskussionsklub werden sollen, in dem theoretische Fragen erörtert werden.

Es wurde allgemein bedauert, daß sich Frankreich von der Konferenz ferngehalten hat.

Aufgabe der Konferenz ist, zu beraten über den engeren Zusammenhang der Gewerkschaften aller Länder, über einseitig zu führende Gewerkschaftspolitik, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehende Fragen.

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.

Ueber die Zusammenlegung der Konferenz wurde folgendes Beschlissen:

Die Sekretäre der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen, respektive die von den gewerkschaftlichen Landeszentralen ernannten oder von den angeschlossenen Gewerkschaften gewählten Delegierten treten alle zwei Jahre zu einer Konferenz zusammen.

Zu diesen Konferenzen darf jede Landeszentrale höchstens zwei Delegierte entsenden.

Aus dem Kostenbericht, den der internationale Sekretär Legien erstattet, geht hervor, daß der bisherige Beitrag der angeschlossenen Gewerkschaften, 50 Pf. pro Jahr und 1000 Mitglieder, nicht ausreicht, um die Ausgaben des internationalen Sekretariats zu decken.

Im allgemeinen waren die Ausgaben sehr gering, nur der in drei Sprachen herausgegebene internationale Bericht der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat bedeutende Kosten, an 4000 M., verursacht, von denen nur circa 1800 M. wieder eingekommen sind.

Bei dieser Gelegenheit wird die Tätigkeit des bisherigen internationalen Sekretärs, besonders die Zusammenstellung des internationalen Berichtes allseitig lobend anerkannt.

Bei der Beratung der vorliegenden Anträge wird von deutscher Seite den englischen Delegierten gegenüber der Wunsch ausgesprochen, daß sie zu wirken, daß die englischen Gewerkschaften zureisenden ausländischen Gewerkschaftlern mehr Entgegenkommen zeigen als bisher.

Ebenfalls wie der österreichische Gewerkschaftler, der nach Deutschland kommt, abgesehen von der Unterstützungsberechtigung, als organisierter Arbeiter anerkannt wird, müsse man auch von den englischen Gewerkschaften verlangen, daß sie ein von den internationalen Zentralstelle angeschlossenen Ländern zureisendes Mitglied der dortigen Gewerkschaften als gewerkschaftlich organisiert anerkennen und ohne weitere Hindernisse in die dortigen Trades-Unions aufnehmen.

Ob man ihm sofort Unterstützungsberechtigung zuerkennen wolle, komme erst in zweiter Linie. Die Hauptfrage sei: Wer in einem der angeschlossenen Länder Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation geworden ist, müsse auch in England als organisierter Arbeiter anerkannt werden.

Die englischen Delegierten glauben, daß im allgemeinen diese Frage zwischen den einzelnen Berufsorganisationen der verschiedenen Länder zu erledigen sei, und daß es schwer sein wird, auf die noch rüchständigen Organisationen einzuwirken. Sie erklären sich aber bereit in der gemeinsamen Weise tätig zu sein.

Ein Antrag Hollands lautet:

Die internationale Konferenz wolle überlegen, ob es möglich ist, eine internationale Korrespondenzsprache einzuführen. Das internationale Sekretariat wird beauftragt, eine Untersuchung darüber

anzustellen und der nächsten internationalen Konferenz einen Vorschlag oder Antrag vorzulegen, damit auf der fünften internationalen Konferenz endgültig entschieden werden kann.

In der Begründung dieses Antrages wird darauf hingewiesen, wie schwierig es sei, infolge der Sprachunterschiede eine internationale Verbindung durchzuführen.

Sassenbach schlägt vor, eine lebende Sprache, am besten die englische, in Betracht zu ziehen.

Folgender Antrag Dänemarks wird angenommen, nachdem sich Dänemark damit einverstanden erklärt, daß die Erhebung nicht, wie ursprünglich vorgeschlagen, 1906, sondern erst 1908 stattfindet:

Die Konferenz beschließt, durch das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen im Jahre 1906 eine Untersuchung über die Länge der Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern vorzunehmen. Das durch die Untersuchung gewonnene Material ist den Landeszentralen in den drei Hauptsprachen in gewöhnlicher Weise Anfang 1907 zuzustellen.

In der Diskussion wird allgemein betont, wie wichtig es sei, festzustellen, wie weit die einzelnen Verufe in den einzelnen Ländern auf dem Wege zu dem Achtstundentag gekommen sind. Damit die Sache einen agitativen Wert habe, müsse festgestellt werden, wie viele Angehörigen eines bestimmten Berufes in einem bestimmten Lande diese oder jene Arbeitszeit haben.

Ein Antrag von England wünscht: Auf der Konferenz die Frage der „Arbeits-Registrierung“ (Labour Registries) zu beraten.

Es handelt sich hierbei nicht um statistische Fragen, sondern um die beste Art der Arbeitsvermittlung. In England zeigen sich Bestrebungen, auch im Parlament, partielle Arbeitsnachweise einzuführen.

Man will deshalb gerne wissen, welche Erfahrungen die Gewerkschaften anderer Länder mit partiellen Arbeitsnachweisen gemacht haben. Legien macht den Vorschlag, der als das beste anerkannt wird, daß im nächsten internationalen Bericht die einzelnen Länder darlegen sollen, in welcher Weise die Arbeitsvermittlung in ihrem Lande organisiert ist, und ob diese Art der Vermittlung im Interesse der Arbeiter liegt.

Die Beratung der vorliegenden Anträge ist damit erledigt. Als Sitz des Internationalen Sekretariats wird wieder Deutschland bestimmt und zwar einstimmig; ebenso einstimmig wird Legien als internationaler Sekretär wiedergewählt.

Verfammlungen.

Robert Schmidts Wahlkreis über die Maiseier.

Am Dienstag tagte im Kaiserjacob eine Volksversammlung, welche den Bericht des Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion entgegennahm.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete „Parteiangelegenheiten“. Hier entstand eine längere, äußerst lebhaft geführte Debatte über die Stellung, welche Robert Schmidt auf dem Wiener Gewerkschaftskongress zur Maiseier

eingenommen hat. Ritter eröffnete die Debatte, indem er darbot, daß Schmidt vor der diesjährigen Maiseier in einer Versammlung sagte, er halte die bisherige Art der Maiseier nicht für eine würdige.

Die zur Entgegennahme des Nachenschaftsberichts des Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt versammelten Genossen sind mit der Art der Feier des 1. Mai, die Genosse Schmidt zu Köln propagierte, nicht einverstanden. Sie halten nach wie vor die Arbeitsruhe für die würdige Form der Feier.

Der nächste Redner, Genosse Umrath, bemerkte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Einbringung der Resolution veranlassen, jedoch wünsche auch er, daß die Parteigenossen des fünften Wahlkreises bekunden, sie gehen in der Frage der Maiseier nicht Hand in Hand mit ihrem Abgeordneten. (Wohlfahrter Beifall.)

Die Besetzung der Resolution wurde von starkem Beifall begleitet. Der nächste Redner, Genosse Umrath, bemerkte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Einbringung der Resolution veranlassen, jedoch wünsche auch er, daß die Parteigenossen des fünften Wahlkreises bekunden, sie gehen in der Frage der Maiseier nicht Hand in Hand mit ihrem Abgeordneten. (Wohlfahrter Beifall.)

Die Besetzung der Resolution wurde von starkem Beifall begleitet. Der nächste Redner, Genosse Umrath, bemerkte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Einbringung der Resolution veranlassen, jedoch wünsche auch er, daß die Parteigenossen des fünften Wahlkreises bekunden, sie gehen in der Frage der Maiseier nicht Hand in Hand mit ihrem Abgeordneten. (Wohlfahrter Beifall.)

Die Besetzung der Resolution wurde von starkem Beifall begleitet. Der nächste Redner, Genosse Umrath, bemerkte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Einbringung der Resolution veranlassen, jedoch wünsche auch er, daß die Parteigenossen des fünften Wahlkreises bekunden, sie gehen in der Frage der Maiseier nicht Hand in Hand mit ihrem Abgeordneten. (Wohlfahrter Beifall.)

Die Besetzung der Resolution wurde von starkem Beifall begleitet. Der nächste Redner, Genosse Umrath, bemerkte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Einbringung der Resolution veranlassen, jedoch wünsche auch er, daß die Parteigenossen des fünften Wahlkreises bekunden, sie gehen in der Frage der Maiseier nicht Hand in Hand mit ihrem Abgeordneten. (Wohlfahrter Beifall.)

Die Besetzung der Resolution wurde von starkem Beifall begleitet. Der nächste Redner, Genosse Umrath, bemerkte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Einbringung der Resolution veranlassen, jedoch wünsche auch er, daß die Parteigenossen des fünften Wahlkreises bekunden, sie gehen in der Frage der Maiseier nicht Hand in Hand mit ihrem Abgeordneten. (Wohlfahrter Beifall.)

Die Besetzung der Resolution wurde von starkem Beifall begleitet. Der nächste Redner, Genosse Umrath, bemerkte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Einbringung der Resolution veranlassen, jedoch wünsche auch er, daß die Parteigenossen des fünften Wahlkreises bekunden, sie gehen in der Frage der Maiseier nicht Hand in Hand mit ihrem Abgeordneten. (Wohlfahrter Beifall.)

solch ein Löwe gemacht? Der Gewerkschaftskongress habe ja doch seine Stellung dahin präzisiert, daß es hinsichtlich der Maiseier bleibt wie bisher, solange die internationalen Beschlüsse bestehen. — Wenn die Arbeitsruhe als die allein würdige Art der Feier bezeichnet werde, wenn verlangt werde, daß sie allgemein durchgeführt werde, dann müßten alle Parteigenossen durch Parteibeschluss gezwungen werden, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, und die Einschränkung, daß die Arbeitsruhe nur da eintreten soll, wo keine wirtschaftliche Schädigung zu erwarten ist, müßte beseitigt werden.

Auch die Ausführungen Schmidts fanden lebhaften Beifall. Hiernach schien es, als ob Anhänger und Gegner seines Standpunktes in annähernd gleicher Zahl vertreten waren.

Als er die Stellung zum Revisionismus oder Revisionismus identifizieren. Die die Genossen wählten, stände er, Redner, auf der radikalen Seite und wenn es sich um die Vertretung radikaler oder revisionistischer Anschauungen handelte, habe er oft im Gegenfah zum Genossen Schmidt den radikalen Standpunkt vertreten.

Ritter vertrat nochmals den Standpunkt, daß nur durch Arbeitsruhe wirkungsvoll demonstriert werden könne. Die Arbeiter würden sich keine Vorschriften darüber machen lassen, daß nicht mehr durch Arbeitsruhe demonstriert werden solle. Das Recht der Selbstbestimmung würden sie sich nicht nehmen lassen. Das Aufgeben der Arbeitsruhe würde ein Rückzug vor dem Kapital sein. (Beifall.)

Umrath führte aus: Nicht die Freunde der Arbeitsruhe hätten einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorgezogen. Das sei vielmehr auf dem Gewerkschaftskongress geschehen. Er stimme mit Schmidt darin überein, daß die Feier in Berlin bisher keine würdige war. Welches sei denn die würdige Form der Feier? Nur die Arbeitsruhe, aber nicht die Demonstration am Abend. Der Vorkammler der Gewerkschaften, oder richtiger der Gewerkschaftsbeamten sei es zuzuschreiben, daß die Arbeitsruhe noch keinen größeren Umfang angenommen habe. — Man verweise auf England und Frankreich, wo die Arbeitsruhe nicht durchgeführt werde. Er denke, es müsse der Stolz der deutschen Arbeiter sein, daß sie in der Demonstration durch Arbeitsruhe an der Spitze des internationalen Proletariats marschieren. An der Taktik der englischen Gewerkschaften wollen wir uns doch kein Beispiel nehmen. In Frankreich seien die Organisationen schwach. Wir aber seien stark, wir müßten für die Ausdehnung der Arbeitsruhe eintreten, aber nicht zum Rückzug auffordern. Der fünfte Wahlkreis sei es seine Ehre schuldig, daß er erklärt, mit der Haltung seines Abgeordneten zur Maiseier sind die Parteigenossen nicht einverstanden. (Beifall.)

Robert Schmidt vertat hierauf nochmals seinen Standpunkt. Er betonte, er wolle nur, daß der Inkonsequenz, der Halbheit der bisherigen Art der Maiseier ein Ende gemacht werde. Man sage, nur die Arbeitsruhe sei die richtige Demonstration. Ja sei denn nicht unsere ganze Agitation, sei nicht jede Versammlung, die wir abhalten, eine Demonstration für unsere Forderungen? — Er habe auf dem Gewerkschaftskongress als Mitglied der Generalkommission, als Gewerkschaftler, aber nicht als Abgeordneter gesprochen. Durch einen Beschluß dieser Versammlung könne an seiner Haltung nichts geändert werden. Er habe als Mitglied der Generalkommission nicht nur die Berliner Verhältnisse, sondern die in ganz Deutschland zu berücksichtigen. Er sei mit der gegenwärtigen Maiseier nicht zufrieden, darum wolle er eine andere, und zwar eine bessere, eine wirkungsvollere Maidemonstration. (Beifall.)

Hiernach traten noch zwei Redner für die Beibehaltung der Arbeitsruhe ein. Dann sollte über die Resolution abgestimmt werden. Dagegen wurde geltend gemacht, daß zur Abgabe eines Urteils über die Haltung des Abgeordneten nur die organisierten Parteigenossen kompetent seien, in dieser Volksversammlung würden aber auch Außenstehende mitstimmen, man möge deshalb die Angelegenheit im Wahlverein erledigen. —

Die Mann bemerkte hierzu, wenn die Angelegenheit vor den Wahlverein käme, würde die Abstimmung wohl nicht anders ausfallen wie hier. Die Resolution sei von großer Tragweite, man könne nicht leichtens Herzog darüber hinweggehen. Der Vortrag des Genossen Schmidt habe lebhaften Beifall gefunden, alle Anwesenden seien mit den darin vertretenen Grundgedanken einverstanden und jetzt solle dem Genossen Schmidt wegen seiner abweichenden Haltung in einer Einzelfrage ein Mißtrauensvotum ausgestellt werden. Das könne man doch nicht so ohne weiteres tun. Er ersuche den Genossen Ritter, seine Resolution zurückzuziehen.

Ritter zog hierauf die Resolution zurück, so daß es also nicht zur Abstimmung kam. Der Gasenarbeiter-Verband (Sektion für Vertreterträger und Brettschneider) hielt am Sonntag im königlichen Kasino eine Versammlung ab, in welcher Kornal über die Situation nach Abbruch des Streiks berichtete. Es hätten sich gewisse Differenzen herausgestellt. Zum Beispiel bestritten verschiedene Mitglieder, daß in einer Versammlung festgestellt worden sei, daß auch die Firma C. W. Eger so lange gesperrt bleibe, bis die Kommission verhandelt habe. Als die Kommission auf dem Wege dahin gewesen, sei ihr bekannt geworden, daß trotz jener Feststellung in der Versammlung die Kollegen den Platz besetzt hätten. Somit habe dort von einer Verhandlung abgesehen werden müssen. Auch der gesperrten Firma Vorkling solle der Platz eingelassen worden sein. Die Kollegen hätten wenig Charakter gezeigt. Und bei Seltsam hätten Kollegen, obwohl der Platz als „vollig bewilligt“ gemeldet wäre, um 6 Uhr freit statt um 7 Uhr angefangen. Im Norden und in Schöneberg seien die meisten Kollegen wieder in Arbeit gekommen; teilweise habe ein Wechsel in der Arbeitsstätte stattgefunden. — In der folgenden Diskussion wurde namentlich Abrechnung gehalten mit dem Vorgehen verschiedener Kollegen (auch Mitglieder) während und nach dem Streik. Als ein Paket empfangen wurde unter anderem, daß die Kollegen bei der Firma „Berliner Dolgator“ Getränke spendiert erhielten, weil sie nicht den 1. Mai gefeiert und nicht gestreikt haben. Die Versammlung beschloß, daß der Vorstand bezügl. die Lohnkommission über die Fälle, die als Streikbruch oder als sonstiger Verstoß gegen die statutarischen Verpflichtungen von den Anklägern angesehen wurden, Untersuchungen anstellen und dann einer außerordentlichen Generalsammlung über das Ergebnis Bericht erstatten soll. — Hinsichtlich des Extrabeitrages von 50 Pf. beschloß man, daß sämtliche arbeitenden Kollegen ihn weiter zu zahlen haben, bis der Kassierer erklärt, die Löhnen seien gedeckt. Es sind noch Gemahrgelste und Ausgesperrte zu unterstützen.

Cessantische Bibliothek und Beschlüsse zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 28. Zum Zwecke der Inventur-Aufnahme müssen alle Bücher zurückgegeben werden. In der Zeit vom 24. Juni bis 2. Juli werden keine Bücher ausgeliehen. Die Beschlüsse bleiben von 7/10—10 Uhr abends geöffnet.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehilfen. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 29. Juni, abends 10 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27: Sitzung.

Zentralverband der Freizeitsportler Deutschlands. Zweigverein Charlottenburg. Heute, den 29. Juni, abends 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Vollhaufe“, Reichenstr. 1. Tagesordnung: 1. Stand der Lohnbewegung. 2. Bericht von der Bezirkssitzung. 3. Ergeben notwendig.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.
 Vom 1. Juli d. J. ab ist das Kassensolal in Mariendorf Sonn- und Feiertags geschlossen.
 Mariendorf, den 20. Juni 1905, 274/4
Der Vorstand.

Alle Wanzen
 werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vernichtet. — Fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Rissen, Franzosen, Blattläuse etc. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 33282*
Zahlreiche Anerkennungen.

1000 Mark Belohnung
 zahle demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein esst bei **Hugo Barth**, Drogerie, fehlt Brunnstr. 14, früher Nr. 18.

Ehrenpreis Brüssel 1900

Landtschinken a Pfd. 1,00	Salami , weisfälsche a Pfd. 1,25
Deli-kateschinken 1,10	Thüringer 1,45
Speck , mager 0,75	Schinkenwurst , harte 1,10
Speck , fetter 0,70	Thüringer Rotwurst 0,55
Schlackwurst	Fleischwurst 0,65
weiche 0,95	Pommersche Landrostwurst 0,90
harte 1,15	Maische Zwiebelwurst 0,55
weisfälsche 1,25	Braunschweiger Leberwurst 0,65
Thüringer 1,45	Feine Leberwurst 0,65
	Mettwurst , harte 0,65
	Braunschweiger Mettwurst 0,95
	Feinstes Bratenschmalz 0,50

Sämtliche Wurstwaren bei Entnahme von 5 Pfund pro Pfund fünf Pfennig billiger.
Linden-Strasse Nr. 95.
 Filiale: Oranien-Strasse Nr. 154.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9079.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Zur besonderen Beachtung!
 Alle unsere Mitglieder, Vertrauensleute und Zahlstelleninhaber machen wir darauf aufmerksam, daß durch die Beschlässe des Verbandstages vom 1. Juli dieses Jahres ab (27. Woche des Mitgliedsbuches) der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pfennig und für weibliche um 5 Pfennig pro Woche erhöht wurde. Alle zur Verwaltungsstelle Berlin gehörigen Mitglieder haben sonach inf. des Lokalauflages 60 resp. 25 Pfennig wöchentlichen Beitrag zu leisten. Das hierzu nötige Material gelangt jedenfalls vom 1. Juli ab zur Ausgabe, und ersuchen wir, die bisherigen Karten nicht über die 26. Woche hinaus zu benutzen.
 Gleichzeitig ersuchen wir vom Sonntag, den 2. Juli, ab, so lange Beitragsmarken zu 60 resp. 25 Pf. nicht vorhanden sind, Neuaufnahmen nicht zu vollziehen.
 Die Ortsverwaltung.

Roh-Tabak
E. Nauen, a. d. Schmiedestr. 3.
 Zemplinerstr. 3.
Salami, weisfälsche a Pfd. 1,25
Thüringer 1,45
Schinkenwurst, harte 1,10
Thüringer Rotwurst 0,55
Fleischwurst 0,65
Pommersche Landrostwurst 0,90
Maische Zwiebelwurst 0,55
Braunschweiger Leberwurst 0,65
Feine Leberwurst 0,65
Mettwurst, harte 0,65
Braunschweiger Mettwurst 0,95
Feinstes Bratenschmalz 0,50

Achtung! Fliesenleger. Achtung!
 Donnerstag, den 29. d. M., abends 8^{1/2} Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Zaal 3):
Mitglieder-Versammlung
 der Sektion der Fliesenleger
 des Zentral-Verbandes der Maurer.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Kotzke über: „Unfallversicherung“.
 2. Diskussion.
 3. Gewerkschaftliches.
 Pflicht eines jeden im Fliesenlegerberuf Beschäftigten Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Sektionsvorsitzende: **J. u. F. Breiske.**

Zu Wasserpatrien
 empfehle ich mein Motorboot „Mary“, (Tragfähigkeit 70 Personen.) Da ich von diesem Verurs nicht abhängig, so kann ich unter soliden Bedingungen jeden Kauftrag entgegennehmen. Um Zutritt bitten
Carl Finkelde, Köpenick, Kletz 4.

Admiralsgarten-Bad
 Friedrichstr. 102, vis-à-vis Bahnhof Friedrichstr.
 Wir haben in unserer Hauptkassette eine neue Abteilung für **Elektrische Glühlicht-Bäder** mit dazu gehörigen temperierten Brause-, Mantel- und Sitz-Douchen, sowie einem Bassin in Betrieb gesetzt.
 Die Einrichtung ist in zeitgemäßer Weise, praktisch und komfortabel ausgeführt.
 Badeszeit: von früh bis abends.
 Preise: ein einzelnes Bad 1,25, im Abonnement 6 Bäder a 2,00 M.
Annahme von Krankenkassen-Mitgliedern.
 Die Direktion.
 für Vereine 60-400 Personen fassend, empfiehlt **Alexanderstraße 13.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer.
 Sonntag, den 2. Juli:
Dampfer-Partie (mit Musik) nach Kessenwinkel.
 Abfahrt: Punkt 7 Uhr nur von der Jannowitzbrücke, Restaurant Belvedere. Billets 1,20 M., Kinder von 6-14 Jahren 50 Pf. sind zu haben bei den Kollegen: D. Schulz, Hornbohrerstr. 57, H. Schreiber, Köstlicher Damm 4, H. Niese, Landsberger Allee 151, und in den bekannten Zahlstellen. Die Kollegen werden aufgefordert, für regen Betrieb der Billets zu sorgen.
 Der Obmann.

Partei-Expeditionen:
 Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenbalderstraße 30, n. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Weiningerstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis:** O.: Robert Wengels, Frankfurter Allee 79. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Buchst, Reibstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Diefenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen:** Hermann Kahlke, Rügenstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Gliencke:** Reinhold Schulz, Rudowstr. 72. — **Charlottenburg:** Gustav Schärnberg, Selenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** H. Rinkel, Brandenburgstr. 110, III. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau, und Rummelsburg:** Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — **Grünau:** G. Blumke, Bismarckstr. 2. — **Rixdorf:** W. Heinrich, Prinz Handwerkerstr. 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminsky, Gmostr. 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneberg:** Otto Münzer, Deulstr. 4, II. — **Nieder-Schöneberg:** Bonaforsky, Döbelineerstr. 1 d. — **Johannisthal:** H. Gammisch, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** R. Schmidt, Bismarckstr. 32, I. — **Königs-Wusterhausen:** H. Drie, Berlinerstr. 19. — **Köpenick:** Friedrich Bold, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** G. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Röhler, Döbelineerstr. 8, und Fr. Schellhase, Wronstr. 15a. — **Mariendorf:** Hermann Reichardt, Gausstr. 16. — **Baumgartenweg:** E. D. Ernst, 2. II. — **Treptow:** H. Voigt, Eisenstr. 37, vorn III I. — **Neu-Weißensee:** W. Kesse, Schanstr. 53, part. — **Reinickendorf-West:** Emil Reußhoff, Giesbornstr. 54. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** Schüller, Provinzialstr. 108. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust:** Paul Hensch, Borsigwalde, Schubarstr. 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freimaidt, Hovestr. 66. — **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage:** Wilson Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
 Bitte ausschneiden.

Sie schlafen ruhig,
 wenn Sie gegen Wanzen nebst Brut **Reichel's „Verhärtetes Wanzenöl“** anwenden. Einziges Spezialmittel von unfehlbarer Wirkung, worüber laufende Anerkennungen. Nur echt und wirksam in Flaschen mit „Tod und Teufel“ a 50 Pf. I., 2., und Literl. 5.—, Sprühhapparate 50 Pf. Erfolg garantiert. Erdölöl in Drogerien, wo Plakate mit Tod und Teufel und bei **Otto Reichel**, Lieferant für Armee und Marine, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4. Hier frei Haus. Versand nach auswärt. Telefon-Amt IV 646, 3190, 4562.

Jedes 5 Pfennig.
 Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfennig. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 11 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Große Frankfurterstr. 56, Schafstr. 40. 6068*
Stoppdecken billig Gebert Große Frankfurterstr. 9, partiere. +37*
Teppiche mit farbigen Flecken Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, partiere. +37*
Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, partiere. +37*
Pfandgeschäft Weidenweg neuzeitlich Spotbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Stoppdecken, Aussteuerwägen, Regulator, Preiserminderer, Tischdecken, Badetische, Verkleidetes. +27*
Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahnhof Börse. 251/19*
Küchinerplan 7, Pfandleihe, billige Einkaufsquellen für Waren aller Art. 5708*
Gardinen, Teppiche, Tischdecken Stoppdecken, Betten, Bettwäsche, Leibwägen, Anzüge, Handtücher, Tischdecken, Ketten, Ringe usw. Spotbillig Pfandleihe Küchinerplan 7. 5698*
Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstr. 38. 6068*
Zigarengeschäft, gut gehend, verkauft Rixdorf, Kalfstr. 23. *
Parteilokal, Zahlstelle, Vereinszimmer, transeilfähig zu verkaufen Brunnstr. 56. +135*
Monatsausgabe von 6,00 an, Sommerpaletts von 5,00 an, Dosen von 1,50 an, Gehrodenausgabe von 12,00 an, Brack von 2,50 an, auch für fortulente Figuren. Neue Garderobe zu flamend billigen Preisen, sowie aus Pfandleihen verfallene Sachen. Rah, Rudowstr. 14. 26708*
Abfrierpumpen von 8,00, alle von 5,00 an, Sauger, Schläuche, Rohre billig. Erdböhrer unmont. Holz, Pumpenfabrik, Kalfstr. 8. *
Gegenheitskäufe: Paletts, Anzüge, Dosen, Koffer, Revolver, Leihwägen, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Spotbillig. Lude, Oranienstr. 131. 26508*
Reifschläger, Operngläser, Reihzeuge, Regulator, Preiserminderer, Harmonikas, Geigen, Klaviers, Betten, Teppiche, Spotbillig. Lude, Oranienstr. 131. 26508*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, bezalt 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Döbelineerstr. 50. *
Fünf neue Bogenlampen und sechs Schaufelstern billig zu verkaufen. Burzel, Brunnstr. 10b, I. 6448*
Kindertwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebraucht, zurückgekehrt, Spotbillig. Schneider, Kurfürstenstr. 172. 21778*

Ringelblumen, Bobbin, Schneidnäh, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00, Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Prey-Lauerstr. 59/60. *
Kanarienvogel, Lehmann, Brunnenstr. 29. 27188
Junge Haare 1,00, sprechen, pfeifen lernend, Oranienstr. 87. *
Sportwagen, fast neu, billig zu verkaufen Behrendt, Ritterstr. 49. *
Grünfrangeschäft wegen Uebernahme eines Gasthofs sofort billig zu verkaufen Lödelstr. 13. 27178
Junge Frau verkauft elegantes Wollschafwolle 44,00, geschliffenen Trumeau 32,00, Rohrlehnstuhl 4,50, Kommode, Schränke, Tische, Verkleidetes 5,00, wenige Döhen gebraucht, jeden annehmbaren Preis. Landsbergerstr. 42, II, nahe Alexanderplatz. 27145
Sommer- und Winterkloak, Vorort, Saal, Garten, schönes Gartenzimmer in unter denkbar günstigsten Bedingungen ohne Risiko zu übernehmen. Erforderlich 8750,00. Offerten „Gen.“, Postamt 55. 27136
Ordnung mit 2 Akkumulatoren ist umständlicher billig zu verkaufen. Preis 1000 Mark (Wert 2500 Mark). Spangenberg, Köpenickerstr. 20a. 6458*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Ringelblumen, Bobbin, Schneidnähmaschinen, schnellste Lieferung, Brunnstr. 29, gebraucht von 10,00 an. +95
Fahrradreparaturen, Fahrradzubehör am billigsten Große Frankfurterstr. 14. +37*
Fahrrad-Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte, auch Teilzahlung. Große Frankfurterstr. 14. +37*
Bluschaja 38,00, Schloßsola 20,00, Bettstelle, Matratze 15,00, Kalfstr. 23, Tapezierer. 1572
**Rahmbaum Kleiderständer 29,00, Spiegel 24,00, Keneines Aufschneider, Kleiderständer, zusammen 53,00, rotbraunes Schloßsola, ganze Tischkoffel, Weidenweg 4, vorn II. +28
Zigarengeschäft, gut gehend, weggelassen billig zu verkaufen. Rixdorf, Kalfstr. 23. +120
Grünfrangeschäft sofort zu verkaufen 350,00 Grünfrangstr. 10. +55
Junge Bernhardiner mit Stammbaum, 1/2 Jahr alt, billig zu verkaufen Forststr. 17, Laden. +10
Verschiedenes.
Pfandleihe Mariusstr. 27. *
Stuttlinger von Frau Kolosty, Charlottenburg, Goethestr. 84, I. *
Aufpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auherm Hause. Vahmann, Andreasstr. 88. 6078*
Pfandleihe, Grünfrangstr. 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 6128*
Inseratenteil beantragt: **H. Ude**, Berlin. Druck u. Verlag: **Vorwärts****

Möblierte Schlafstelle, Herrn, separat, Kesse, Schmidtstr. 10. 27115
Schlafstelle, zwei Herren, Kreuzbergstr. 22, bei Eiser. +112
Schlafstelle, möblierte, 1 oder 2 Herren. Rixdorf, Saalestr. 4, IV rechts. +120*
Mariannenplatz 26, vorn IV, Schlafstelle zu vermieten bei Bauer. *
Möblierte Schlafstelle vermietet Schaur, Paderstr. 19. +10
Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Kalfstr. 23, bei Eiser. +112
Schlafstelle für Herrn, Köpenickerstr. 5, Schmidt. +128
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlflächter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläher, Rudowstr. 27. 14685
Wollfänger-Gesellschaft „Lennandotsch“, Bueffstr. 28. +73*
Gndrich, Dumoritz (auch mit Gesellschaft), Brunstr. 1a. +84*
Stellenangebote.
Gändler und Agenten für Massenartikel gesucht. Drogerie, Friedrichstr. 9. 27155
Holzrahmen, Glanz, Kager, Leimer verlangt Rahmenfabrik Holz, Diefenstr. 33. 27065
Holzrahmen gesucht für Kohlenplatz. Meyer, Schöneberger Ufer 36B.
Kaufburschen nachmittags verlangt Drogerie Leude, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 242. +120
Wamfels auf verschärkte und glatte Jandets verlangt Fruchtstr. 62, II. +37*
Vertrabächchen sofort verlangt. Burzel, Brunnstr. 10b I. 6438*
Im Arbeitsmarkt durch **besonderen Druck hervorgehobene** **Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**
Marmorhleiher verlangt **W. Graf**, Steglitz, Döbelineerstr. 17. 200,9
5 Plätterinnen für gefärbte, gereinigte Damen-garderobe gesucht. **Gärbererei Weihenker**, Langhausstr. 4. +123*
Teppichweber!
 Der Jung nach der Teppichfabrik von **Reubisch**, Treptow, Köpenicker Landstr. 28/29, ist ferngehalten, da die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streik befinden.
 Die Streikleitung.

Was liest der Arbeiter?

Ein Arbeiterblatt, sollte die Antwort lauten, und als Arbeiterblatt am Ort kommt seinem Inhalt nach einzig der „Vorwärts“ in Betracht. Leider kann die Antwort auf die gestellte Frage nicht rückhaltlos mit „Ja“ erteilt werden. Gewiß ist es richtig, daß der „Vorwärts“, namentlich seitdem er im eigenen Betriebe der Partei hergestellt wird, außerordentlich an Verbreitung gewonnen hat. Wo ist ein politisches Parteiblatt in Berlin, das über 92 000 Abonnenten aufweisen kann, dessen Auflage in knapp drei Jahren um 80 Proz. zugenommen hat? Aber als das Blatt der Berliner Arbeiter kann der „Vorwärts“ sich trotz dieses gewaltigen Erfolges wenigstens insoweit nicht bezeichnen, als neben ihm noch andere Zeitungen in der Arbeiterschaft eine beträchtliche Rolle spielen. Noch sind viele zehntausende Arbeiter in Berlin vorhanden, die für bürgerliche Blätter ihr Geld hingeben. Zwar hat der beschämende Zustand ein Ende genommen, daß Berliner Proletariat aus der Freisinnspresse sich ihre geistige Nahrung holen; an die Stelle dieser Zeitungen aber sind jene unparteiischen Organe getreten, die ihrer Leserschaft schlimmer als je die liberale Presse vermochte, mit ödem Tratsch und Klatsch das Hirn verflüstern. Gegen die unparteiisch schillernde Presse muß sich in Wohnung und Werkstatt die Agitation wenden und jeder unserer Parteigenossen und Genossinnen hat in nächster Nachbarschaft Gelegenheit, in dieser Agitation der Partei und dem Parteiorgan neue Anhänger zu werben!

Es ist bekannt, daß der „Vorwärts“ seit dem 1. April auch den Wünschen seiner vielen Leser in den Berliner Vororten insoweit entgegengekommen ist, als er in einer besonderen

Vorortbeilage

die kommunalen und lokalen Ereignisse der vielen Gemeinden rings um Berlin herum weit mehr als früher schon geschehen, berücksichtigt. Bis her war es solchen Abonnenten in den Vororten, die ihr Blatt durch die Post bezogen haben, zum Teil nicht möglich, diese besondere Ausgabe zu erhalten. Dieser Mangel ist jetzt durch ein Uebereinkommen mit der Post beseitigt worden. Wir bitten diejenigen Post-Abonnenten, die die Vororts-Ausgabe beziehen wollen, vor Beginn des neuen Vierteljahres das Blatt wie folgt zu bestellen:

„Vorwärts“, Berliner Volksblatt, Ausgabe für Berlin und Vororte.

Die Abonnenten erhalten dann zum üblichen Preise von 1 M. 10 Pf. pro Monat die Vorort-Ausgabe überwiesen. Wenn irgendwo, so erwünscht unseren Parteigenossen in den Vororten die Pflicht, dem „Vorwärts“ neue Leser zuzuführen!

Berliner Nachrichten.

Reisen!

Die Reisezeit hat begonnen, so hört und liest man überall, wenn man auch selbst zu Hause bleiben muß. Natürlich, es kann ja nicht jeder im süßen Nichtstun leben. Es muß auch Leute geben, die arbeiten, aber manche bummeln immer und manche arbeiten immer, und das soll ein unabänderlicher Zustand sein, wie die Dummheit behauptet.

Reisen! Auf drei oder vier Wochen verreisen, — eine ganze Welt von Entzücken liegt darin für denjenigen, der das ganze Jahr hindurch sich müht und plagt und täglich den Lastwagen der Arbeit zieht. Glücklich, wer einmal ausspannen kann! In industriellen Betrieben ist es eine Seltenheit, daß den Arbeitern ein kleiner Sommerurlaub ohne Lohnabzug zu teil wird. Im Handelsgewerbe hört man schon eher mal davon oder es wird mehr Lärm davon gemacht, der Klamme wegen; auch vielen Bureau-Angestellten und den oft schwer geplagten kleinen Beamten wird ein Urlaub im Sommer bewilligt. Sehr viele von den Handlungsgehülften und -Beihilfen, die werktäglich bis 9 Uhr abends arbeiten müssen, die keine volle Sonntagsruhe haben und in der trockenen, staubigen Ladenluft ihre Lungen verderben, kennen die Vergünstigung einer kleinen Ferienreise nicht. Es gilt ja als eine besondere Menschenfreundlichkeit des Chefs, wenn er einen Urlaub bewilligt. Große, alte Engros-Häuser in Berlin, in deren Kontoren viele Leute geistig angestrengt arbeiten müssen, denken gar nicht daran, daß sie diesen Leuten einen Urlaub schuldig sind. Da vertrocknet und verfauert so mancher hinter seinen Warenballen, Büchern und Zahlenposten, und nie wagt er es, sich gegen die Ausbeutung aufzulehnen.

Reisen! Wie klopfen die Kinderherzen höher, wenn sie davon hören, während der großen Ferien vielleicht eine Reise machen zu können, Tag für Tag in Wald und Feld sich zu tummeln, im fernen Dorf mit den Bauernkindern herumzutollen und sonnenverbrannt wieder heimzukehren, angestaunt von den weniger glücklichen Kindern, die zu Hause bleiben mußten. Da hat die Wohltätigkeit Ferienkolonien eingerichtet und 5000 Kinder sollen auch in diesem Sommer ihre Ferienreise haben, darunter sind viele der unglücklichsten Geschöpfe, blinde, taubstumme und schwachsinrige Kinder. Am 6. Juli tritt eine große Zahl die Reise an; vom Stettiner Bahnhof gehen allein einige Sonderzüge ab. Die liebe Wohltätigkeit! Angenommen, sie handelt den Kindern zuliebe, wirklich aus gutem Herzen, so ist es doch jämmerlich winzig, was sie zustande bringt gegenüber der Massenarmut, gegenüber einem großen Bedürfnis für die Kinder des Volkes. Im vorigen Jahre wurden auch 5000 Kinder aufs Land geschickt, aber 17 000 hatten sich angemeldet und hofften und warteten zum allergrößten Teil vergebens. Und wie viele Tausende hatten sich nicht angemeldet und würden sich nie anmelden, um keine Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen.

Reisen! — Selbstverständlich reisen die bemitteltesten Leute! Das verlangt der bürgerliche Anstand, das verlangen die Mode, die Kerben, die unverheirateten Töchter. Wer so tut, als sei er durchaus unentbehrlich in Berlin, scheidt wenigstens seine Frau und Kinder in die Sommerfrische und lebt als lustiger Strohwittwer im Spreewald auch nicht übel. Ein Mann, der auf seine Sommerreise verzichtet, kann schon auf allerlei Entschuldigungen Anspruch erheben. Natürlich darf „die Alte“ nichts merken! — Dabei kann man sich noch brüsten gegenüber seinen Angestellten, daß man selbst keine Ferien habe, also auch keine geben könne.

Um der Ausbreitung der Lungenschwindsucht vorzubeugen, hat sich vor einiger Zeit ein Zentralkomitee der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke in Berlin und Vororten gebildet, das unentgeltlich Lungenkranke ärztliche Untersuchung gewährt, die Kranken über die zur Bekämpfung der Tuberkulose erforderlichen Maßnahmen unterrichtet und je nach den Umständen auch Kranke in Fürsorge nimmt. Eine dieser Auskunfts- und Fürsorgestellen befindet sich in der Charité. Die sehr feine einem Bedürfnis entspricht, das zeigt der Andrang, der hier in den Sprechstunden herrscht. Die Sprechstunden sind auf Montag und Freitag 4 bis 6 Uhr nachmittags gelegt, aber die Abfertigung der letzten Kranken zieht sich manchmal bis in die achte Stunde hin. In der

Charité scheint man auf einen so starken Zuspruch nicht gerechnet zu haben. Daraus erklärt es sich wohl, daß man den Kranken und den in ihrer Begleitung erscheinenden Angehörigen nur einen kleinen Wartezimmer zur Verfügung gestellt hat, der sich zeitweise als völlig unzureichend erweist. Rings an den Wänden des Raumes stehen Bänke, aber schon bald nach Beginn der Sprechstunden sind alle Plätze besetzt und wer dann noch kommt, muß stehen. Es sind mitunter doppelt so viel Personen in dem engen Raume anwesend, als Sitzplätze darin vorhanden sind. Den Verletzten, die dem Komitee angehören, empfehlen wir dringend, doch einmal eine halbe Stunde lang in diesem überfüllten Wartezimmer umherzustehen und uns dann zu sagen, ob das ein geeigneter Aufenthalt für Kranke ist. Man hat uns versichert, daß Personen, die stundenlang in dem vollbesetzten, heißen Raum warten mußten, schwer darunter gelitten haben. Nach dem, was wir selber dort beobachtet haben, erscheint uns das glaubhaft. Gerade von einer Fürsorgestelle, die der Lungenschwindsucht vorbeugen will, muß gefordert werden, daß sie ausreichende Warterräume hergibt. Als wir uns den Warterraum in der Charité ansahen, fanden wir darin Personen der verschiedensten Altersklassen. Ringsum saßen und standen Kranke und auch anscheinend Gesunde, und in dem kleinen Kreis, der in der Mitte noch frei geblieben war, spielten ein paar neblische Kinder. Auf das reizende Bild, das das muntere Treiben der ahnungslosen Kleinen bot, blickte mancher hochwahnige Kranke, den vielleicht schon übers Jahr der lästige Nafen deckt. Kinder in solcher Umgebung?! Vermutlich waren sie von Müttern mitgebracht worden, die zu Hause niemanden hatte, der die Kinder verwarten konnte. Oder trugen auch diese Geschöpfe schon den Keim der Krankheit in sich und warteten auf die Hilfe des Arztes?

Ein nationales Blatt.

Die „Tgl. Rundschau“ hat sich eine sehr nationale Manier, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, angeeignet. Vor einigen Tagen fiel sie über unseren Parteigenossen Kunert her, weil er für seinen Chinaprospekt zwei bestimmte Zeugen durch Aufruf im „Vorwärts“ gesucht hatte. Das Blatt beschimpfte Kunert als „Haupt-entrepeneur des Hummerbriefstummels“ und meinte, daß die beiden Zeugen, die er suchte, sich wohl rechtzeitig aus dem Staube gemacht hätten. Die beiden Männer meldeten sich, wie der „Tgl. Rundschau“ zur Beruhigung mitgeteilt sei, noch am selben Tage, wo wir die Aufforderung brachten. Das konnte freilich die „Tgl. Rundschau“ nicht wissen, aber damit hatte sie immer noch kein Recht, pharisaisch Kunert vorzuwerfen, daß er die Ehre anderer herabsage, während sie im selben Atemzuge die Ehre sozialdemokratischer Angeklagter und ihrer Zeugen so frivol und leichtfertig antastete, wie es, von der Post am Ende abgesehen, so leicht kein anderes Blatt fertig bringt. Jetzt freilich, wo die Gerichtsverhandlung viel schlimmere Scheußlichkeiten aufgerollt hat, als je in den von uns veröffentlichten Hummerbriefen behauptet worden sind, jetzt, wo in besonders drastischer Weise ein bürgerliches Gericht wieder gezeigt hat, wie man Sozialdemokraten ins Gefängnis bringen kann, wenn sie die Wahrheit verkünden, jetzt schweigt das evangelisch-asternationale Blatt mit tapferer Ausdauer.

Dies war ein bitterester Reinfall des nationalen Blattes. Ein komischer möge ihm folgen. Gestern meinte das Blatt den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ demuzieren zu müssen, der sich vortrefflich entwid und dessen Mitglieder der Sozialdemokratie bei Wahlen überaus opfermütige Dienste leisten. Diese Organisation wird in dem Blatt in einer Fußnote wie folgt behandelt:

Die Leitung des Bundes ist natürlich klug genug, so etwas (die politische Betätigung) nicht offiziell gutzuheißen, und warnt ihre Untergebenden auch vor politischem Auftreten. In dem Bewußtsein der Arbeiter lebt aber — und das ist das entscheidende — der Bund „Solidarität“ doch nur als ein die politischen Ziele der Sozialdemokratie fördernder Hilfsverband. Als solcher wird er auch von den bürgerlichen Radfahrer-Verbänden betrachtet, und diese vermeiden deshalb jede Verbindung mit ihm.

Auch in dieser Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ ist ein kleiner Irrtum enthalten. So gleichgültig die Tatsache an sich ist, so kann vom Vermeiden jeder Verührung nicht gut gesprochen werden. Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ ist wie andere bürgerliche Vereine auch an das Radfahrer-Kartell angeschlossen; und diese Tatsache bewog vor einiger Zeit sogar eine gewisse nationale Presse, einen bairischen Prinzen umstürzlerischer Tendenzen zu zeihen, weil er Protektor des Kartells ist.

Einige alldutsche Affen mit Hahy-Schmuck und weiblichen Anbändlern mögen in ihrer Ekkelsucht immerhin in Ohnmaht fallen, wenn ein Sozialdemokrat in ihre Nähe kommt, andere bürgerliche Kreise können sich diesen Luxus schon deshalb nicht leisten, weil in Deutschland jeder dritte politisch mündige Mann sozialdemokratisch wählt und die Sozialdemokratie bereits derart mit dem öffentlichen Leben Deutschlands verflochten ist, daß es um das Gedeihen unseres Vaterlandes gar bedenklich ausfallen würde, wenn sie töricht und gewissenlos genug wäre, nach dem Rezept der Internationalen ihrerseits der bürgerlichen Welt aus dem Wege zu gehen. Und derartige Fortschritte hat die Sozialdemokratie, wie wir in unserer Bescheidenheit gern bekennen, auch noch nicht gemacht, daß das Bürgertum im Gefühl seiner Ohnmacht jegliche Verührung mit ihr meiden, ihr das Feld zur öffentlichen Betätigung ganz allein überlassen müßte.

Das Kuratorium für das städtische Obdach und Arbeitshaus beschloß in seiner letzten Sitzung, der Stadt den Ankauf des jetzt gepardeten Grundstücks des Hülfshospitals in Reinickendorf, Berlinerstr. 128, dringend zu empfehlen, da der ausbedungene Preis nur bis 1906 gilt und dann eine bedeutende Erhöhung des Kaufpreises eintritt. — Die Strohhäute in der Station der Geschlechtskranken im städtischen Obdach sollen nun endlich nach und nach aus vorhandenen Mitteln durch Matrazen ersetzt werden, da der neue ärztliche Leiter dieser Station um die Anschaffung dringend ersucht hat. Früher war man bekanntlich der entgegengesetzten Meinung, als die Anschaffung der Matrazen von sozialdemokratischer Seite verlangt wurde. — Zum Schluß brachte Stadtverordneter Hoffmann einen ihm zugestellten Brief über Zustände im Rummelsburger Arbeitshaus-Lazarett zur Verlesung. Es wurde darin unter Angabe von Zeugen behauptet, daß im Lazarett Zustände herrschten, die schlimmer wären, als sie in Pilsbensee seien. Es wurde auf Antrag Hoffmanns eine dreigliedrige Untersuchungskommission, bestehend aus dem Herrn Magistratsassessor Werbold und den Herren Stadtverordneten Schulz und Hoffmann gewählt. In der Sitzung selbst hielt sich der neugewählte Inspektor des Obdachs, Herr Jadel, vor; Herr Ulrich verabschiedete sich.

Ueber das neue Lesebuch für die Berliner Gemeindeschule wurde in der gestrigen Sitzung der Schuldeputation verhandelt. Es wurde mitgeteilt, daß der Kultusminister für Berlin die Einführung von drei bestimmten Lesebüchern angeordnet hat. Diese drei Lesebücher, die schon eingeführt sind, sollen in Zukunft ausschließlich benutzt werden und zwar so, daß Berlin in drei große Bezirke eingeteilt wird und in jedem dieser Bezirke nur eins dieser Bücher in den Gemeindeschulen benutzt wird.

Warum nicht für ganz Berlin ein Lesebuch ausreichen soll, das ist uns unerfindlich. Soll denn der Mißstand der Verschiedenheit der Lehrmittel, über den in Berlin seit Jahrzehnten geklagt wird, für alle Zeiten konterviert werden?

Der Mann mit dem Kitt. In der „Staatsb.-Ztg.“ lesen wir: Der populäre Straßenhändler Berlins ist ohne Zweifel der „Mann mit dem Kitt“, der zu den Sentoren der fliegenden Handelswelt gehört. Seine stereotypen Rede über einen bezartigen Pander aus,

daß weder klein noch groß zu widersehen vermag. „Also, meine Herrschaften“, so beginnt er, „bet ist der berühmte Bernsteinkitt, och Kristall-Palast-Kitt genannt. Leimt, klebt und kittet allens. Die Manipulation mit die Erfindung ist eine sehr einfache: man hält den Kitt über eine brennende Flamme, denn schlägt man einen Zeller oder eine Tasse entzwei, damit man wat zu kitten hat, und denn kittet man ihr. Er hält wie Eisen, sage ich Ihnen, da kann eine Karrnone drüber fahren, det schadet ihr nicht! — In leeren Haushalt nich sollte mein Kitt fehlen, er befördert den thelichen Frieden und stärkt die jejenseitige Liebe. Wie oft kommt der Mann beschwertet nach Hause, das treie Weib hält ihm eine Jardenpredigt, da wird er passlöppig und schlägt allens kurz und floen! Die ganze Wirtschaft ist in Scherben — aber wat wäre die Ehe ohne Kitt? Am andern Morjen kommt die tiefbetriehte Jattin zu mich und sagt: „Geben Sie mich von Ihren berühmten Bernsteinkitt, id muß die junge Wirtschaft zusammenfittten. Ihr Kitt klebt, leimt und kittet ja allens. Er hält wie Eisen, sag ich Ihnen, da kann —“ Er hor der Zubörer: Eine Karrnone drüber fahren, det schadet ihr nicht! Er: „Jatwohl, meine Herrschaften, so is es. Da kann wirklich eene —“ Alle Kinder (insittantig): Karrnone drüber fahren! — „Un wenn Sie och zum dritten Male eene Karrnone rieher fahren lassen — et schadet ihr doch nicht! Also wer will von dem berühmten Kitt?“ Jehn Hände strecken sich donach aus, die alte „Karrnone“ widelt jehn Stücken in eine gedruckte Gebrauchs-anweisung und überreicht sie schämungelnd oen käufern, un alsald von neuem zu beginnen.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Weigert wurde die Organisation des ärztlichen Dienstes beim Rudolf Virchow-Krankenhaus eingehend beraten und beschloffen, dem Magistrat geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Ferner beschäftigte sich die Deputation mit den Plänen für die Errichtung eines etwa 1000 Betten fassenden städtischen Krankenhauses für mittellose Lungenkranke, die nimmehr dem Magistrat beschäftigen werden.

Dem Berliner Grundstücksverkehr. Im April d. J. sind in Berlin 171 unbebaute und 72 unbebaute Grundstücke durch freiwillige Veräußerung in anderen Besitz übergegangen. Der Kaufpreis betrug für die bebauten Grundstücke insgesamt 46 894 506 M., für die unbebauten 7 618 672 M. Neun unbebaute und ein unbebautes Grundstück wurden zwangsweise versteigert. Das Preisgebot betrug für die bebauten Grundstücke zusammen 1 500 780 M., für das unbebaute 28 664 M. 45 Grundstücke (darunter 16 ohne Wertangabe) gingen durch Vererbung auf neue Besitzer über; bei 29 derselben wurde der Wert mit 5 772 021 M. angegeben. In Straßenland wurden 10 Parzellen aufgelassen.

Die Bestattung des Landtagsabgeordneten Dr. Max Hirsch wird am Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf dem jüdischen Friedhof in Weihensee erfolgen. Im Gewerkevereinshaus in der Greifswalderstraße, wo die Leiche im großen Saale aufgebahrt ist, findet vorher um 2 Uhr eine Leichenfeier statt, bei der der Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Goldschmidt, sowie der Vorsitzende des Zentralrats deutscher Gewerkevereine, Hartmann, Gedentreden halten werden.

Ueber die Aufregung eines städtischen Arbeiters hatten wir gestern zu berichten. Das Mitglied des Arbeiterausschusses L. Meves, ein Arbeiter, der bereits 21/2 Jahre in den städtischen Wasserwerken tätig ist, war auf Veranlassung des Dirigenten Anklam aus dem Friedrichshagener Werk entlassen worden, weil er die Unterchrift eines Protokolls, die unter bedenklichen Umständen von ihm verlangt wurde, nicht leisten wollte. Zu unserer Freude können wir mitteilen, daß diese Angelegenheit gestern in Güte beigelegt worden ist. Auf Anordnung des Direktors der städtischen Wasserwerke ist Meves wieder eingestellt worden.

Von den mehrhundertjährigen Bäumen in der Rathschirke am „Aufmarschterrain“, von welchen zwei dem vorgezogenen Gewittersturm zum Opfer fielen, ist nun auch eine dritte der Art zum Opfer gefallen. Der Sturz der beiden hat eine Unterfuchung auch der anderen drei vom Sturm verschonten Bäume durch den Obergärtner des Victoria-Parkes veranlaßt, deren Ergebnis die Fällung auch des dritten Riesenaumes wegen Altersschwäche und Korrosion war.

In der Nachfrage gegen den 23jährigen Paul Schulte, der am 13. April die 68jährige Mutter des Restaurateurs Krüger im Hause Stralauer Platz 21 überfallen, schwer verwundet und beraubt hat, steht der Schluß der Voruntersuchung unmittelbar bevor. Der Beschuldigte, den Rechtsanwalt Bahm vertritt, hat im Wesentlichen den Ueberfall zugegeben, bestritt aber, ein Werkzeug benutzt zu haben. Hierüber soll das Gutachten des Gerichtsarztes Klarung verschaffen. Schulte hat bekanntlich die Tat begangen, nachdem er aus einer Erziehungsanstalt entflohen war. Er will glauben machen, daß er durch einen Eifendreher namens Ramin zu der Tat verführt worden sei.

Klavierunterricht und Prügel nach Noten. Wegen „Dippoldismus“ schwebt ein Verfahrener noch einen ungefahr 50 Jahre alten pensionierten Lehrer. Der Mann gibt seit einem Jahre in seiner Wohnung Klavierunterricht. Anfangs hatte er fast den ganzen Tag Schüler und Schülerinnen, so daß kaum noch eine Stunde frei war. Nach und nach aber schmolz die Zahl der Unterrichteten auf fünfzig zusammen. Vor einiger Zeit gab es im Hause eines Sonntags einen lärmenden Aufruhr. Der Vater eines Schülers machte dem Klavierlehrer die heftigsten Vorwürfe, daß er seinen Sohn a la Dippold gefolgt habe. Der Lehrer bot laut, ihn nicht unglücklich zu machen. Die Angelegenheit kam aber doch zur Kenntnis der Behörden und die Ermittlungen ergaben, daß viele Eltern über die Behandlung ihrer Kinder zu Klagen gehabt und sie deshalb dem Klavierunterricht wieder entzogen hatten. Der Lehrer wurde auch vorläufig festgenommen, aber wieder entlassen, weil Zweifel an seiner Zuverlässigkeit bestehen. Er ist sehr nervös und wurde deshalb auch frühzeitig in den Ruhestand versetzt. Das Verfahren ist aber noch nicht eingestellt, weil über die Zurechnungsfähigkeit noch keine Klarheit herrscht.

Drei Kinder tödlich verunglückt. Die 2 1/2 Jahre alte Tochter Elisabeth des Schiffseigners Haad aus Liebenwalde spielte vorgestern abend um 7 Uhr auf dem Rahn, während ihr Vater den Schiffahrtskanal in Rixdorf entlang fuhr. Pflöchig fiel sie über Bord und ging unter. Als der Vater sie wieder fand und auf den Rahn zog, war sie bereits tot, ein Arzt konnte nicht mehr helfen. — Der drei Jahre alte Sohn Willy des Antikers Scheerenbeck aus der Ansebedstraße zu Rixdorf spielte vorgestern abend kurz nach 7 Uhr auf dem Bürgersteige mit anderen Kindern. Vor dem Hause Ansebedstraße 78 lief er plötzlich auf den Fahrdamm und gerade vor einen Wagen des Mollereibesthers Schmidt aus derselben Straße Nr. 118, der mit einer Großladung dahergefahren kam. Bevor es möglich war, das Fuhrwerk zum Stehen zu bringen, waren die Kinder bereits über den Körper des Kleinen hinweggegangen. Er blieb auf der Stelle tot liegen. — Im Kaiser und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus erlag die vier Jahre alte Tochter Marie des Antikers Jacob aus der Rennstr. 3 ihren Verletzungen. Das Kind war aus dem Fenster gefallen und hatte sich außer Beinbrüchen eine Gehirnerschütterung zugezogen.

Gemeinsam in den Tod wollten gestern abend der 23jährige Schankwirt Trümper und seine 43jährige Ehefrau Ernestine gehen, die in Weihensee, Esfahler 7, ein Geschäft haben, gehen. Sie hatten sich an den Händen zusammengedunden, und zwischen Hälftenbrenn und dem Spandauer Bod in die See gestürzt. Da sich die Stride gelöst hatten, tauchte die Frau bald wieder auf, wurde durch einen Streckenwärter gerettet und nach dem Krankenhaus auf Weiden gebracht. Es gelang denn auch, den Mann zu landen. Er war aber bereits tot. Krankheit des Mannes und schlechter Geschäftsgang waren angeblich Verursachung zu der unglückigen Tat.

Auf offener Straße vom Herzschlag getroffen wurde gestern (Mittwoch) vormittag der 47jährige Bureaubeamte Otto Groch aus der Markgrafstr. 11/12, der in der Berlinerischen Lebensversicherungsgesellschaft dortselbst in Stellung war. Der Mann hatte kaum die Straße betreten, als er bewusstlos zusammenbrach. Der aus der Nachbarhaft schnell herbeigerufene Arzt Dr. Brud konnte nur noch den eingetretenen Tod feststellen. Groch hinterläßt seine Frau mit zwei Kindern.

Die Unfälle der Kinder, sich an Wagen anzuhängen, führte gestern wieder zu einem Unglück. Am Grünen Weg ließen sich drei Knaben von einem leeren Kollwagen mitziehen. Als der Kutscher das sah und ihnen mit der Peitsche drohte, sprangen zwei beiseite und liefen davon. Der dritte aber, der 13 Jahre alte Sohn Paul des Sattlers Linke aus der Remelerstr. 27, geriet beim Abpringen vor einen Straßenbahnwagen der Linie Halensee - Königsbergerstraße, wurde umgestoßen und ein Stück Weges mitgeschleift. Er blutete aus mehreren Kopfunden und aus Mund und Nase. Die Unfallstation am Grünen Weg brachte ihn in ein Krankenhaus.

Feuerbericht. Mittwoch mittag wurde die Wehr nach der Neuen Friedrichstr. 38/40 gerufen, weil dort aus nicht ermittelter Ursache in einem Keller Feuer ausgebrochen war. Der erste Löscharzug besetzte die Gefahr. — Ein zweiter Kellerbrand mußte dann in der Gerichtstr. 44 unterdrückt werden. Spiritus stand dort u. a. in Flammen. — In der Fischerstraße 8 hatten Bettler und Kleider in einer Wohnung Feuer gefangen, während am Weidenweg 88 ein Brand abzuläufen war, der in einer Vadekammer entstanden war und Wäscheleinen ergriffen hatte. — Einen Schornsteinbrand hatte dann der 19. Löscharzug in der Mauerstr. 17 zu bedämpfen. — Außerdem wurde die Wehr noch nach der Arndtstr. 21 alarmiert, um dort ein in eine Grube gestürztes Pferd wieder herauszuholen.

Theater. Das National-Theater am Weinbergsweg, das der Operette gewidmet sein sollte, soll unter dem Namen „Wahalla-Theater“ eine Pflanzstätte der Lustspiele werden. Gestern wurde zwischen der Metropoli-Theater G. m. b. H. und Herrn Emil Schippanowski ein Pachtvertrag geschlossen, demzufolge die Gesellschaft, außer dem Metropoli-Theater in der Behrenstraße, auch das National-Theater übernimmt. Beide Theater werden fortan unter der Leitung des Direktors Richard Schulz stehen; jedoch erhält jedes Unternehmen ein eigenes Künstlerpersonal. — Am 1. Juli wird die Götische Oper „Der Widerspännigen Zähmung“ nach beinahe zwanzigjähriger Pause wieder in Berlin auf dem Spielplan erscheinen und neuinszeniert im Neuen Kgl. Opern-Theater (Kroll) zur Aufführung kommen. — Die Operette „Jung-Heidelberg“ wird vom 1. Juli ab im Theater des Westens gegeben.

In „Pompeji“ hat der Gewittersturm am Montag Abend leider vernichtende Wirkung gehabt und nicht nur die kostspielige große Szenerie Pompejis und des Vesuvius, sondern auch Teile des Tribünenbaues einfach weggeführt, so daß ein Materialschaden von vielen Tausend Mark entstanden ist. Die „Feuerwerksaufspiele“ aber erleiden durch diesen Unfall keinerlei Unterbrechung. Nur wird das Unterhaltungsprogramm insofern eine Abänderung erfahren, als fortan, bis zur Wiederherstellung der Reizgenie, der Besuchern ein Spezialitätenprogramm auf der im See schwimmenden Bühne vorgeführt wird, abwechselnd mit den Konzerten der Hauskapelle.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beriet am Mittwoch zunächst eine Reihe von Petitionen. Die Petition des Bundes deutscher Bodenreformer betr. Einführung einer Wert- u. w a s s e r und Sicherung des Wertwuchses bei der künftigen Verwertung des städtischen Geländes im Grunewald, die nach dem Kommissionsantrage in ihrem ersten Teil dem Magistrat als Material überwiesen, in ihrem zweiten Teil durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden sollte, gab unserem Genossen Doktor Borchardt Veranlassung, in zwei längeren Reden unseren prinzipiellen Standpunkt in der Bodenpolitik darzulegen und eindringlich vor dem Verlauf von städtischen Terrains zu warnen. Auch der Liberale Dr. P e n z i g wandte sich, obwohl er sich nicht grundsätzlich als Gegner der Bodenpolitik bezeichnete, gegen den Verlauf von städtischen Gelände zu Bauweiden. Der Antrag Borchardt, die Petition auch im zweiten Teil dem Magistrat zu überweisen, wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Eine Petition betreffend bauliche Erschließung des Geländes nördlich der Spandauer Chaussee wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Die friedliche Stimmung der Stadtverordneten, die bei der Beratung der Petitionen herrschte, wurde auf kurze Zeit durch die Besprechung der Interpellation unserer Genossen unterbrochen, die an den Magistrat die beschiedene Anfrage richteten, warum er auf ihre Bereits am 8. Mai eingereichte Interpellation betreffend die Warnung der städtischen Gasanstaltsarbeiter vor dem Besuch einer Versammlung zur Besprechung ihrer Lohnverhältnisse bis heute trotz des Eintritts der Ferien noch nicht geantwortet hat. Es kam hierbei zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Oberbürgermeister Schusterhaus und unserem Genossen Hirsch, der dem Magistrat ob seines Verhaltens den Vorwurf der Nichtachtung eines Teils der Stadtverordneten machte. Herr Schusterhaus verbat sich den „provozierenden“ Ton unseres Genossen und stellte sich auf den ebenso bequemen, wie seine Arbeiterfeindschaft charakterisierenden Standpunkt, daß weder die Welt noch Charlottenburg etwas verliere, wenn die Interpellation erst nach mehreren Monaten beantwortet wird. Von unserer Seite blieb man ihm die Antwort nicht schuldig. — Entsprechend der Vorlage des Magistrats trat die Versammlung Johann den Bedingungen bei, unter denen der Regierausschuß die Aufnahme einer neuen Anleihe von 26 Millionen Mark genehmigt hat und setzte den Durchschnittszinssatz für die aufzunehmende Anleihe unter Abänderung des früheren Beschlusses auf 2,1 Proz. des Schuldkapitals zuzüglich der ersparten Zinsen fest.

Die Vorlage betr. Bewilligung des Mehrbedarfs an Mitteln für die zweihundertjährige Feier der Stadt (zu den bewilligten 70 000 M. weitere 60 750 M.) führte zu lebhaften Debatten. Wie werden hierüber, sowie über den weiteren Verlauf der Sitzung, die sich infolge der umfangreichen Tagesordnung ungewöhnlich lange ausdehnte, morgen berichtet.

Rixdorf.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag Abend an der Ueberführung der Götterbahn in der Ruderstraße. Der Kutscher Emil Katschke Steinmeier, 97 in Rixdorf wohnhaft, wollte eine Fuhrerkanalisationsröhre nach der Eisenstraße bringen. Auf dem Wege dahin hatte er seine Frau mit seinem Kinde getroffen und beide auf den Fußboden mitgenommen. Dieser war äußerst hoch am Hagen angebracht und so kam es, daß das Ehepaar beim Einsteigen in den Eisenbahnwaggon mit den Köpfen gegen die untere Kante der Wände stieß und dadurch vom Wagen herabgeschleudert ward. Auch das kleine Kind wurde mitgeriffen. A. selbst verlor bald darauf das Bewußtsein, während seine Frau und das Kind mit leichten Verletzungen davonkamen. Passanten riefen den Unfallwagen herbei, welcher das Ehepaar mit dem Kinde nach dem städtischen Krankenhaus brachte. Bei dem Manne wurden hier mehrere Rippenbrüche und eine leichte Gehirnerschütterung festgestellt. Die Frau und das Kind konnten sofort wieder entlassen werden, da bei ihnen ärztliche Hilfe nicht erforderlich war.

Potsdam.

Durch das Gewitter am Montagabend wurde das Dorf Jährland bei Potsdam und seine Umgebung recht stark heimgesucht. Ein Gefelle des Müllers Rixdorf, erst vor acht Tagen aus dem Krankenhaus entlassen, wurde vom Blitz erschlagen, als er unter der Mühle

stand. Gleich darauf traf ein Blitzstrahl eine Scheune, zündete und äscherte sie ein. Auf dem Jährländer Gut wurde eine Kuh vom Blitz erschlagen und der Oberamtmann Frieße durch den Blitzstrahl am Fuß verletzt; ein Stallschweiger wurde betäubt. Verschiedene Bäume wurden vom Blitz getroffen und gepalmt. Gewaltig ist der Furchaden, den das Unwetter, das von starkem Hagelschlag begleitet war, anrichtete. Auf dem Jährländer See, in der Nähe von Wädlig, traf der Blitz einen Schleppdampfer, tötete den Schiffsführer Vrey und betäubte die drei anderen Bootleute.

Gerichts-Zeitung.

Was einem 82 Jahre alten Mütterchen mit einem Armen-Kommissionsvorsteher passierte, wurde feinerseit vor dem hiesigen Schöffengericht erörtert. Das Schöffengericht hatte den früheren Armenkommissionsvorsteher, Zigarettenfabrikanten W r u n s. wegen Unterschlagung verurteilt, indem es als erwiesen annahm, daß er eine Summe von 200 M., die ihm die 82jährige Witwe Stephan zur Aufbewahrung anvertraut hatte, teilweise zu eigenem Nutzen verwendet habe und, nachdem er ein paar Ratenzahlungen geleistet, um den Rest erst heute verpagt werden müßte. Das Schöffengericht schenkte der Darstellung der 82jährigen, aber noch sehr rüstigen Witwe vollen Glauben und da es sich nach deren Angabe um eine Geldsumme handelte, die sie sich zusammengepart hatte, um daraus der Witwe die Kosten ihres Begräbnisses bestreiten zu lassen, so erachtete der Gerichtshof einen solchen Vertrauensbruch gegen eine arme Greisin für besonders erschwerend und verurteilte daher den Armenkommissionsvorsteher zu 150 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis. In der Berufungsinstanz, die sich gestern mit der Sache zu beschäftigen hatte, veränderte sich das Bild durch die Aussagen mehrerer Zeugen, die W. v. W. Lübeck hatte laden lassen, um die Glaubwürdigkeit der alten Frau zu erkräftigen, in mehreren Punkten zugunsten des Angeklagten. Nach umfangreicher Beweis- aufnahme kam der Gerichtshof zu folgendem Urteil: Die Sache steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit der Frau Stephan. Durch die absolut glaubwürdigen Aussagen mehrerer Zeugen sind erhebliche Bedenken gegen die objektive Richtigkeit der Aussage der Frau Stephan zutage getreten. Subjektiv ist die alte Frau wohl zu festen Anfaßt, daß sich die Dinge so abgespielt haben, wie sie belundet, aber die Möglichkeit, daß sie sich irrt, ist keineswegs ausgeschlossen. Der Gerichtshof ist deshalb zu einem Non liquet gekommen und hat den Angeklagten freigesprochen, da ihm eine Schuld nicht nachgewiesen ist.

Um allerlei Liebesgeschichten und Ehekörungen handelte es sich bei einer Verhandlung wegen versuchter Erpressung bzw. Verleumdung, die gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I in mehrwöchiger Sitzung beschäftigte. Eine noch nicht lange verheiratete Frau J. hatte vor ihrer Ehe zu dem Eisenbahnschaffner N. in Beziehungen gestanden und stand auch nach der Ehe mit ihm noch in brieflichem Verkehr. Dies machte eine Frau Kämisch, die ein Liebesverhältnis mit N. unterhielt, eifersüchtig und sie fing eines Tages einen an ihren Geliebten gerichteten Brief der Frau J. an durch den ihm diese zu einem Rendezvous bestellte. Den Brief gab sie an einen Mann namens Reichardt zur Aufbewahrung, damit A. ihn nicht fände. Reichardt machte feinerseit wieder einem Genannten namens Vielwagen Mitteilung von den Dingen und W. soll den Brief zu einer Erpressung gegen Frau J. benutzt haben, indem er eines Tages bei ihr erschien und ihr drohte, den Brief ihrem Ehemann, dem Inhaber eines größeren Geschäftes, auszuhandigen. Frau J. hatte den Eindruck, daß er Geld von ihr haben wollte und fragte ihn daher, was er beanspruche. Es kam hierbei zu keinem Endresultat. Vielwagen begab sich bald darauf nochmals zur Frau J., während Reichardt, mit dem Brief bewaffnet, an einer Straßenecke wartete. Nach kurzer Unterredung erfuhr Frau J. den W., zusammen mit A. nach einem Lokal in der Pfandstraße zu kommen. Dort nahnte das Unheil in Gestalt eines inzwischen herbeigerufenen Kriminalbeamten, der die beiden Männer verhaftete. Frau Kämisch hatte sich wegen Unterschlagung des Briefes und wegen Verleumdung, begangen durch eine Postkarte, zu verantworten. Sowohl Frau J., wie auch der Schaffner N. verweigerten auf die Frage des Rechtsanwalts Bahn nach der Art ihres Verkehrs das Zeugnis. Vielwagen und Reichardt wurden wegen versuchter Erpressung zu nur 10 Tagen Gefängnis, Frau Kämisch zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Betrügereien gegen Wettlustige führten den „Schmucker“ Bernhard R o s e r vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Er sitzt seit dem 8. Mai in Untersuchungshaft. Der wiederholt vorbestrafte Angeklagte wußte in Schanklokalen die Wettlust der Anwesenden zu schüren, indem er sich teils als Kennstallbesitzer, teils als Jockey aufspielte, mit seinen sportlichen Kenntnissen prahlte und so tat, als ob er mit seinen Tisps schon vielen gute Gewinne zugeordnet habe. Er zeigte öfter Wettseime vor, brüßelte sich mit seinen hohen Verbindungen und klingelte auch mehrfach zum Stimmen der Steinpätze, deren damit Sand in die Augen gespritzt wurde, verschiedene Wettbüreau an. Damit wurden dann die Gimpel gefangen. Er erhielt Beträge von 20, 12, 10 und 5 M. mit dem Auftrage, sie auf bestimmte Pferde zu setzen; er legte das Geld aber niemals an, sondern unterschlug es. Er gab die Gewinne auch nicht heraus, wenn er wirklich einmal gefehlt und das betreffende Pferd gesiegt hatte. Die Verluste, die die Wettlustigen bei ihm gehabt haben, gingen bis zu 200 M. hinauf. — Der Staatsanwalt beantragte neun Monate, der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Ein Diebstahl im königlichen Schloß beschäftigte gestern das Oberkriegsgericht des Gardelors. Gelegentlich des letzten Ordensfestes war der Unteroffizier Matschke von der 6. Kompanie des 2. Garderegiments nach dem königlichen Schloß abkommandiert. Während er sich in der Schloßküche befand, wurden gerade goldene Bestecke von der Hofstafel nach der Küche getragen. N. nahm unbemerkt ein goldenes Dessertbesteck an sich und verpackte es unter seiner Uniform. Bei einer unermittelten Spindrevision, die auf Grund eines Verfahrens wegen Hehlerei, das gegen den Unteroffizier schwand, stattfand, wurde die wertvolle Deute vorgefunden. N. räumte den Diebstahl ein, er wollte das Dessertbesteck lediglich zu dem Zweck gestohlen haben, um ein Andenken aus dem königlichen Schloß zu besitzen. Die Verhandlung gegen den Angeklagten mußte W. an Tuberkulose erkrankt ist, im Garnisonlazarett in der Schornhorststraße stattfinden. Unteroffizier N. wurde wegen des Diebstahls und der Hehlerei, die er gleichfalls eingestand, zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten einem Tag Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde wegen beider Vergehen zweimal die Ehrenstrafe der Degradation und der Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes gegen N. ausgesprochen.

Vermischtes.

Grubenunglück in Gelsenkirchen. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) Durch eine Schlagwetterexplosion fanden gestern auf der Zeche „Holland“ sechs Bergleute, darunter ein Steiger, den Tod. Die Wetter sollen durch einen Sprengschuß angezündet worden sein. Man habe geschossen, obwohl stets Wetter an den betreffenden Arbeitsstellen gestanden haben. Bis 7 Uhr Abends waren erst zwei Mann geborgen, von denen der eine sofort tot war, während der andere auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb. Die anderen vier sind zweifellos sämtlich tot, sie konnten der Nachschau halber noch nicht geborgen werden.

Ein schwerer Straßenbahn-Unfall. Gestern kam in Plauen im Vogtlande auf der Bahnhofstraße ein elektrischer Straßenbahnwagen infolge Versagens der Bremsen ins Rollen, faufste die steile Straße abwärts und fuhr in ein Haus hinein. Dabei wurden, wie der „Vogtländische Anzeiger“ meldet, eine Person getötet und vierzehn verletzt.

In der Strafkammer zu Waldheim starb dieser Tage der siebenjährige Baumeister Friedrich aus Leipzig, dessen Vermögen nach

Millionen zählt. Er war im Jahre 1903 wegen Ablegung eines Halskneides in einem geringfügigen Zivilprozeß zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Der Besahm des Verstorbenen ist, da Verwandte nicht vorhanden sind, der Anatomie in Leipzig übergeben worden.

Nordsee- und Selbstmord. Aus Leipzig wird gemeldet: Ein Erste-Arbeiter versuchte in der Nähe von Burgun auf offenem Felde seine achtzehnjährige Geliebte zu töten, indem er sie mit einem Brotmesser schwer verletzte. Dann stieß er sich selbst das Messer in den Rücken und brach tot zusammen.

Zur dänischen Schiffskatastrophe. Kopenhagen, 28. Juni. Bei dem Verhör vor dem See- und Handelsgericht erklärte der Kapitän des Schiffs „Georg Stage“, Malle Brun, daß man auf dem „Georg Stage“ zuerst beide Seitenlaternen des Dampfers „Ancona“ gesehen habe. Der Dampfer habe darauf eine Drehung vorgenommen, so daß man nur die grüne Laterne und die Topplaterne sah. Er, der Kapitän, und der erste Steuermann des Schiffs seien sich sofort darüber klar gewesen, daß dieses Manöver verhängnisvoll war und einen Zusammenstoß herbeiführen würde. Der Kapitän des Schiffs „Georg Stage“ erklärte, daß der Kurs des „Georg Stage“ die ganze Zeit stetig gehalten wurde. Der Kapitän der „Ancona“, Mitchell, der während des Zusammenstoßes mit dem ersten Steuermann und dem Rudergast auf der Dampfbrücke war, sagte aus, er habe zehn bis fünfzehn Minuten vor dem Zusammenstoß zum erstenmal die rote Laterne des Segelschiffes einen halben Seilich nachbord gesehen und sie so die ganze Zeit behalten, bis er ungefähr zwei Minuten vor dem Zusammenstoß das Ruder nachbord legte. Kapitän Mitchell erklärte, kein Glockenläuten von dem Segelschiffe gehört zu haben.

In Chicago wurde ein Deutscher namens Georg Bartholomäus verhaftet; er soll ein Baunternehmer aus Kassel sein und Fälschungen in Höhe von 100 000 M. begangen haben.

Briefkasten der Redaktion.

S. 2. 28. Krügen Sie einen Besizer, der sich mit derartigen Sachen befaßt. — S. 28. Senden Sie sich an D. Weyer, Brunnstr. 78. — R. D. 3. 45. Nicht verwendbar. — C. M. 100. Beide Formen sind gleich richtig.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr Abends statt. Gebühren: 7 M.

W. W. Schöneberg. 1. Das hängt vom Inhalt des nicht mitgeteilten Vertrags ab; wenden Sie sich an die Versicherungskasse Ihres Bezirks. 2. Für zwei Jahre wäre nachzulassen, und zwar ist in der Regel von jedem der Teile die Hälfte zu zahlen. — Pohl u. Reich. Anträgen wie die, wer berechnete Thronerbe war, wie viele Eucharistien es gibt, wie sie heißen u. dgl., lehnen wir ab zu beantworten. — H. G. 5. Leider ja. — H. R. 15. Das Mädchen u. d., falls der Niederschlag die Sorgfalt enthält, daß der Richter für allen Schaden auszukommen hat, die Herrschaft hat für den Schaden auszukommen, der durch schuldhaftes Ueberlassen der Badedamme entstanden ist. — H. S. Ihre Mutter kann das Geschäft kaufen. — Kreuzberg 26. 1. Kein. 2. Die Geschäftsbedingungen sind veränderlich. — H. M. 31a. Unter diesen Umständen sind Sie zahlungspflichtig. — H. S. Chorinerstr. Männer werden erst mit erreichter Volljährigkeit heiratet. Volljährig können Sie vor Vollendung des 21. Lebensjahres durch Beschluß des Amtsgerichts werden. Stellen Sie unter Vorlegung des Sachverhalts beim Amtsgericht den Antrag, wie Sie volljährig zu erklären. — Nieder-Schöneberg. 1. 50 3. Ja. — Verdingungskrahe. Die Gerichts- und Anwaltskosten sind Ihnen als unterlegenem Teil auferlegt. Wegen dieser Kosten kann wiederholt Forderung gegen Sie versucht werden. — H. G. 25. 1. Ja; Darlehen von 30 Jahren. 2. Kein. — Bayer. Sonnenburg. Der Staat und der Leutnant sind schadenlos. Der betreffende soll so r seinem Abgang vom Militär seinen Anspruch auf Invalidenrente geltend machen. — H. S. 1. Da Sie den Termin verfallen lassen, ist gegen Sie verurteilendes Erkenntnis ergangen. Die Kosten verlangt der Gerichtshof. Der Kläger kann wegen der Forderung des Urteils gegen Sie vollstrecken lassen. 2. u. 4. Nein. 3. Die eintretenden; welche das sind, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 5. u. 6. Einspruch gegen ein amtliches Ver- schämungsurteil ist innerhalb zwei Wochen einzulegen. Ein Einspruch für solchen Einspruch können Sie auf S. 998 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. — R. G. 100. Das ist möglich. — H. S. Ist ein Verdingungsvertrag abzuschließen, so kann jedem der Matrikel in den ersten vier Wochen frei, ein Anspruch auf Schadenersatz wäre abzuweisen. Recht kein Verdingungsvertrag, sondern ein Arbeitsverhältnis vor, so wäre, falls nicht etwa Ausschluß der Rückzahlung vereinbart ist, der vereinbarte Lohn auf die Dauer von 14 Tagen einzufügen. — H. S. 201. Ja, falls aus Ihrem Vertrag nicht das Gegenteil erhellt. — Lohnzahlung. Die Klage würde voraussichtlich an der Schwebigkeit des Ihnen obliegenden Beweises scheitern. — H. D. Leber ja. — Max 100. Die Klageung besteht zu Recht, wenn die Witva dem nicht ausdrücklich widerspricht, daß der Vater in ihrem Auftrag gehandelt habe. — Ausländer. Wenden Sie sich an das Konsulatsamt. — Karl 200. Ist schriftliche Klage vereinbart, so ist die Klage ungenügend unter- schriftete nicht rechtsgültig. — R. 2. Ihr Ehemann kann Ihre Klage abtipieren, falls er keine ehelichen Kinder hat. Das Adoptionsgesetz ist von dem Amtsgericht zu genehmigen. Von dem Erfordernis des adoptionsfähigen Alters (50 Jahre) kann Dispens erteilt werden. Die Adoption kostet 50 M. Einlöcher ist die Namensbeilegung ohne Adoption. Es kann nämlich ein Ehemann dem von seiner Frau vor seiner Ehe außer- ehelich geborenen, nicht von ihm erzeugten Kinde mit Zustimmung seiner Frau und des Vormundes seinen Namen beilegen. Um diese Namens- beilegung zu erreichen, ist ein folgendermaßen lautendes Schriftstück von der Mutter, dem Vormund und dem Ehemann zu unterzeichnen: „Die unterzeichnete Ehefrau hat vor der Ehe ein nicht von ihrem Ehemann... erzeugtes Kind (Name...) geboren. Die unterzeichnete Mutter und der unterzeichnete Vormund dieses Kindes erklären ihre Einwilligung dazu, daß der Ehemann... diesem Kinde seinen Namen erteilt. Ich, der unter- zeichnete Ehemann... erteile hierdurch dem Kinde meiner Ehefrau... meinen Namen, so daß es fortan... heißen soll.“ Die Unterschriften sind notariell oder gerichtl. zu beglaubigen. Wenn beantragt der Ehemann unter Ueberreichung dieser Urkunde bei dem Standesbeamten, in dessen Register die Geburt des Kindes eingetragen ist, auf Grund dieser Urkunde den Namen des Kindes... in... umzuschreiben“. Ob die Ehefrau eheliche Kinder hat oder nicht, ist für die Beilegung des Namens in dieser Art unerheblich. Die Erklärungen können auch, statt notariell oder gerichtl. beglaubigt zu werden, zu Protokoll des Standesbeamten abgegeben werden, in dessen Register die Geburt des Kindes eingetragen ist. — Roter Poleuer. Sie müssen sich an die Polizeiverwaltung der Orte wenden, wo Ihr Vater Ihres Wissens zuletzt sich aufhielt. Dort anfragen, wohin Abmeldung erfolgt ist usw. Die Auskunft kostet je etwa 20 bis 30 Pf. — Wilmersdorf 5. Auf Beilegung des Namens und auf Schadenersatz können Sie mit Aussicht auf Erfolg klagen. — M. R. 228. Die sogenannte lux Dinge wurde erst in der Session 1890/92 vorgelegt, blieb unerledigt. In der Session 1892/93 wurde sie abermals vorgelegt. Die erste Beratung fand im Dezember 1892 statt. Die Kommission erstattete Bericht, zur Weiter- beratung im Plenum kam es nicht. In der Session 1898/1900 fand die erste Lesung im März 1899, die zweite im Januar und Februar 1900, die dritte im März und Mai 1900 statt. Die schließlich als Gesetz vom 25. Juni 1900 gefasste lux Dinge wurde am 22. Mai 1900 in drei Lesungen beraten. Das Nähere können Sie in den in den öffentlichen Bibliotheken aus- liegenden Reichstags-Verhandlungen erfahren. — H. D. 65. 1. u. 2. Ja.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidenten.) Futter- gerde, gute Sorte 1 Ds. 16,00 (15,10), mittel 15,00 (14,10), geringe 14,00 (13,20). Guter, gute Sorte 16,40 (15,50), mittel 15,50 (14,70), geringe 14,80 (13,80). Irti Hagen und ab Bahn. Milchfett 5,50 (5,00). Fett (alt) 2,50 (2,40), neu 7,00 (6,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 44,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00). Ainen 60,00 (30,00). Kartoffeln 2,00 (1,00). Mischfett, von der Reule, 1 kg 1,80 (1,30). Baumfleisch 1,40 (1,00). Schweinefleisch 1,80 (1,30). Kalbfleisch 2,20 (1,50). Hammelfleisch 1,80 (1,40). Butter 2,80 (2,00). Eier (60 Stück) 4,00 (2,50). Karpfen, 1 kg 2,20 (1,50). Hühler 3,00 (1,60). Lämmer 3,20 (1,80). Pechte 2,80 (1,50). Darfche 2,00 (1,00). Schale 3,00 (1,20). Meie 1,60 (0,80). Karbje (90 Stück) 16,00 (3,00).

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. Juni 1905. Etwas kühler, nachher wolfig, mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 27. Juni. Elbe bei Ruffig — 0,26 Meter, bei Dresden — 1,62 Meter, bei Magdeburg + 0,96 Meter. — Unstrut bei Trautshausen — 0,10 Meter. — Oder bei Rathow + 1,39 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,00 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 0,00 Meter, bei Rauenhüt + 1,45 Meter. — Weichsel bei Braubrunn + 2,78 Meter. — Waal bei Posen + 0,56 Meter. — Rye bei Wlch + 0,50 Meter. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.